

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erklingt täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 31. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Deutschland dem Rüstungswahn sinn verfallen!

Eine Kriegserklärung gegen den Abrüstungsgedanken ist die Rede, die Bethmann Hollweg gestern im Reichstage gehalten hat. Des Betrübens überdrüssig, wollen die demokratischen Nationen Westeuropas dem deutschen Volke die Bruderhand reichen. Bethmann Hollweg haßt die gepanzerte Faust!

Wie in zwei feindlichen Polen konzentriert sich das Interesse, das die Verhandlung über die auswärtige Politik im Reichstage bietet, in den beiden Reden des Sozialdemokraten und des Reichskanzlers. Und schärfer kann der völlige Gegensatz, der die arbeitenden Massen dieses Landes von dessen Regierung trennt, gar nicht zum Ausdruck kommen, als in diesen Ausführungen, die, knapp und präzis in der Form, proletarische Friedensarbeit und kapitalistisches Machtstreben in aller Schroffheit gegenüberstellen.

Scheidemann begründete den sozialdemokratischen Antrag auf internationale Abrüstung und Abschaffung des Seebeuterechts. In klaren Zügen zeichnete er die internationale Situation. Die bürgerliche Welt vergißt über der momentanen Gunst der Umstände die Gefahren, die die imperialistische Politik in sich birgt. Die Potsdamer Uebereinkunft hat gezeigt, daß Rußland in der Tripleentente dieselbe Rolle übernimmt, die Italien im Dreiebund spielt. Aber es ist nur die Schwäche Rußlands, die es Deutschland in die Arme treibt. Die Konservativen wünschen diese Allianz, weil sie, wie der Graf Kanitz deutlich erkennen ließ, in Rußland den Hort der Reaktion sehen. Aber eben deshalb verabscheut die Sozialdemokratie dieses Bündnis mit dem Varn des Staatsreichs, dem man die furchtbaren Gefährdungen des Bündnis mit Rußland muß die deutsche Politik bei allen nach Freiheit strebenden Nationen, bei den erwachenden Völkern Asiens zumal, verhaft machen. Es steigert den deutsch-englischen Gegensatz, der in den Schwierigkeiten erscheint, die England dem Bagdadbahnbau entgegensetzt. England fürchtet die militärpolitischen Folgen des Baues für seine Stellung in Indien und Ägypten, die es mit allen Mitteln zu sichern suchen wird. Daraus erwachsen neue Gefahren, die diejenigen, die aus dem Rüstungswahn entspringen, noch vermehren. Wir Sozialdemokraten sehen aber nicht nur die Gefahren, wir wissen auch das Mittel der Abhilfe: Ein Uebereinkommen mit England zur Einschränkung der Rüstungen. Wir wissen allerdings, daß unsere Politik den Widerstand des Bürgertums findet, wissen, daß unsere Ziele nur erreichbar sind durch den Sieg der Demokratie in Europa und namentlich in Deutschland. Die auswärtige Politik der Sozialdemokratie fordert das Friedensbündnis mit Frankreich und England, an das sich dann die von den Gefahren des Imperialismus befreiten kleineren Nationen anschließen können. Trägerin dieser Friedenspolitik ist das internationale Proletariat, das am 1. Mai in der ganzen Welt zur gleichen Stunde seiner leidenschaftlichen Kriegsfeindschaft Ausdruck gibt.

In ersten Worten hatte Scheidemann auf die Kriegsgefahr hingewiesen, die die kapitalistische Expansion in sich birgt und eindringlich die Verantwortung betont, die die bürgerlichen Parteien treffen, die den Friedensantrag der Sozialdemokratie ablehnten. Die Reden Wassermons und des Grafen Kanitz zeigten, daß Nationalliberale und Konservative darin einig sind, die Geschäfte der Kolonialtreiber, der Panzerplattenpatrioten und Flottenenthusiasten zu besorgen. Herr Spahn vom Zentrum und der Fortschrittler Wiemer hatten zwar für die Abrüstungsidee ein paar symbolische Worte übrig, aber selbst Herr Wiemer schreckte davor zurück, von der deutschen Regierung die Initiative zu solchem Vorgehen zu verlangen. Nur wenn andere Mächte die Verhandlungen eröffneten, sollte Deutschland sich diesen nicht verschließen.

Vier Redner aus dem Hause hatten bereits gesprochen, als der Reichskanzler endlich das Wort ergriff. Mit einiger Spannung hatte man dieser Erklärung entgegengesehen. Wußte sie doch Antwort geben auf das Anerbieten, das der englische Minister des Auswärtigen gestellt hatte, in Verhandlungen über die Beschränkungen der Rüstungen einzutreten. Herr v. Bethmann gab klare Antwort, und diese Antwort war ein Schrottes: Nein! Herr v. Bethmann begann mit dem Satz, daß Kabinettskriege heute unmöglich, daß Kriege nur aus dem Volksempfinden entspringen könnten. Deshalb seien gegen unverantwortliche Vrehtreibereien Gegenwirkungen erwünscht, und Herr v. Bethmann will es sogar begrüßen, wenn es der internationalen Arbeit geling, solche Gegenwirkungen auszuüben. Das ist aber auch leider das einzige, was Herr v. Bethmann von der sozialdemokratischen Friedensarbeit akzeptiert. Was weiter folgte, war die entschiedenste Absage an die Adresse Englands, die kalte Ablehnung, auch nur den Versuch zu machen, zu einer Einschränkung der Rüstungen zu gelangen.

Herr v. Bethmann Hollweg bezeichet die Aufgabe, die Sir Edward Grey als das einzige Mittel gegen die Revolution der verzweifenden Massen an-

sieht, als praktisch nicht durchführbar und unlösbar. Er will weder von Abrüstungs- noch von ernsthaften Schiedsgerichtsverträgen das geringste wissen. Er sieht nur Schwierigkeiten, nirgends einen Ausweg. Ein brauchbarer Maßstab für das Maß der Einschränkung sei nicht zu finden und wäre er gefunden, gäbe es keine genügende Kontrolle. Als ob nicht in jedem Lande ein parlamentarischer Ueberwachungsausschuß, in dem internationale, rüstungsfeindliche Sozialdemokraten säßen, eine wirklich genügende Aufsichtsstanz wäre! Aber wozu mit einem rechten, der sich nicht überzeugen lassen will und als Vertreter der deutschen imperialistischen Politik sich gar nicht überzeugen lassen darf!

Jede Nation, meinte Herr v. Bethmann Hollweg weiter, wolle ihre Streitkräfte abmessen in dem Verhältnis, das der Gesamtsumme ihrer nationalen Kräfte entspräche, was mit anderen Worten doch nichts anderes heißt, als daß jede Nation alle ihre Kräfte zu ihren Rüstungen aufwenden müsse. Und mit harten Worten proklamierte Bethmann Hollweg schließlich den nackten Machtstandpunkt: Noch immer gelte der Satz, daß der Schwache eine Deute des Starken werde. Will oder kann ein Volk für seine Rüstung nicht mehr so viel ausgeben, daß es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das zweite Glied, dann sinkt es in die Rolle des Statisten zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer da sein, der bereit ist, seinen Platz in der Welt einzunehmen.

Wir wiederholen, das ist die Kriegserklärung an das Friedensbedürfnis der Massen überall in der Welt, das ist die allerstärkste Aufforderung an die Chauvinisten aller Länder, das Betrüben mit verstärkten Kräften fortzusetzen. Diese Rede wird wie Musik in den Ohren der englischen Konservativen klingen, sie wird die ermattete Flottenagitation in England zu hellem Brand anfachen. Diefert doch der deutsche Reichskanzler selbst das Stichwort, indem er sie vor die Wahl stellt, entweder weiter zu rüsten oder auf ihre Stellung in der Welt zu verzichten. Und dies brutale Machtwort, daß der Schwache zur Deute des Starken werden müsse, wie wird es von den Feinden Deutschlands ausgenützt, wie wird es überall die Feinde Deutschlands mehren! Hat Herr v. Bethmann Hollweg bedacht, wie dieses Wort den Schwachen in die Ohren gellen, wie es in Holland und Belgien, in Skandinavien und der Schweiz gegen Deutschland neues Mißtrauen säen muß?

Die Wirkung der Rede muß um so stärker und um so unerfreulicher sein, als sie im scharfen Widerspruch steht zu den Sympathieerklärungen, mit denen die Abrüstungsvorschläge Grey von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aufgenommen worden waren. Der Verdacht ist nicht abzuwehren, daß in der Zwischenzeit sich wieder unverantwortliche Einflüsse auf die Leitung der auswärtigen Politik geltend gemacht haben. Aber sei dem, wie immer, wir Sozialdemokraten müssen den schärfsten Protest erheben gegen eine Rede, die die internationale Situation verschlechtert und im Innern neue Steuern, neue Millionen für den Militarismus und Marinismus verheißt, während für die Fortführung der Sozialreform nichts übrig bleibt.

Gewiß, wir Sozialdemokraten wissen nur zu gut, daß Macht vor Recht geht. Aber gerade deswegen stellen wir die Macht des internationalen Proletariats den brutalen Gewaltmitteln des kapitalistischen Staates gegenüber, um den drohenden Völkermord, die wahrwichtige Gefährdung der Kultur zu verhindern. Der deutsche Reichskanzler aber hat für solche Bestrebungen nur Hohn, er kennt nichts außer Kanonen und Dreadnoughts.

Die Rede Bethmann Hollwegs ist die stärkste Herausforderung des deutschen Proletariats, die nachdrücklichste Aufforderung zum Kampfe gegen dieses System. Wenn es nach Herrn v. Bethmann ginge, bliebe alles beim alten, oder vielmehr es würde immer aufs neue gerüstet. Herrn v. Bethmann schreckt die Steuernot des deutschen Volkes nicht, er erkennt nicht an, daß die arbeitenden Massen dieses Landes genug der Lasten tragen. Für ihn gibt es keinen Ausweg, denn es fehlt ihm der Wille. Um so dringender not tut es, daß der Wille des Volkes sich kundtut. Die Herrschenden Deutschlands und die Völker des Auslandes sollen erkennen, daß der Kanzler, der gestern gesprochen, so gesprochen hat gegen den Willen und gegen die Ueberzeugung des deutschen Volkes, das den Frieden wünscht und entschlossen ist, dem Wahnwitz, den heute Bethmann Hollweg als letztes Wort deutscher Regierungsweltlichkeit proklamiert hat, ein Ende zu machen. Wahrhaftig es ist Zeit, daß die elende Schafsgeduld, von der heute Scheidemann sprach, endlich aufhöre, aufhöre, ehe es zu spät ist!

Das badische „Militärflugblatt“.

Wegen des Flugblattes „An die badischen Soldaten“, das um Weihnachten in Baden und in der Pfalz angeblich zur Verbreitung gelangt sein soll, hat die Redaktion unseres Mannheimer Parteiblattes Untersuchungen eingeleitet, deren Zweck es besonders auch war, Klarheit zu schaffen, was an der Unterstellung Wahres sei, die sozialdemokratische Partei sei in dieser oder jener Art an dem Unternehmen beteiligt.

Das Flugblattchen, ein mit etwa 20 Zeilen Text bedrucktes, einfaches Stückchen Zeitungspapier, trägt, abgesehen von der Auf-

forderung der badischen Soldaten zur Insubordination, an sich ohne allen Zweifel hochverräterischen Charakter im Sinne des Strafgesetzbuches: Es fordert das badische Militär zum Sturz des deutschen Kaiserhauses und zur Proklamation der Republik auf. Im einzelnen sind aber die zur Begründung dieses Vorgehens aufgestellten politischen Behauptungen nach Mitteilung der Mannheimer „Volkstimme“ derart irrtümliche, ihre Zusammenhänge so verworren, und Stil, Grammatik wie Orthographie solch stümperhafte, daß für jeden unbefangenen Urteilenden bei der Lektüre sofort feststeht, daß der Verfasser des Machwerks entweder eine geistig nicht voll zurechnungsfähige Person sein muß, die sich der politischen und strafrechtlichen Tragweite ihres Handelns auch nicht entfernt bewußt war, oder aber, daß eine der Konsequenzen eines solchen Unternehmens sich wohl bewußte interessierte Seite zu einem gewissen politischen Zweck sich eines halbverrückten Individuums bediente, durch dessen verworrene Stillsübungen sie die Spuren, die zum intellektuellen Ueberder führen, leicht zu verdecken hoffte.

Ueber die angebliche Flugblattverbreitung zu Weihnachten hat unser Mannheimer Parteiorgan folgende Tatsachen festgestellt: In der Nacht vom 23. auf den 24. Dezember 1910 kam auf den bayerischen Gendarmerieposten in Maximiliansau (Pfalz) ein Mann, der dort etwa 85 gleichlautende Flugblattchen mit der Behauptung überreichte, er habe sie kurz vorher von zwei Unbekannten mit dem Auftrage erhalten, sie an die zurzeit im Weihnachtsurlaub befindlichen Soldaten der nächsten Garnisonen zu verteilen. Er sei anfänglich zur Verbreitung bereit gewesen; als er sich aber vom Inhalt der Flugblätter überzeugt habe, hätte er den beiden Unbekannten die Flugblätter entziffen, um sie der Behörde auszuliefern. Der Ueberbringer, der Erdarbeiter Ludwig Feil, der sich während der letzten Wochen vor diesem Vorkommnis arbeits- und mittellos in Karlsruhe umhergetrieben hatte, wurde in Haft genommen, aber nach zwei Monaten entlassen, weil man an die Wahrheit seiner Angaben glaubte.

Inzwischen hat die behördliche Untersuchung die Druderei ermittelt, in der die Flugblätter hergestellt worden sind. Es ist die Genossenschaftsdruderei in Basel, der das zweifelhafte Verdienst zuzukommen, das ebenso zweifelhafte Pamphlet hergestellt zu haben, und da inzwischen weiter festgestellt werden konnte, daß sich Feil zu Anfang der zweiten Dezemberhälfte 1910 vorübergehend in Säckingen aufgehalten hatte, das nur etwa 10 Kilometer von Basel entfernt ist, lag die Annahme nahe, daß er den Druckauftrag der Flugblätter in Basel selbst gegeben hatte, und daß seine Darstellung von dem Erlebnis mit den zwei Unbekannten in der Pfalz eine freie Erfindung war. Diese Annahme ist auf Grund der Ermittlungen der Mannheimer „Volkstimme“ bestätigt worden.

In der Baseler Genossenschaftsdruderei werden auch der „Baseler Vorwärts“ und die „Säckinger Volkszeitung“ hergestellt, beides Parteiblätter. Nach einer Erklärung des Geschäftsführers der Baseler Genossenschaftsdruderei bestanden wegen des Druckes des Flugblattes keine ernstlichen Bedenken. Die Genossenschaftsdruderei nehme gemäß ihrer geschäftlichen Praxis von allen Seiten Druckaufträge entgegen, soweit sie nicht sittliche Bedenken erregten; so werde auch ab und zu ein Auftrag von politisch gegnerischen Organisationen mit politischem Inhalt ausgeführt. Im übrigen habe man den Eindruck gehabt, als sei der Auftraggeber ein geistig minderwertiger Mensch, der darauf brenne, von sich und seinen Ideen etwas Bedrucktes zu sehen. Schließlich wird festgestellt, daß die Redaktionen des „Baseler Vorwärts“ und der „Säckinger Volkszeitung“ auf das Geschäftsgebaren der Druderei keinen Einfluß haben.

Als Druckauftraggeber ist nach vorgelegten Photographien Feil erkannt worden. Er zahlte mit einem Zwanzigmarsstück und gab außerdem einem der Arbeiter der Druderei ein immerhin stattliches Trinkgeld, obgleich er seit Wochen arbeits- und mittellos war. Das Manuskript zu dem Flugblatt brachte er von außen her mit, und man wird den Verdacht zum mindesten für nicht ganz unbegründet halten, daß er einen Hintermann hatte, von dem nicht nur das Geld für das Unternehmen, sondern dessen Idee herrührte.

Feil stammt aus einer streng katholischen Familie, und sein Vater war von jeher Parteigänger des Zentrums. Feil litt früher an epileptischen Anfällen und ist bereits des öfteren — soweit bekannt auch schon wegen schwerer Vergehen — vorbestraft. Mit Bestimmtheit ist festgestellt worden, daß auch nicht ein einziges von den Flugblättern einem Soldaten oder auch nur Zivilisten übergeben wurde, sondern daß sich alle Exemplare in den Händen der Behörde befinden. — Feil selbst ist nach seiner Haftentlassung wieder flüchtig geworden. Auf alle Fälle zeigen die Angaben, wie lächerlich es war, aus den Vorkommnissen in der Pfalz eine hochbedeutende Staatsaktion zu machen.

Die Auflösung des Reichsrats.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die Zeiten des österreichischen Abgeordnetenhauses haben sich erfüllt, und das berühmte „Volkshaus“, an dessen Entstehen so viel Hoffnungen geknüpft wurden, wird nun bald gewesen sein. Der Reichsrat ist Montag inmitten einer schweren Krise vertagt worden, und die Auflösung des Abgeordnetenhauses steht unmittelbar bevor: das ist das traurige Ende des ersten Parlamentes des allgemeinen Wahlrechtes. Es nützt alles nichts, dieser österreichische Staat ist in Wahrheit unkurabel, und so hat auch die Radikalkur der Wahlreform seine ewige Krankheit nicht bannen können!

Wer Oesterreich nicht kennt, wird diese letzte lähmende Krise einfach nicht begreifen. Natürlich stürzt auch das Parlament des allgemeinen Wahlrechts an einer höchstischen Obstruktion zusammen, aber wer hätte erwarten können, daß dieselben die tödliche Obstruktion beginnen werden, die vor anderthalb Jahren die Geschäftsordnungsreform durchgesetzt haben, deren Zweck es sein sollte, die unruhige und alles produktive Schaffen hemmende Zeit der Obstruktion auszuscheiden? Und wie soll diese Obstruktion begriffen werden, nachdem die Tischechen das Ministerium Wienerth durch zweieinhalb Jahre toleriert haben, ihm die „Staatsnotwendigkeit“ nie blokiert hatten, da sich doch das jetzige, das dritte Ministerium Wienerth, in seiner Zusammensetzung ganz unverkennbar zugunsten der Tischechen geändert hat? Aber wer wird bei tischechischen Aktionen nach Logik fragen? Offenbar glaubten sie, daß Wienerth mit dem Budgetprovisorium in einem Engpaß steckend, in einer schweren Verlegenheit, die zu ihrer Gelegenheit werden könnte. Aber wie so oft, haben sie auch diesmal, diesmal so gründlich, daß es sich von der Verlegung nimmer erholen wird. Denn es wird nicht bloß das Abgeordnetenhaus aufgelöst, was ja schließlich eine verfassungsmäßige Maßregel bleibt, sondern die verfassungsmäßige Tätigkeit des Reichsrates wird vom § 14, dem Verfassungsbruch, abgelöst! Wir halten in Oesterreich nun bei den Zuständen des Kurienparlamentes!

Wie ist es zu der plötzlichen Krise, zu der anscheinend alle sachlichen Voraussetzungen gemangelt haben, nur gekommen? Die Krise hat sich an dem sogenannten Budgetprovisorium entzündet. Dieses Provisorium ist, da man zu der rechtzeitigen Erledigung des Staatsvoranschlags (Etat) nie gelangt (auch an sie nicht denkt, wie dies schon daraus hervorgeht, daß der Reichsrat neuer für den 24. November einberufen wurde, das Finanzjahr aber am 1. Januar beginnt, die rechtzeitige Erledigung des Etats also vorweg ausgeschloffen war), dieses Provisorium ist deshalb eine ganz regelmäßige Einrichtung geworden. Es besteht darin, daß der Regierung die Ermächtigung gegeben wird, die Steuern für die Dauer des Provisoriums einzuhoben und die Ausgaben nach Erfordernis zu betreiben; für gewöhnlich wird es jetzt für sechs Monate angeordnet. Nun befand sich die Regierung im Dezember im Zustande der Demission; ihr also eine sechsmonatige Ermächtigung (die überdies die Ermächtigung zu einer Anleihe von mehr als hundert Millionen einschloß) zu geben, wäre also doch gar zu selbstsam gewesen. Also kürzte das Parlament die Ermächtigung auf drei Monate. Nun meinte man, bis Ende März mit der Erledigung des definitiven Voranschlags fertig zu werden, was sich aber infolge der langausgesponnenen Delegationstagung als unzulänglich erwies. Es sollte also ein neues dreimonatiges Provisorium beschlossen werden, das natürlich bis Ende März fertiggestellt werden sollte. Die Regierung konnte aber, und das ist wieder ein österreichisches, die Erledigung nicht betreiben, weil sie eines Teiles der Regierungsparteien nicht sicher war. Auch diese Vorlage enthielt nämlich die Bewilligung einer Anleihe, und zwar von fünfzig Millionen als erste Rate der Dreadnoughtkosten und sechsundzwanzig Millionen zur Schuldentilgung (in Oesterreich geschieht die Schuldentilgung auf Pump); die Deutschfreihändler wollten aber aus unbekanntem Grunde nur einen Teil bewilligen. Darob verging die Zeit, und erst am 24. März trieb Wienerth seine Regierungsmomeluten mittels Demissionsdrohung zusammen. Nun verfielen die Tischechen auf die Idee, die Regierung sei wegen der vorgeschrittenen Zeit in einer Zwangslage, und es wäre möglich, die Zwangslage zu benutzen, um ihre alten Wünsche nach tischechischen Ministern der Erfüllung zuzuführen. Sie begannen daher am Samstag im Budgetausschuß eine Langrede, die sie Montag fortsetzten, so daß allmählich jede Aussicht schwand, daß die Vorlage bis Ende März erledigt werden könnte. Nun wäre nichts einfacher gewesen, als diese Obstruktion, die so geschämigt auftrat — leugneten die Tischechen noch auch heute, daß sie obstruieren, sie hätten nur eine gründliche Debatte gewollt — zu überwinden. Man hätte sie einfach auslaufen lassen müssen, wozu nur die Geduld von zwei, drei Wochen nötig gewesen wäre. Und diese Geduld hätte sich auch gelohnt, weil dann endlich einmal eine Obstruktion ad absurdum geführt worden wäre, was ihr noch nie passiert ist, was sie aber sicherer ausrotten würde, als alle Geschäftsordnungsformen zusammen. Die Geduld hätte auch gar keine Störung gebracht, denn die rechtliche Folge des Mangels jener Ermächtigung reduziert sich darauf, daß die Steuern, deren Einhaltung nicht bewilligt ist, mittels Pfändungen eingetrieben werden können (die Zahlungspflicht wird dadurch natürlich nicht berührt, denn sie erweist sich aus den Steuergesetzen), woran man sich eben zu halten gehabt hätte und unsicher hätte halten können; und was die Bekämpfung der Ausgaben betrifft, so hätte die mangelnde Ermächtigung eine nachträgliche Indemnität natürlich ausreichend weggemacht. Aber auf so viel verständige Geduld ist weder bei Wienerth, noch bei der Krone zu rechnen; man kapituliert vor der Obstruktion, und statt das Parlament zum Siege über sie zu führen, jagt man es von dannen und schafft sich die Ermächtigung, die allein das Gesetz verleihen kann, durch den verächtlichen § 14 selber. Man vermeidet den „ex lex“-Zustand, indem man die Verfassung bricht. Der Reichsrat ist verlegt worden, und die gesetzlich notwendigen Ermächtigungen werden alle mit dem § 14 zur Stelle geschafft werden. Der Reichsrat ist tot, es lebe der Verfassungsbruch!

Nach der Verlegung wird unweigerlich die Auflösung kommen, mit der alles in den Brunnen fällt, was in den vier Jahren an nützlichen Vorarbeiten zustande gekommen war und nun der gesetzgeberischen Erledigung zugeführt werden könnte! Darunter befindet sich auch die Sozialversicherung, die nun im Ausschuss erledigt ist und bei normalem Verlauf der Legislaturperiode sicher auch erledigt worden wäre! Ist es nicht ungeheuerlich, daß alle Volksinteressen unbefriedigt bleiben müssen, weil das tischechische Strebertum den Appetit nach Ministerpostentum nicht unterdrücken kann? Selbstverständlich hat auch die Regierung Wienerth, die unfähig ist, die schweren Probleme Oesterreichs zu meistern, von den Ministerstühlen aber nicht weichen will, ein gerüttelt Maß an dieser Katastrophe. Aber das beseitigt nicht die Schuld der Tischechen, die wieder einmal die demokratische Entwicklung gebohrt und zum Totengraber des österreichischen Verfassungslebens geworden sind.

Die Auflösung vollzogen.

Wien, 30. März. Durch kaiserliches Patent ist das Abgeordnetenhaus aufgelöst und die sofortige Vorbereitung der Neuwahlen angeordnet worden. Die Neuwahlen werden in den ersten Wochen des Juni stattfinden, wahrscheinlich am 8. oder 12. Juni.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. März 1911.

Religionsunterricht oder nicht?

Soll der Religionsunterricht in den Lehrplan der Pflichtfortbildungsschulen eingeführt werden oder nicht? Von der Beantwortung dieser Frage hängt anscheinend das Schicksal des Gesetzentwurfs über die Pflichtfortbildungsschulen ab, das das Abgeordnetenhaus am Donnerstag einer Kommission zur Vorberatung überwiesen hat. In der vorausgegangenen Debatte betonten die Gegner der konservativ-kerikalischen Mehrheit mit allem Nachdruck, daß es ihnen nicht so sehr auf die Bildung der Jugend, als vielmehr auf ihre Erziehung zu guten Christen und treuen Untertanen ankomme und daß sie zu diesem Zwecke des Religionsunterrichts nicht entbehren können. Im Gegenzug dazu will die Regierung, die Linke einschließlich der Nationalliberalen und auch die Freikonservativen von dem Religionsunterricht in der Fortbildungsschule nichts wissen.

In seinen Standpunkt vertrat Genosse Hirsch, der eingangs seiner Rede der Regierung das Kompliment aussprach, daß sie es fertig gebracht habe, eine Vorlage, die einen gesunden Kern enthalte, so zu verballhornen, daß ihr schließlich selbst die Freunde nicht mehr zustimmen können. Er zeigte im einzelnen, wie es sich hier wieder um ein Kampfgesetz gegen die Sozialdemokratie handle, wie der Selbstverwaltung Pesseln angelegt werden und wie man den Gemeinden ein Recht nach dem anderen nehme. Der Grundtendenz des Entwurfs stimmte er zu, bedauerte aber lebhaft, daß es nicht möglich sei, in Preußen ein vernünftiges Gesetz zu verabschieden, ohne es gleichzeitig mit reaktionären Bestimmungen der schlimmsten Art zu bepacken.

Der Freitag soll wieder für Kommissionen freibleiben. Auf der Tagesordnung der Sonnabendtagung stehen nur kleinere Vorlagen.

Flottentreibereien.

Die Zellen, wo unsere Junker von der „gräßlichen Flotte“ sprachen, sind längst vorüber. Heute gehört die „Deutsche Tageszeitung“ zu den Blättern, in denen für neue Flottentreibungen die strupelloseste Propaganda gemacht wird. So finden wir in der Donnerstagsnummer des Agrarierblattes wieder einen Leitartikel, in dem darüber geklagt wird, daß eine mit dem Jahre 1912 beginnende Herabsetzung des Bauplanes (nach dem Bauplan des Flottengesetzes sollen von dem Jahre 1912 ab statt der bisherigen vier nur noch zwei Schlachtschiffe in Bau gegeben werden) „große Mischlichkeiten, ja Bedenken“ in sich birge. Des weiteren wird aber darauf hingewiesen, daß die letzten Flottengesetze für die 17 Jahre nur „Uebergangszeiten“ geschaffen hätten, nach der ein Flottenäternat, das heißt ein für alle Zeit feststehender Flottenbauplan, in Kraft treten werde. Dann vom Jahre 1918 ab seien infolge der Bestimmungen über den nach 20 Jahren erfolgenden Ersatz der Linienschiffe und großen Kreuzer jährlich drei Schlachtschiffe in Bau zu geben.

Das ist richtig. Auch von sozialdemokratischer Seite ist ja bereits hervorgehoben worden, daß die Festsetzung des Höchstdienstalters der Schlachtschiffe auf 20 Jahre bei 68 Linienschiffen und Panzerkreuzern der Bau von jährlich drei neuen Schiffen notwendig mache. So ist in der Tat durch die Flottenbewilligung unserer bürgerlichen Parteien dafür gesorgt, daß die Riesenausgaben für unsere Flotte sich niemals vermindern werden!

Im übrigen aber bezweckt der Hinweis des Agrarierblattes auf ein Flottenäternat offenbar, daß auch für die „Uebergangszeit“ bereits statt der fälligen 2 Schlachtschiffe deren jährlich 8 gebaut werden möchten. Der auch in nationalliberalen Kreisen geheuchelte Optimismus in Sachen der Flottenrüstung ist also so unbegründet wie nur möglich. Liegen erst die Reichstagswahlen hinter uns, so werden unsere Panzerplattentpatrioten mit ihren Forderungen schon herausrücken. Und nach der Haltung der Regierung, nach der Rede des Reichskanzlers vom gestrigen Tage ist die Besorgnis nur zu berechtigt, daß die Regierung dem Drängen unserer Flottenjäger nur zu willfährig nachgeben wird!

Herrn v. Kröcher ins Stammbuch.

Der Berliner Korrespondent des Stolypinischen „Wostok“, dessen Berichte „Aus dem Leben der deutschen Sozialisten“ sich durch eine gewisse Objektivität von den übrigen Teilen dieses Blattes abheben, charakterisiert die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses mit folgenden Worten:

„Es könnte scheinen, daß der bewaffnete oder unbewaffnete Kampf von sechs Personen gegen einige hundert unmöglich wäre oder auf jeden Fall nicht von langer Dauer sein könnte. In dessen wird ein solcher Kampf, der in der vorjährigen Session im preussischen Landtage begann, in diesem Jahre nicht nur fortgeführt, sondern noch mehr verschärft, und man kann nicht gerade behaupten, daß der zahlenmäßig überwindenden Majorität der Sieg immer leicht würde. Gewiß, dieser Kampf erinnert sehr stark an den Kampf zwischen der Mücke und dem Löwen, aber so weit erinnere ich, hat dieses keine Insel durch sein beharrliches Summen und seine zahlreichen giftigen Stiche das große Tier zur Raserei gebracht. So hat auch hier die kleine sozialdemokratische Fraktion durch dieselbe Taktik sämtliche Parteien des Hauses gegen sich aufgebracht, die, zu der Mehrzahl der zur Beratung stehenden Fragen untereinander kämpfend, durch das gemeinsame Bestreben vereint sind, diesem kleinen, herausfordernden Gegner auf irgend eine Weise den Garaus zu machen, der niemand Geringes gibt und die Kräfte so sehr anregt, daß selbst die ehrwürdigen Bürger und stolzen Aristokraten sich mitunter vergessen und sich Ausschreitungen erlauben, die nicht nur mit der Parliamentsetikette, sondern auch mit der einfachen Wohlerzogenheit unvereinbar sind.“

Nach dieser Charakteristik der Geschäftsführung und der Wehrheit der preussischen Duma liefert der Korrespondent des russischen Regierungsbüros eine Erklärung der sozialdemokratischen Taktik, die durch ihre politische Einsicht die des blau-schwarzen Blocks kräutermäßig überträgt: „Diese sechs Mann — so fährt er fort — wären in der ihnen feindlichen Menge verschwunden, und hätten nie eine so systematisch herausfordernde Taktik angewandt, wenn nicht das Bewußtsein, daß sie außerhalb des Parlaments von einer solchen Macht unterstützt werden, die bei dem außergewöhnlichen Stimmungsauflauf, der die Partei gegenwärtig bejeelt, ihre Bedeutung verzehnfacht.“

Handlangerdienste für Herrn v. Jagow.

Bekanntlich hatte der preussische Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, vor einigen Tagen behauptet, daß Angelegenheiten dafür vorlägen, daß der ermordete Arbeiter Herrmann nicht zu einer Zeit und unter Umständen das Opfer des Polizeistabes geworden sei, wo von Zusammenstößen überhaupt keine Rede hätte sein können, sondern, daß er bereits gegen 7 Uhr abends inmitten eines Menschenmehrs seine tödlichen Verletzungen erhalten habe. Jetzt bringt die „Tägliche Rundschau“ die Zuschrift eines „Augenzeugen“, der gleich-

falls behauptet, daß bei einer Polizeistatue auf einen großen Menschenhaufen ein Mann erschlagen worden sei, der offenbar mit Herrmann identisch sei. Der Vorgang habe sich $\frac{1}{8}$ Uhr, spätestens $\frac{1}{4}$ Uhr ereignet. Es sei also keine Frage, daß die Tötung des Herrmann sich im Kampfgewühl oder im allerunmittelbarsten Anschluß daran ereignet habe.“

Es ist nur höchst eigentümlich, daß dieser Zeuge erst jetzt mit seiner Wissenschaft hervortritt, obwohl doch seinerzeit Herr von Jagow selbst durch einen öffentlichen Aufruf zur Zeugnisablegung für die Polizei aufgefordert hatte. Warum meldete sich dieser Zeuge nicht auf diesen Aufruf hin; warum nicht damals, als der Fall Herrmann in der Verhandlung in so breiter Weise zur Sprache kam?

Man wird also gut tun, den Bekundungen dieses Zeugen einstellweilen mit der größten Skepsis zu begegnen!

Die Unterernährung der Arbeiterklasse.

Wie die „Freisinnige Ztg.“ auf Grund der Darlegungen des „Reichsarbeitsblattes“ feststellt, hat sich gegenüber dem Jahre 1909 eine Verminderung des Fleischkonsums für eine fünfköpfige Familie um 13 Pfund ergeben. Nehme man an, daß sich der Fleischkonsum der wohlhabenderen Klassen trotz der Fleischsteuerung nicht vermindert hat, so könnte man ohne Übertreibung annehmen, daß eine Arbeiterfamilie im Jahre 1910 etwa 20 Pfund Fleisch weniger habe verzehren können als im Jahre vorher. Und dabei sei schon im Jahre 1909 eine kleine Verminderung des Fleischkonsums gegen 1908 eingetreten.

Angeichts solcher Zahlen kann nur agrarische Unverfrorenheit behaupten, daß von einer Fleischnot keine Rede sei.

Agrarische Wünsche werden prompt erfüllt.

Vor kaum einer Woche verlangte der Bauernbündler Dr. Köpcke im Reichstag, daß die Sperrmaßregeln gegen die Verschleppung der Maul- und Klauenseuche von den verseuchten Gebieten in unverseuchte Bezirke gemildert würden, und schon jetzt hat der preussische Landwirtschaftsminister eine entsprechende Anweisung an die Regierungspräsidenten ergehen lassen. Diese Maßnahme würde verständlich und im Interesse der Landwirtschaft, die durch die Sperrmaßregeln geschädigt werden, zu begründen sein, wenn ein Milderung der Seuche zu verzeichnen wäre. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Nach den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts waren verseucht am 16. Februar 296 Gemeinden mit 6013 Gehöften, und am 15. März 2550 Gemeinden mit 9223 Gehöften. Greift man aber, weil die Verordnung ja nur für Preußen gilt, diesen Staat heraus, so wird das Verhältnis nicht günstiger. Die Zahl der verseuchten Gemeinden stieg in Preußen vom 15. Februar bis 15. März von 1803 auf 1673 und die Zahl der verseuchten Gehöfte gar von 4330 auf 5.79. Bezeichnend ist es auch, daß gerade in den nördlichen preussischen Provinzen die Seuche besonders verbreitet ist. Nach den Nachrichten vom 15. März betrug die Zahl der verseuchten Gehöfte in der Provinz Posen 771, in der Provinz Sachsen 905, in Hannover 1012, hingegen in Westfalen nur 83, in Hessen-Rassau 128, Rheinprovinz 579, in Bayern aber nur 420; während in Württemberg die Zahl von 468 auf 1636 in die Höhe schnellte. Baden, das zuerst die Einfuhr französischer Viehes zugelassen hatte, hat 461 verseuchte Gehöfte gegen 156 im Februar.

Jedenfalls beweisen diese Zahlen, daß die Absperrung gegen das Ausland das Umsichgreifen der Seuche nicht hat verhindern können. Mildert man jetzt die Sperre im Inland, ohne zugleich für bessere sanitäre Verhältnisse in den Viehställen zu sorgen, so dürfen wir bald mit einem weiteren Umsichgreifen der Krankheit und damit auf einen Rückgang in der Viehhaltung zu rechnen haben.

Die Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Dem Zustandekommen der Verfassungsreform haben sich in der Kommissionstagung vom Donnerstag beim Wahlgesetz neue Schwierigkeiten entgegengestellt. Die Zweite Kammer soll nach der Regierungsvorlage aus 60 Abgeordneten bestehen. In den vier großen Städten soll die Wahl von zwei und mehr Abgeordneten in einem Kreise zulässig sein. Von unseren Parteigenossen ist beantragt, diese Bestimmung zu streichen, so daß auch in den Städten für jeden Vertreter ein besonderer Wahlkreis zu bilden ist. Das Zentrum beantragte, die Zahl der Abgeordneten auf 61 zu erhöhen und die Wahlkreiseinteilung nicht der Regierung zu überlassen, sondern durch Gesetz in der Weise festzulegen, daß alle Wahlkreise die bestehenden Verwaltungskreise gelten. Unsere Genossen wiesen nach, daß es dem Zentrum mit seinen Anträgen nur darauf ankomme, sich in der Zweiten Kammer die Mehrheit zu sichern. Emmel rechnete dem Zentrum vor, daß nach seinen Anträgen auf einen Abgeordneten in einem Bezirk 20.500, in anderen industriellen Bezirken bis über 87.000 Einwohner kommen würden. Die Wahlkreiseinteilung der Regierung ist gerechter als der Zentrumsantrag.

Staatssekretär Delbrück versicherte nochmals, die Regierung bestrebe darauf, daß die Wahlkreiseinteilung im Verordnungswege vorgenommen würde. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf gegen die Stimmen unserer Genossen und die der Freisinnigen abgelehnt; abgelehnt wurde auch der Zentrumsantrag und zwar mit 9 gegen 18 Stimmen. Dafür stimmte außer dem Zentrum nur das polnische Mitglied; die Konservativen enthielten sich der Abstimmung. Endlich wurde mit 14 gegen 13 Stimmen auch der § 1 der Regierungsvorlage abgelehnt. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus Zentrum, Konservativen, Antisemiten und Polen.

Der Kampf um das Erbe Wassermanns.

Wassermann, dem es bekanntlich nach vielen Odysseefahrten endlich gelungen ist, einen Wahlkreis zu finden, hinterläßt ein Erbe, um das ein eigenartiger Kampf entbrannt ist. Als man bei der letzten Totentotenwahl den Wahlkreis Frankfurt-Leubus für den nationalliberalen Führer nicht mehr für ganz sicher hielt, bot die Blockpartei ihm in dem Wahlkreis Rothenburg-Hoyerwerda in Schlesien einen „absolut“ sicheren Kreis. Es war eine Domäne der konservativen Partei, jahrelang durch den Grafen Arnim-Musau vertreten, der, nebenher gesagt, der Urheber der berühmten Worte: „Der Vater hat alles verfallen!“ ist. Mit Hilfe der Freisinnigen (Nationalliberalen) konnte man damals überhaupt nicht im Kreise wurde dann Wassermann mit 13.957 Stimmen gewählt gegen 4345 sozialdemokratische und 840 Zentrumsstimmen.

Kunnehe glaubten die Freisinnigen das Erbe Wassermanns antreten zu können. Sie präsentierten einen Gutsherren Scheumann aus Rillasse und glaubten mit diesem Kandidaten einen der Nationalliberalen gemehnen Mann gefunden zu haben. Die Konservativen stellten den Landrat Dr. Hegenheidi-Hoyerwerda auf und dachten ebenfalls an die Gunst der Nationalliberalen, und zwar mit Erfolg. Die Freisinnigen erhielten von den Nationalliberalen einen Sturz. In einer Sitzung des „Nationalliberalen Vereins für den Wahlkreis Rothenburg-Hoyerwerda“, wurde beschlossen, folgenden Brief an den Freisinnigen Verein zu senden:

„Im Namen des Ausschusses unseres Vereins teile ich Ihnen mit, daß wir es ablehnen, die Wahl des Herrn Scheumann als Reichstagskandidaten zu unterstützen.“

Sodankundendruck
E. Strauß, Amtsgerichtsrat.
Nationalliberaler Verein f. d. Wahlkr. Rothenburg-Hoyerwerda.“

Also die Nationalliberalen lehnen ein Zusammengehen mit dem Freisinn im Kreise für die Reichstagswahl rundweg ab. Zweifellos werden sie mit den Konservativen Hand in Hand gehen. Das

Kam auch in einer konfessionellen Versammlung in Hohenheim zur Sprache. Man bietet den Nationalliberalen dafür das Mandat des verstorbenen Landtagsabgeordneten Lude. Also im einseitigen Wahlkreise Wassermaas werden die Nationalliberalen auf Grund eines elenden Kuhhandels den schwarzblauen Blod heraus-hauen.

Nun ist aber im Wahlkreise in seiner wirtschaftlichen Struktur eine wesentliche Veränderung vorgegangen. Er hat sich in den letzten Jahren außerordentlich stark industrialisiert. Da ist der Hauptort Weiskammer, dessen Einwohnerzahl infolge der mächtig aufblühenden Maschinenindustrie ganz rapid auf 13000 angewachsen ist. Außerdem sind noch eine ganze Reihe ehemalige kleine Dörfer zu Industriearbeiten geworden. Kleine Landwirte wurden proletarisiert und arbeiten nun in den Kohlengruben oder Glasfabriken, und solche bisher zurückgebliebene Benden kommen in Verbindung mit der Industriearbeiterschaft. Partei und Gewerkschaften sind nicht müde gewesen und haben die günstige Situation weidlich ausgenützt.

So ist eine erhebliche Zunahme unserer Stimmzahl zu erwarten, und es liegt bei der Haltung der Nationalliberalen sehr nahe, daß wir mit den Konservativen in Stichwahl kommen. Es würde also nach freisinniger Ansicht eine sogenannte „falsche Stichwahl“ geben, und es liegt dann an den Freisinnigen, wenn der Kreis wieder in die Hände der Konservativen kommt.

Jedenfalls ist die Haltung der Nationalliberalen in diesem Kreise echt — nationalliberal.

Der Erfolg des Branntweinbottkotts.

Daß die Branntweinsteuer den erhofften Betrag nicht bringen wird, steht nun fest. Man rechnet nämlich mit einer Einnahme von 160 Millionen statt der angenommenen Summe von 180 Millionen Mark. Im Etat für 1911 ist die Branntweinsteuer deshalb auch nur mit 168 Millionen Mark in Ansatz gebracht worden. Ziffermäßig ergibt also das Rechnungsjahr 1910 eine Mindereinnahme aus dieser Steuer in Höhe von 20 Millionen Mark. In Wirklichkeit ist das Resultat aber noch ungünstiger. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ klagen nämlich:

„Im letzten Branntweinsteuergesetz ist neben der Branntweinverbrauchsabgabe und der Eisigalureverbrauchsabgabe, welche letztere nur ganz geringe Beträge aufweist, eine Betriebsaufgabe eingeführt, aus der die früher aus der Brennsteuer und Patatbottkottsteuer gezahlten Vergütungen für Ausfuhr usw. ausgebrocht werden sollen. Wie dem letzten Nachweise über die Zölle, Steuern und Gebühren zu entnehmen ist, hat diese Betriebsaufgabe zwar im Februar einen Betrag von 2,6 Millionen gehabt, jedoch wies sie trotzdem für die ersten elf Monate des laufenden Rechnungsjahres insgesamt einen Fehlbetrag von 6,7 Millionen Mark auf.“

Durch den verminderten Absatz im Inlande müssen die Bremer Branntwein exportieren. Steigender Export und gleichzeitig sinkender Inlandkonsum bedeuten eine steigende Belastung der Reichskasse, wodurch die wirtliche Einnahme aus dem Branntwein noch weiter sinkt.

Der Freisinn für Verdummung der Landarbeiter.

In Ostpreußen erscheint seit Jahren der „Ostpreussische Volksfreund“, der die Sozialdemokratie bekämpft und die Landarbeiter in der Dummheit und Unterwürigkeit erhalten soll. Für das Blatt arbeiten die Landratsräte, Amtsvorsteher und Lehrer. Die Gutbesitzer heden es den Arbeitern meist gratis zu. Solange der „Volksfreund“ nur die Sozialdemokratie verurteilte, hatten die Freisinnigen gegen diese „staatsverhaltende“ Tätigkeit nichts einzuwenden. Im vergangenen Jahre aber hat das Blatt auch die Liberalen Parteien bekämpft, was den Dorn der freisinnigen Blätter erregt und im Abgeordnetenhaus zu heftigen Redebekämpfen zwischen Konservativen und Liberalen geführt hat. Die letzteren haben den „Volksfreund“ als ein konserwatives Parteiblatt bezeichnet, was er ja auch in Wirklichkeit immer war. Das Schöne aber ist, daß jetzt den Liberalen von einer konserwativen Partei große Landtagsabg. Reyer-Tilfit, nachgewiesen worden ist, daß der „Volksfreund“ auch mit dem Gelde der freisinnigen unterstützt wird. Er hat erklärt, der „Volksfreund“ würde im allgemeinen nicht bloß von konserwativer Seite, sondern auch von den Kreisen aller bürgerlichen Parteien heraus unterstützt und seine Wirksamkeit würde durchaus freudig anerkannt. In der Zentralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Ostpreußen, die gerade auch die Unterstützung und Verbreitung des „Ostpreussischen Volksfreund“ betreibt, sitzen nicht nur konserwative, sondern auch Liberale. Er nenne z. B. als Mitglied des Ausschusses den seinem verehrten Kollegen Gylling sehr wohl bekannten Professor Walter Simon und könne von seiner Heimatstadt Tilfit erzählen, daß die Mittel, die zur Unterhaltung und Verbreitung des „Ostpreussischen Volksfreund“ aufgebracht wurden, zum Teil aus von freisinnigen Herren herstammten! Wenn die Herren wünschten, daß er persönliche Namen nenne, wolle er es gern tun.

Diese Enthüllung ist für den Freisinn geradezu vernichtend. Er gibt an, daß er gegen den schwarzblauen Blod kämpft, bildet aber in Ostpreußen zusammen mit den Junkern einen „nationalen Blod“ zur Niederhaltung und Verdummung der Landarbeiter. Statt diese politisch aufzuklären, wird ihnen die Traktatendrohung vorgesetzt und zwar auch von den Freisinnigen. Das sollte im nächsten Wahlkampf den Landarbeitern unterbreitet werden.

Die Pflicht der hamburgischen Polizei.

In der Hamburger Bürgerschaft wird zurzeit das Staatsbudget für 1911 beraten. Am Mittwochabend kam es beim Kapitel „Polizeibehörde“ zu einem Zusammenstoß zwischen dem Genossen Umland und dem „Sprechminister“ des Senats, Dr. Diestel, als Umland das Vorhaben der Polizei gegen Streikposten einer scharfen Kritik unterzog. Genau so oder noch schärfer wie in anderen Bundesstaaten, sieht man auch in der „Republik“ die Maßnahmen gegen die Streikposten zu Felde, verdient man ihnen die Ausübung des gesetzlich gewährtesten Streikrechts — auf Grund der Strafgesetzbuchordnung! Bei der letzten großen Aussperrung der Hafensarbeiter ist diesen sogar generell das Betreten der Hafengegend verboten worden, um Zusammenstöße vorzubeugen“, und diese „Präventivmaßnahme“ ist vom Hanseatischen Oberlandesgericht sanktioniert worden. Der Polizeibehörde siehe auf Grund der Strafgesetzbuchordnung das Recht zu, solche Maßnahmen im Interesse der Sicherheit usw. zu erlassen. Bei den letzten großen Aussperrungen und Lohnbewegungen wurde alles von der Strafe fortgejagt, was nach Streikposten roch!

Als Genosse Umland diese „Schuh“ maßregeln beim rechten Namen nannte, erhob sich der Scharfmacher aller Scharfierungen ein großes Geschrei. Senator Dr. Diestel suchte den Eindruck der Rede nach außen hin dadurch abzuschwächen, daß er erklärte, die Polizei denke gar nicht daran, einseitig zugunsten der Unternehmer einzugreifen. Sie wolle nur verhindern, daß die Streikenden den Arbeitswilligen die Knochen im Leibe zerklagen. Auf die säkularischen Juristen unserer Genossen, wo das geschehen sei, blieb der Herr Senator die Antwort schuldig.

In kritischen Augenblicken kopiert dieses Geldsackparlament die Gepflogenheiten des preussischen Junkerparlaments: es schneit durch Schlachttat die weitere „unangenehme“ Erörterung ab. Die Strafgesetzbuchordnung soll also weiter als Instrument gegen die Streikposten zur Anwendung gelangen!

Frankreich.

Zweijährige Dienstzeit für die Marine.

Paris, 30. März. Delcassé hat dem Omann und Berichtserstatter des Marineauschusses der Kammer zugefagt, daß die Regierung alles aufbieten werde, das neue Flottenprogramm sofort nach den Osterferien zur Verhandlung zu bringen. Dieser Gesetzentwurf behnt die zweijährige Dienstzeit auch auf die Marine aus.

Vapsty enthaftet.

Paris, 30. März. (Fig. Ver.) Der russische Sozialrevolutionär Georg Vapsty, über dessen Verhaftung wir berichtet haben, ist gestern auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem die Staatsanwaltschaft erkannt hatte, daß das von der russischen Regierung gestellte Auslieferungsgesetz der rechtlichen Grundlage entbehre. Die französische Regierung, die so die Ueberlieferung der Polizei gut gemacht hat, hat vor dem Asylrecht politischer Verfolgter eben doch mehr Respekt, als preussische philosophische Gendarmen.

England.

Das Verhältnis zu Frankreich.

London, 30. März. (Unterhaus.) Das Mitglied der Arbeiterspartei Jowett stellte heute an Sir Edward Grey die Anfrage, ob bei seinem Amtsantritt irgendeine ausdrückliche oder stillschweigende Abmachung bestanden habe, auf Grund deren Großbritannien Frankreich gegenüber verpflichtet sei, unter gewissen Umständen Truppen zur Unterstützung von Operationen der französischen Armee zu entsenden. Sir Edward Grey erwiderte, der Umfang der Verpflichtungen Großbritanniens sei in der englisch-französischen Konvention, die dem Parlament vorgelegen habe, zum Ausdruck gebracht; eine andere Verpflichtung bestände nicht.

Die Oberhausfrage.

London, 30. März. Im Oberhaus, in dem heute zum ersten Male Viscount Haldane als Mitglied erschien, legte Staatssekretär Morley die Stellung der Regierung zu der vorgescherten abgegebenen Erklärung Lord Lansdownes betreffend die Einschränkung der königlichen Prerogative für die Ernennung von Beamten dar. Morley erklärte, die Regierung beabsichtige nicht, der Einbringung und Beratung der Reformbill Lansdownes formelle Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und werde dem Herrscher raten, dem Vorschlage zuzustimmen. Sie behalte sich jedoch vollkommene Handlungsfreiheit vor, und habe, wie sich aus die Diskussion über die Forderung der Zusammenfassung des Oberhauses und die Prerogativebefugnisse der Krone gestalten möge, keinesfalls die Absicht, zu einer Verschleppung der Erledigung ihrer in der Reformbill enthaltenen Vorschläge die Hand zu bieten. (Beifall bei den Ministerialen.)

Ein neues englisches Berggesetz.

Aus London wird uns geschrieben: Die schrecklichen Grubenkatastrophen, die Großbritannien im letzten Jahre heimsuchten, und die steigende Zahl der tödlichen Grubenunfälle in den letzten fünf Jahren haben die Revision des britischen Berggesetzes zu einer dringenden Notwendigkeit gemacht. Die Regierung hat dem Drängen der Bergarbeiter nachgegeben und eine große Vorlage eingebracht, deren Bestimmungen auf den Forderungen der im Jahre 1906 ernannten königlichen Kommission fußen. In weniger als zwei Stunden wurde gestern die zweite Lesung der Vorlage ohne jede Opposition angenommen.

Die Vorlage stellt einen Ausbau des bekannten konsolidierten Berggesetzes vom Jahre 1887 dar und befaßt sich mit allen Zweigen des Bergwesens, mit Ausnahme des Schieferbergwesens und der Bagelkontrollengesetze. Hervorzuheben sind besonders folgende Punkte. Um Unfälle bei der Förderung der Belegstoffe zu vermeiden, sollen die Seile alle 1/2 Jahre inspiziert werden; auch sollen bessere technische Einrichtungen zum Bremsen, zum Messen der Fahrgeschwindigkeit gefordert werden. Die Förderung von Material und Werkzeug während der Ein- und Ausfahrt soll untersagt werden. Zur Verhütung von Unfällen auf der Förderstrecke schreibt die Vorlage einen genügenden Raum zwischen den Wägen und den Seitenwänden wie auch eine genügende Anzahl Zustufsstätten vor. Ferner verlangt die Vorlage, daß jede Grube einen zweiten Ausweg neben der Strecke, auf der die mit Gasen geschwängerte Luft zurückkehrt, besitzen muß. Bei neuen Gruben müssen zwei Schächte angelegt werden, einer für die Kohlenförderung und ein anderer für die Ein- und Ausfahrt der Belegstoffe. Auch wird diese Renierung von bestehenden Gruben, wo es notwendig ist, verlangt werden. Die Steiger müssen in Zukunft eine strengere Prüfung bestehen, als es jetzt der Fall ist. Kein Bergarbeiter soll künftig an Stellen arbeiten dürfen, wo das Gängende nicht gestützt ist. Keinem Steiger darf ein höheres Niveau angewiesen werden, als er mit Gründlichkeit inspizieren kann. Weitere Bestimmungen beziehen sich auf den größeren Schutz der Gesundheit der Arbeiter bei Bohrarbeiten, auf die Verwendung, Aufbewahrung und Art der Explosivstoffe, auf die Art der Sicherheitslampen usw. Niemand darf in Zukunft an einem Orte arbeiten, wo sich mehr als 1/2 Prozent schlagender Wetter befinden. Auch eine bessere Bewetterung der Gruben, mit der es in Großbritannien teilsweise noch sehr schlecht ausieht, soll auf gesetzlichem Wege erzwungen werden; desgleichen eine bessere Bewässerung und eine wirksamere Verhütung des Anstauens des Kohlenstaubes. Von großem Interesse ist auch die Bestimmung, nach der auf allen neuen Wäschlänen bestehen müssen, die die Bergarbeiter benutzen müssen. Ob sich die britischen Bergarbeiter zwangsweise weichen lassen werden, ist jedoch noch recht zweifelhaft. Kinder dürfen in Zukunft an der Oberfläche nicht unter 18 Jahren und unterirdisch nicht unter 14 Jahren beschäftigt werden. Die Festsetzung dieses niedrigen Alters zeugt nicht gerade von sozialpolitischer Weisheit; immerhin ist diese Bestimmung als ein kleiner Fortschritt gegenüber den bestehenden Zuständen anzusehen.

Die Vorlage wurde von allen Seiten des Unterhauses mit Beifall aufgenommen. Selbst die Vertreter der Bergwerksbesitzer machten keinerlei Einwendungen, obwohl sie sich das Recht, in der Komiteeberatung Änderungsanträge zu stellen, vorbehalten. Die Einstimmigkeit des Unterhauses ist wohl in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß eine Million britische Bergarbeiter eine gewaltige Wählermasse darstellen.

Dänemark.

Deutschland als unrühmliche Ausnahme.

Kopenhagen, 30. März. Im Folketing erklärte der Minister des Auswärtigen Graf Hjelsted-Laurvig bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Erneuerung des Schiedsgerichtsvertrages mit England auf verschiedene Anfragen: Der Schiedsgerichtsvertrag mit Frankreich läuft im Sommer ab. Von dänischer Seite sind Schritte zu seiner Erneuerung unternommen worden, wobei man versucht hat, in dem neuen Vertrag dem obligatorischen Schiedsgericht so nahe wie möglich zu kommen. Daß Frankreich einem solchen ganz zustimmen wird, ist nicht wahrscheinlich, es besteht aber gute Hoffnung, bedeutend vorwärts zu kommen. Mit Oesterreich-Ungarn hatte man seinerzeit einen Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen, der Vorschlag war aber nicht günstig aufgenommen worden. Da der Vertrag, den man hätte erreichen können, nur geringe Bedeutung gehabt hätte, hat man davon Abstand genommen. Bei Deutschland sind wegen Abzuges eines Schiedsgerichtsvertrages keine Schritte unternommen worden, da man wußte, daß es dem Schiedsgerichtsgedanken skeptisch gegenübersteht. Sollte sich zeigen, daß Deutschland in dieser Frage anderer Meinung geworden ist, werden natürlich Verhandlungen angeschlossen werden.

Indien.

Ein Fabrikgesetz.

Aus London wird uns geschrieben: Nach langen Verhandlungen ist das Gesetz, das die Arbeitszeit in der indischen Textilindustrie festsetzt, von der indischen Regierung angenommen worden. Nach dem neuen Gesetz, das nächstes Jahr in Kraft tritt, darf die Arbeitszeit der männlichen und weiblichen erwachsenen Textilarbeiter höchstens zwölf Stunden, die der Kinder sechs Stunden täglich betragen. Sowohl die indischen Kapitalisten, die die Baumwollfabriken in Bombay besitzen, wie auch die englischen Kapitalisten, denen die Zutfabriken in Kalkutta gehören, entfalteten vor der Annahme des Gesetzes eine rege Propaganda gegen dasselbe. Es gelang ihnen auch, die Regierung zu bewegen, eine Kommission zu ernennen, in der die Fabrikanten stark vertreten waren und die einen Zwölfstundentag für jugendliche Arbeiter von 14 bis 17 Jahren in Vorschlag brachte. Der Vorschlag der Kommission wurde aber von der Regierung nicht angenommen. Wird das Gesetz streng durchgeführt, so sollte es sich als eine Wohltat für die indischen Textilarbeiter erweisen. Denn gegenwärtig wird in vielen Fabriken 14 und 15 Stunden den Tag gearbeitet, und selbst die kleinen Kinder müssen sich oft wie die Erwachsenen bis in die Nacht hinein abradern.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages.

Beendete Donnerstag die Debatte über den Etat von Samoa. Eine Zentrumsresolution, die die Selbstverwaltung von Samoa forderte, wurde zurückgezogen, nachdem der Staatssekretär zugefagt hatte, daß er im Sinne der Resolution eine Reform durchführen wird. Die Kommission trat hierauf in die Beratung eines Gesetzentwurfs über die Tagelöhner und Umzugelassen der Kolonialbeamten ein. Die Debatte wird am Sonnabend fortgesetzt werden.

Aus der Schifffahrtabgabekommission.

Nr. 6, Ziffer 3, liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der den Verwaltungsausschüssen die Befehlshausung über die Schifffahrt abgaben entziehen will. Der Antrag ist die Konsequenz von weiteren Anträgen zu § 1, die darauf hinauslaufen, die Freitragung der Tarife und jede Abänderung derselben der Reichsgesetzgebung zu überweisen. Zu der Debatte vertritt der preussische Ministerialdirektor Peters nochmals, das Tarifhoheitsrecht des Reiches, wie es in Artikel 4 Ziffer 9 und Artikel 54, Absatz 4 der Verfassung festgelegt ist, wegzunehmen. Im Gegensatz dazu stellt sich der Vertreter des Reichstages des Innern, Geheimrat v. Zonquers auf den Standpunkt, daß die Kompetenz des Reiches nicht zu beschränken ist, daß es aber aus praktischen Gründen nicht zu empfehlen sei, bei der Tarifsetzung das Parlament mitwirken zu lassen. Abg. Gothein teilt diesen Standpunkt zum Teil aus dem praktischen Bedenken, daß die Arbeit für das Parlament zu kompliziert sei. Abg. David legt demgegenüber dar, daß es unbedingt notwendig sei, die Tarifsetzung nicht in die Hände von abhängigen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit arbeitenden Verwaltungskörperschaften gleiten zu lassen. Jede Veränderung der Tarife bedeute eine Erschütterung der Existenzgrundlage der betroffenen Unternehmungen. Der Weg des Reichsgesetzes sei der einzig richtige, und wie das Beispiel der Zolltarifgesetzgebung zeige, auch praktisch durchaus gangbar. Der Antrag wurde mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Bei Ziffer 6, der den Verbänden das Recht gibt, aus Willkür- und Zweckmäßigkeitsgründen Ermäßigungen und Befreiungen zu gewähren, entpuppt sich eine lange Debatte. Der Befreiung, daß auf diesem Wege den österreichischen und holländischen Schiffen Bewilligungen angewandt werden können, wird von den Abg. Stolle, Hildenbrand und Dejer Ausdruck gegeben. Die Regierung befreit diese Möglichkeit. Auch die Frage der Freilassung von holländischen Projektbooten und kleinen Fahrzeugen mit landwirtschaftlichen Produkten der Stromanlieger wird aufgerollt. Die Regierungserklärungen dazu sind gänzlich unbefriedigend, da sie alles dem Ermessen und der Einsicht der Verwaltungsausschüsse überlassen wollen. Nachdem die einzelnen Positionen des Paragraphen ohne bemerkenswerte Veränderungen angenommen sind, wird der ganze § 2 mit großer Mehrheit angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Röhrenkämpfe.

Auf dem Röhrenmarkt haben sich nach der im Sommer des Vorjahres erfolgten Auflösung des Gas- und Siederohrensyndikats einschneidende Veränderungen vollzogen. Durch den allgemeinen Konkurrenzkampf sind die unter der Herrschaft des Syndikats recht hohen Preise erheblich zurückgegangen, darüber hinaus haben sich die Wirkungen der Syndikatsauflösung in einer neuen Gruppierung der Röhrenindustrie gezeigt. Die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft nahm sofort 2 Röhrenwerke auf, und zwar die Düsseldorf-Röhren-Industrie-Aktiengesellschaft und die Röhrenfabrik von Viebboeuf in Düsseldorf. Schnell folgte der „Phönix“ mit der Angliederung der Düsseldorf-Röhrenwerke vorm. Poensgen u. Co. Ferner schritten die Obersächsische Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges., Abteilung Guldenschink Werke in Gleiwitz und die Wismarhütte auf dem Gebiete der Herstellung und des Verkaufes schmiedeeiserner Röhren zu einer innigen Interessengemeinschaft auf die Dauer von zehn Jahren. Der Vertrag sieht unter anderem eine weitgehende Arbeitsstellung vor. Zum Zweck der Durchführung der vertraglichen Vereinbarung haben die beiden Aktiengesellschaften eine gemeinsame Verkaufsstelle in Gestalt einer G. m. b. H. mit dem Sitz in Berlin und Zweigniederlassungen in Gleiwitz und Wismarhütte gegründet.

Inabwärtiger von schwächeren Betrieben wird mit Eifer versucht, unter den Schutz von großen gemischten Werken zu kommen, da der freie Wettbewerb gegenüber den bedeutenden Röhrenwerken, die in neuerer Zeit auch durch technische Neuerungen ihre Leistungsfähigkeit wiederum erhöht haben, ziemlich aussichtslos geworden ist.

Aber nicht nur der Markt für schmiedeeiserner Röhren wurde durch die Sprengung des Gas- und Siederohrensyndikats erschüttert, auch die Abgabeverhältnisse für gußeiserner Röhren sind dadurch stark beeinträchtigt worden. Durch die verbilligten Angebote von schmiedeeisernen Röhren wurden die Preise auch für gußeiserner Röhren noch weiter gedrückt, damit verschärften sich die Schwierigkeiten, unter denen die Fabriken von Guhröhren schon lange vorher zu leiden hatten. Jetzt finden in Köln Verhandlungen über eine Verlängerung des Deutschen Guhröhrensyndikats statt, die aber sehr wahrscheinlich mit einem Auflösungsbeschlusse enden werden. Im Vorjahre wurde dieses Syndikat, das schon seit dem Jahre 1902 besteht, auf ein Jahr verlängert, doch seit dem April 1909 ist es nur noch ein Numpfsyndikat, da damals die Syndikatsvereinbarungen für den Verkauf von Röhren über 2 Fuß Durchmesser aufgehoben wurden. Eine der beteiligten Fabriken erklärte kürzlich, daß alle diejenigen Werke, welche die Röhrenherstellung ohne eigenes Hoheisen betreiben, kaum noch wettbewerbsfähig sind. Hierin liegt wiederum die Feststellung, daß die Konkurrenz der sogenannten kleinen Werke gegen die gemischten Betriebe auf die Dauer nicht möglich ist. Eine Auflösung des Guhröhrensyndikats dürfte schnell die gleichen Zustände und Vertrauensstörungen hervorgerufen, die sich unter den Fabriken von schmiedeeisernen Röhren nach der Syndikatsprengung eingestellt.

Die Auflösung des Reimartels ist beschlossen worden. Von der Aktiengesellschaft Scheidemann, die die Gründerin des Kartells war und seit seiner Auflösung bewirkt, werden nicht, wie es in unserem gestrigen Bericht durch einen Druckfehler hieß, 6 Proz., sondern 75 Proz. des deutschen Gesamtanfangs von Knochen verarbeitet.

Reichstag.

150. Sitzung. Donnerstag, den 30. März, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratlich: von Bethmann Hollweg, von Riederer-Wächter, Dr. Dellbrück, Wermuth, Dr. Bischoff.

Der Entwurf einer zweiten Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichskanzlers und der Reichskasse.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.), den Reichskanzler zu ersuchen, er möge im Hinblick darauf, daß die französische Deputiertenkammer und das englische Unterhaus die Bereitwilligkeit zu Kürzungen ausgesprochen haben, sofort Schritte tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Ausgaben in Verbindung mit der Abschaffung des Seebücherechts herbeizuführen.

Eine von den Abgg. Brandys u. Gen. (Polen) beantragte Resolution verlangt einen Gesetzentwurf zwecks Regelung des Aufenthaltswesens der Ausländer im Deutschen Reich.

Die Abgg. Bialy u. Gen. (Op.) verlangen in einer Resolution, der Reichskanzler solle seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklären, sobald von einer Großmacht Vorschläge über eine gleichzeitige und gleichmäßige Begrenzung der Ausgabenausgaben gemacht werden.

Eine weitere Resolution Bialy u. Gen. (Op.) verlangt den Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen nach dem Muster des mit Großbritannien abgeschlossenen.

Ferner beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.), daß Arbeiten und Lieferungen für die einzelnen Zweige der Reichsverwaltung nur an Firmen vergeben werden, welche die gesetzlichen Vorschriften einhalten, auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken sich verpflichten; weiter verlangt die Resolution die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Festsetzung und Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsbetrieben.

Eine Resolution Behrens u. Gen. (Wirtsch. Vg.) enthält nur die Forderung der Vergütung von Lieferungen und Arbeiten an Firmen, die auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken.

Schließlich verlangt eine vom Abg. v. Treuenfels (L.) mit Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Polen) beantragte Resolution die Errichtung eines Kolonialkriegerdenkmals in der Reichshauptstadt, wie es der Reichstag bereits am 19. März 1908 und 3. Februar 1910 beschlossen hat.

Abg. Dr. Spahn-Vorn (L.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich) spricht seine Freude über die herzlichen Beziehungen der Dreifürstentümer, speziell über die Freundschaft Deutschlands und Oesterreichs aus. Weiter bespricht der Redner, im Zusammenhang ganz verständlich, die holländische Frage, unser Verhältnis zu Frankreich und England und die Frage der Bagdadbahn. Die Frage der Schiedsgerichtsverträge sei von großer Bedeutung und ihre Ausbreitung sei erwünscht; das habe aber nichts mit der davon gänzlich verschiedenen Frage der Weltfriedensverträge zu tun. Ueber die Abrüstungsfrage habe England seinerzeit wohl eine Anregung gegeben, aber nicht bestimmte Anträge gestellt. Es müsse konstatiert werden, daß wir in dieser Frage und nicht ablehnend verhalten. Der Redner schließt mit dem Wunsch der Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Mächten.

Abg. Graf Kautz (L.): Ich möchte noch einmal ausdrücken, daß wir den herzlichsten Anteil an der Jubelfeier unseres Verbündeten, des Königreichs Italien, nehmen. (Lebhaftes Bravo! rechts und links.) — Die auswärtige Politik gibt diesmal mehr Stoff zu Betrachtungen als im Vorjahre. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Potsdamer Kaiserzukunft. Es ist unbegreiflich, daß es noch Kreise in Rußland gibt, die an der aufrichtigen Freundschaft Deutschlands zweifeln. Vor allem verbindet uns mit Rußland die Gemeinsamkeit des monarchischen Gedankens. (Bravo! rechts.) Galt bei den Sozialdemokraten. Redner vertritt sich sodann ausführlich über die Bagdadbahn und über die Lage in Marokko. — Daß Deutsche in die zweifelhaften Fremdenlegionen eintreten, entspricht in keiner Weise dem deutschen Volksempfinden. — Redner beschäftigt sich dann in breiten Ausführungen mit dem Verhältnis zwischen der amerikanischen Union und England und er-

wähnt, daß einflußreiche Kreise Nordamerikas auf die Einberlebung Kanadas ausgehen. Wird der Zollvertrag zwischen Amerika und Kanada Gesetz, so kann das von großem Einfluß auf unsere wirtschaftspolitischen Beziehungen und Verhältnisse werden. Vielleicht läßt sich das System der langfristigen Tarifverträge, deren Gegner ich immer gewesen bin (Hört! hört! links), überhaupt nicht mehr aufrecht erhalten. — Redner bespricht sich sodann über amerikanische Politik und wendet sich schließlich der Abrüstungsfrage zu. Der englische Minister Grey hat eine schöne Rede gehalten und hochideale Grundzüge aufgestellt. Aber bis zu ihrer praktischen Durchführung ist es noch sehr weit. (Sehr wahr! rechts.) Von den internationalen Schiedsgerichten darf man sich nicht allzu viel versprechen. (Bravo! rechts.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Es ist keine besonders angenehme Aufgabe im Deutschen Reichstage über die auswärtigen Beziehungen zu sprechen, man setzt sich der Gefahr aus, als Agent des Auslandes und Verräter des Vaterlandes denunziert zu werden, wenn man die kapitalistische Politik kritisiert. Es wagt ja auch kaum ein bürgerlicher Abgeordneter, ein Wort hierüber zu sagen. Das ist um so bedauerlicher, weil gerade auf diesem Gebiet der Absolutismus am unverkennlichsten erscheint. (Lebhaftes Bravo! rechts!) Bei den Sozialdemokraten. Aber wir vertreten in Wahrheit das nationale Interesse, wenn wir auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik für das

Selbstbestimmungsrecht der Völker

eintreten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir beurteilen den ausländischen Imperialismus genau so, wie unseren eigenen, und wir sind stolz darauf, daß die Sozialdemokraten aller Länder ihn bekämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten fühlen uns in brüderlicher Solidarität verbunden mit den Arbeitern aller Länder. Wir halten den Krieg für Wahnsinn, für ein Verbrechen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter aller Länder kennen nur einen Feind, den völkerverheerenden Kapitalismus, der zum Völkermord treibt. (Lebhaftes Bravo! rechts!) Bei den Sozialdemokraten.)

Daß die bürgerlichen Parteien von der augenblicklichen Lage befriedigt sind, scheint erklärlich, weil der Imperialismus in der Tat auf gewisse Erfolge hinbildet. Die bürgerlichen Parteien können aber über ihre Nase nicht hinwegsehen; hinter den Erfolgen stehen doch sehr schwere Konsequenzen, die völlige wirtschaftliche Erschöpfung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Zweifelschmerz ist in Wahrheit gelöst, seit Rußland dieselbe Rolle darin spielt, wie Italien im Dreifund. Trotzdem sind die auswärtigen Beziehungen gebessert, und die Befriedigung der bürgerlichen Parteien darüber begreife ich vollkommen. Manche führen diese Besserung auf den Tod König Eduards von England zurück. Aber Personen spielen hierbei nur eine untergeordnete Rolle; es handelt sich vielmehr um eine

völlige Verschiebung der Weltlage

durch den russisch-japanischen Krieg und die im Anschluß daran ausgebrochene russische Revolution. Gerade die deutsche Bourgeoisie hat nicht verdient, hieraus Nutzen zu ziehen. Wie ist nicht über die gelbe Gefahr gemittelt, gehöhnt und gelacht worden und dann haben die Japaner die russische Wehrmacht zertrümmert, und wie sind nicht gerade von der deutschen Bourgeoisie die tapferen Kämpfer der russischen Revolution beschimpft worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Rußland ist jetzt matt gelegt, es ist sozusagen eine untergeordnete Figur auf dem Weltbühnen geworden. Der Segen, der aus diesen Dingen erwachsen ist, sollte Sie doch einigermaßen stutzig machen, es ist nicht ein Segen, der von oben kommt, sondern es kommt von unten, vom Volk. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Gesundheitsausdehnung der Kurpfuscherkommission (Reiterzeit) werden Ihnen das bestätigen können.

Für Englands geänderte Stellung kam nicht allein die Spannung mit Deutschland in Betracht, sondern die asiatischen Verhältnisse, die japanischen Siege, die türkische Revolution, die persische Revolution, die große Reformbewegung in China. Gerade diese Reformbewegung ist vielleicht die wichtigste Folgeerscheinung des europäischen Kapitalismus und scheint vielleicht berufen, die Herbeiführung des Sozialismus zu beschleunigen. Der englische Imperialismus hat auf jeden Schein von Liberalismus verzichtet, er ist reaktionär geworden in dem Bestreben, das Erstarren mohamedanischer Reiche zu verflüssigen; daraus erklärt sich das Verhältnis Englands zu Rußland. Die deutsche Diplomatie hat sich durch die englische Einreisepolitik blaffen lassen und hat ihr das Spiel durch die Marokkopolitik erleichtert, die in der Tat ihresgleichen sucht. Die Verhandlungen im

Reichstag, bei denen alle Parteien gegen den Staatssekretär standen, führten dazu, die Angelegenheit wieder in einigermaßen erträglichen Fahrwasser zu bringen.

Nach der Potsdamer Entrevue wurde bekannt, daß Rußland die Wendung zur „stärkeren Kombination“ gesucht hat, es suchte mehr Anlehnung bei uns als bei Frankreich. Rußland scheint sich eben der Wahrheit des Wortes erinnert zu haben, welches man dem „alten Feind“ zuschreibt, daß der liebe Gott immer bei den stärkeren Völkern sei. Nur seine Schwäche hat Rußland an die Seite der deutsch-österreichischen Koalition gebracht. Wenn die Verhältnisse ihm gestatten, seine Macht wiederherzustellen, werden Deutschland und Oesterreich die Leidtragenden sein. In dieser Beziehung schreden die Spuren Englands. England hat von seinem Bündnis mit Rußland nur Nachteile gehabt, es ist in der öffentlichen Meinung des russischen Volkes und der asiatischen Völker gesunken, bei diesen ist es ebenjenseits unten durch, wie Rußland. Das Vorgehen Rußlands und Chinas liegt keineswegs im Interesse der deutschen Industrie; für uns wäre es vielmehr von Wert, wenn China sich weiter zu einem modernen Staat entwickelte, und gerade diese Entwicklung ist durch Rußland gestört worden. Rußland scheint die Mongolei für sich nehmen zu wollen, wir aber wollen auch dort den Standpunkt der offenen Tür aufrecht erhalten. Daß Rußlands Vorgehen unser Interesse in China schädigt, ist für uns um so unangenehmer, als der Dummung und die Pahtung Kaufhaus in China keineswegs schon vergessen sind. Die Vorliebe der Rechten zu Rußland ist innerpolitischer Natur, die Rechte liebt dort, was wir hassen. Wie muß Ihnen (nach rechts) das Herz im Leibe gelacht haben, als Sie lasen, die Duma wurde auf drei Tage suspendiert. Dort braucht man also keinen Leutnant mit zehn Mann, es genügt dort ein Blatt Papier. Wie muß ferner den Schwärmern für die Prügelstrafe das Herz im Leibe lachen, wenn sie lesen, in welcher Weise in Rußland politische Gefangene geprügelt und gemartert werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorredner haben auch von der Bagdadbahn gesprochen; sie scheint die Bourgeoisie geradezu zu hypnotisieren. Auch wir verlernen keineswegs die wirtschaftliche Bedeutung dieser Bahn. Aber die Dinge, über die wir uns freuen, können Ihre Begeisterung nicht wecken.

Für Sie kommt nur der Profit in Betracht,

der durch die Kilometergarantie ja einigermaßen gestützt scheint; würden Sie sich über die wirtschaftliche Erschöpfung des Landes freuen, so wäre das unvereinbar mit Ihrer Politik im eigenen Lande, wo Sie durch die Bälle alle Lebensmittel verteuern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Bahn beansprucht aber auch ein großes militärpolitisches Interesse und zwar zunächst für die Türkei; mit Hilfe dieser Bahn kann die Türkei schnell Truppen in Gegenden konzentrieren, wo sie heute eigentlich nur dem Namen nach herrscht. Die Türkei wird sich also konsolidieren und wird dadurch dem europäischen Kapitalismus die Sicherheit bieten, die er braucht. Aber diese Stärkung der Türkei bedeutet wiederum eine Schwächung Englands in Ägypten und Indien. Daraus erklären sich die Bemühungen Englands um die Schaffung einer Landverbindung zwischen Ägypten und Indien. Es ist also begreiflich, daß sich Komplikationen über Komplikationen beim Bau der Bagdadbahn ergeben haben. Offenkundig kommt es zu einer Verständigung, zu der auch Deutschland seine Zustimmung geben kann. Wir verlangen, daß unsere Regierung keine Maßnahmen trifft, die zu einem Widerstreit zwischen Deutschland und England führen könnten. Wir werden jedenfalls alles tun, um der

Kriegstreiberei ein Ende zu machen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Niederlage Rußlands hat das Uebergewicht Deutschlands und Oesterreichs gewiß gemacht; in bezug auf die Seemacht steht heute noch immer England an erster Stelle. Aber unter welchen fürchterlichen Opfern hat England diese Stellung aufrecht erhalten können. Sein letzter Flottenetat belief sich auf 888 Millionen Mark. In den letzten fünf Jahren ist er um 260 Millionen auf diese enorme Summe gestiegen. Wenn man die Stärke der englischen Flotte betont, wird nun vielleicht wieder einer der deutschen Phantasten sagen: Da müssen wir schnell weiter rüsten. Der Hauptmann Schubar hat in einer kleinen Schrift ausgesprochen, was wir hier so oft vertreten haben, daß nämlich die deutsche Schlachtslotte geradezu eine Gefahr für Deutschlands Wachstumsfähigkeit ist, daß die Zahl der englischen Dreadnoughts im Deutschen Reichstage bestimmt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unser deutsches Volk leidet unter der fürchterlichen Last der militärischen Rüstungen, genau so wie das englische, das französische, das italienische Volk. Und sind es denn nur die arbeitenden Massen, die sich

Kleines feuilleton.

Die lustbare Kunst. Auch die Kunstausstellungen sollen nach der tiefen Steuerweisheit unserer Schöpfungsbilder in Berlin der Lustbarkeitssteuer unterliegen. Der Verein Berliner Künstler, der mit seiner Großen Berliner Kunstausstellung vor allem getroffen wurde, hat bereits Protest erhoben. Um so mehr, da er kein Gemeinwesen betreibt und der andererseits städtische und staatliche Zuschüsse erhält. (Wie war es, wenn die Stadt ihre Zuschüsse um den Steuerbetrag erhöhte?)

Man kann den Steuererhebungen zu dieser Ausdehnungspraxis insofern nur gratulieren und den stillen Wunsch hegen, daß sie etwa auch den Museumsbesuch besteuern und sonstige Kulturorten verüben. Die Entrüstung gegen diese lächerliche Unfähigkeit und tollpatschige Brutalität unserer Finanzräte würde dadurch noch gesteigert. Vielleicht geht den liberalen Kulturträgern dann allmählich doch eine Ahnung auf, welchen Spanden sie die Lichtstadt Berlin anvertraut haben. Diese liberal verwaltete Kulturmetropole hat ja für die Kunst noch nie etwas getan! Andere Städte veranstalten vollständige Theater- und Musikaufführungen oder unterstützen Orchester und Bühnen! Was aber leistet Berlin? Es will die Kunst brandstücken und nicht bloß die Kunst. Es will wahllos jede „Lustbarkeit“ und darunter das Edle und Beste, besteuern. Warum? Nun, weil seine Staatskünstler die einzige gerechte Besteuerungsart (die Einkommensteuer) nicht zu nutzen wagen. Es wäre an der Zeit, daß alle Kunstinteressierten, Schaffende und Genießende, den Spiegel umkehren und nicht bloß den schmählichen Angriff zurückschlagen. Es muß der Stadt Berlin endlich klargemacht werden, daß sie sich aller solcher Eingriffe zu enthalten hat, daß es aber ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist, für künstlerische Kulturbestrebungen mehr zu tun, als daß sie irgend einem Verein gelegentlich einen Saal gratis überläßt.

Die italienische Jubiläumsausstellung in Rom. Turin hat sich zur Feier des 50. Geburtsjahres des Königreichs die Industrieausstellung vorbehalten; Rom hat dafür eine internationale Kunstausstellung, eine retrospektive Ausstellung der Stadt Rom in der Engelsburg, eine archaische Schau über das Imperium Romanum, eine große ethnographische Ausstellung am rechten Tiberufer im Norden der Stadt und eine Ausstellung über den Verlauf der Einheitsbewegung (Risorgimento) in dem neuen Nationaldenkmal auf dem Kapitol, das am 4. Juni eröffnet wird. Am 27. März wurde ein Teil der internationalen Kunstausstellung durch die Einweihung des permanenten italienischen Kunstausstellungspalastes eröffnet, während die ausländischen Pavillons in den nächsten Tagen dem Publikum zugänglich gemacht werden. Selbst wenn diese erste internationale Ausstellung in Rom nicht so reich besichtigt wäre, wie sie ist, würde sie doch Epochen machen durch ihre landschaftliche Lage. Zu ihrem Schauplatz wählte man den im Norden der Villa Borghese

gelegenen Weingarten Cortoni. Die Ausstellung besteht aus dem italienischen Hauptpalast und den Pavillons der einzelnen Länder. Die deutsche Kunst ist durch 890 Gemälde, 112 Zeichnungen und Stiche und 109 Skulpturen vertreten.

Die Zukunft des amerikanischen Bison ist, wie die Zeitschrift „Nature“ meldet, nunmehr als gesichert zu betrachten. In den Vereinigten Staaten besitzen drei Bisonsherden, eine im Yellowstonepark mit 95 Stück, eine zweite in Wicahita mit 19 Stück und eine dritte in Montana mit 47 Stück. Das sind die königlichen Reste der ehemals zu Hunderttausenden die Steppen bevölkernden Herden. Herr Hotonah, der sich um die Erhaltung des Bisons besonders verdient gemacht hat, meint, daß diese letztere Herde, die erst vor kurzem zusammengebracht worden ist, die beste zu werden verspricht; sie allein genüge, um das Aussterben des Tieres zu verhindern, da sie dank der großen Ausdehnung des Geländes, auf dem sie angesiedelt ist — zirka 75 Quadrat-Kilometer —, gegen die schädlichen Wirkungen der Jagd geschützt sei. Auf die Herde im Yellowstonepark sei weniger Verlaß, weil die verhältnismäßig kleine Fläche, die ihr zur Verfügung steht, zur Entartung führen kann. Die Wicahita-Herde sei in ebenjenseitiger Lage wie die in Montana. Im Ganzen befanden sich am 1. Mai 1910 in Amerika 1633 Bisons in Gefangenschaft, gegenüber 1592 im Jahre 1908 und 1010 im Jahre 1903. Es ist also ein deutlicher Fortschritt zu bemerken. Von jenen 1633 lebten 1007 in den Vereinigten Staaten, die übrigen 626 in Kanada. Im Jahre 1908 hatte Kanada nur 41 Bisons. Die gewaltige Zunahme beruht auf die Ueberführung einer Herde (Wablo-Herde) aus Amerika. Die Zahl der wilden Bisons wird auf 475 geschätzt, von denen sich 25 im Yellowstonepark, die übrigen 450 in Kanada befinden. Die Gesamtzahl der echten Bisons in Nordamerika beträgt zurzeit etwa 2108 gegen 1917 im Jahre 1908. Ist es nicht beschämend zu sehen, wie weit es menschlicher Unverstand gebracht hat? Ehedem wurde jeder Bison mit Mutwillen und Habgier heruntergeschossen, jetzt läßt man sich das Hundertfache kosten, um die traurigen Ueberreste zu erhalten und weiterzuzüchten.

Theater.

Kammerspiele: „Die Königin“, Schauspiel von Theodor Wolff. Auch als Charakterstudie einer kaltsinnigen Kokette, die sich aus nichtigem Mitz in die große Leidenschaft ihrer Wädchensjahre zurücksehnt und wie ihr das Schicksal den jugendgeliebten endlich wieder zuführt, nach kurzem Aufblühen die alte Leere wiederkehren läßt, nicht ohne Interesse — gewinnt das Wolfssche Stück durch sein Willen einen ungewöhnlichen Reichtum von Beziehungen, ja stellenweise stark dramatische Spannung. Die Handlung spielt an einem Hofe. Eine Zeit ist nicht angegeben. Der Autor wollte sich die Freiheit der Erfindung nicht durch eine bekannte historische Situation beengen lassen. Aber der Hintergrund einer gewaltig anschwellenden, vom Hunger aufgepeitschten,

fiagreichen Volksbewegung und überall verstreute Anspielungen lassen keinen Zweifel, daß ihm der Hof Marie Antoinettes und sein Zusammenbruch unter dem Völkergewitter der großen französischen Revolution vorzueht. Die Perspektiven sind stimmungsvoll mit eindringlichem Kunstverstand benutzt und einschlägigen für vielerlei Schwächen und Unklarheiten der Einzelpsychologie und Motivierung. Vorzüglich ist die Nachbildung der spielerisch blasferten, zweideutig schillernden Salon-Epistola, in der Person des jynisch galanten Herzogs, des geduldig ausdauernden Verbers und die Kunst der Königin, gelungen. Gezierte Hierarchien haben die Seelen ausgehöhlet. Die elenden Bauern, deren Felder von dem königlichen Jagdwild verwüstet werden, sind nur ein Gegenstand des Abscheus oder unter Umständen auch neuerlich pridelnder Sensationslust. Eine der Hofdamen erzählt, wie sie verlobt mit einem Prinzen sich in eine jener Versammlungen geschlichen habe, in denen wilde Agitatoren die zerlumpten Massen zum Aufruhr aufpeitschen. Es sei großartig aufregend gewesen, man hätte mitschreien müssen. Die anderen beneiden die Räume um das erlesene Kerwenfest. Selbst der Hof läßt sich zuweilen ästhetisch göttieren. Auch das Revolutionslied findet in der Gesellschaft seine Bewunderer. Ein geschwiegelter Kavaller muß die grimmige Anklage, den Aufruhr der Gepeinigten zur Gegenwehr vorzuziehen und der wichtige Hofhaus reißt ihn und reißt die Hörer mit. Wohl sieht der kluge Herzog die Nähe der Gefahr, aber kein Wort der Warnung kommt in Gegenwart der Königin über seine Lippen. Es würde doch nichts nützen.

Leider bleibt Gestalt und Schicksal des Jugendfreundes und unentwegt begeisterten Verehrers schattenhaft, ohne rechte Verbindung mit dem gut herausgearbeiteten Hintergrund. An einigen Stellen scheint es, als wolle der Dichter ihn mit einiger geistiger Bedeutung ausstatten, ihn irgendwie zu einem Fürsprecher der Getriebenen machen, der durch den dumm-gedankenlosen Egoismus der Königin aus seiner Vergütung aufgerüttelt werden soll. Er spricht vernünftig mit der Deputation der Bauern und führt seinem Jhol die Leute vor. Aber dieser haben recht, kaum angekommen, wieder ab. Romantische Theatralik tritt an die Stelle der Entweidung. Als einer der Bauern, die sie höhnisch-verächtlich zurückweist, ihr ins Gesicht sagt, was man im Volk von ihrem Treiben denkt, sieht der edle Jüngling den Besessenen nieder und wird vom Volk als Mörder festgenommen. Ein Richterspruch verurteilt ihn zur Guillotine. Die Königin wagt keinen Widerspruch. Er klammert sich an seine Mission, für sie, von ihr geliebt, zu sterben, bis sie selbst beim letzten Wiedersehen ihn grauam diesen Traum zerstört. Die Schranken stehen vor dem Aufruhr. Die Königin zittert. Nur der Herzog bleibt der Vereinten, auf das Versprechen, ihm endlich zu gehören.

Eine glänzende Aufführung arbeitete, was das Werk an Feinheiten enthielt, aufs glücklichste heraus. Tilla Durieux spielte die Königin, Wegener den Herzog, Koiffi den jugendlichen Schwärmer.

gegen diese ungeheureren Ausgaben wehren? Freilich fürchten Sie (nach rechts) diese Lasten nicht Ihren eigenen Massengenossen auf, sonst würde sich ein Sturm der Entrüstung gegen die Rüstungen im Lande erheben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So wie die Dinge sich gestaltet haben, so kann und darf es nicht weiter gehen.

Im englischen Abgeordnetenhaus sind von den Ministerbüchern Nachrichten gefallen, wie sie in Deutschland unerhört wären; der Minister Grey sprach davon, daß nur durch eine innere Revolution die Umwandlung kommen kann, und das sagte er, in einem Lande, in welchem Einkommensteuer erst bei einem Einkommen von 3200 Mark bezahlt wird und in dem eine starke Erbschaftsteuer besteht. Er fährt aus, es würde zur Revolution kommen, wenn man denjenigen die Kosten aufbürdet, die das Leben der Arbeit zu führen haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das heißt doch nichts anderes, als daß er die Ueberzeugung ausspricht, das englische Volk müsse nicht gefollet lassen, was das deutsche Volk sich in seiner unabhängigen Schicksalsbestimmung leisten müsse. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Vor 40 Jahren hat man schied die „Vossische Zeitung“, die Lasten sind kaum zu ertragen, und damals betrug die Militär- und Marinekosten 300 Millionen Mark. Heute dagegen 1543 Millionen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Bevölkerung hat nur um 47 Proz. zugenommen.

die Lasten für Herr und Marine um mehr als 500 Proz. Und überall, in Italien, in Oesterreich ist es dasselbe. Dieser Gesichtspunkt muß ein Ende gemacht werden, oder man muß wenigstens den Anfang machen, nur zu einem Ende zu kommen. Aus allen diesen Gründen haben wir unsere Resolution beantragt. In ihrem ganzen Inhalt lautet sie sich an die englischen Verfassungen an. Vor zwei Jahren wurde ein ähnlich formulierter Antrag hier abgelehnt — nur ein einziger bürgerlicher Abgeordneter erhob sich für ihn mit uns —, er wurde mit der Begründung abgelehnt, er sei damals nicht opportun. Jetzt hält dieser Entwurf fort; nachdem in England und Frankreich ähnliche Resolutionen beschloffen sind, ist es unsere verstandene Pflicht und Schuldigkeit, in die Hände einzuschlagen, die sich über den Kanal und über die Vogesen uns entgegenstrecken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das englische Unterhaus bedauert in seiner Resolution die Notwendigkeit des Fortbestehens der Rüstungen und würde eine internationale Vereinbarung über die Beschränkung der Rüstungen willkommen heißen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der französischen Kammer wurde der Antrag unserer Freunde, die Regierung solle mit Deutschland und England in Vorberatungen über die Einschränkung der Rüstungen treten und so lange soll die Spezialberatung über die Forderungen zum Bau neuer Panzerschiffe ausgesetzt werden, zwar abgelehnt, aber ein Drittel der Abgeordneten hat sich doch für den Antrag erhoben und mit uberwaltiger Mehrheit wurde dann eine Resolution angenommen, die Regierung mögte sich bemühen, im Einverständnis mit den befreundeten und verbündeten Mächten die gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz zu setzen. Ich denke, das ist deutlich. Auch wir dürfen es nicht dabei bewenden lassen, daß der Reichskanzler sich in friedfertigen Worten ergeht, er mögte weiter gehen und freudig unsere Resolution beguhlen. Er wird doch mindestens so weit gehen, wie sein Vordranger, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die von einer bedeutungsvollen Kundgebung des englischen Ministers des Aeueren in englischen Unterhaus sprach und von einer erfreulichen Perspektive für die deutsch-englischen Beziehungen. Jetzt darf man wohl erwarten, daß der Reichskanzler sich mit dem Grundgedanken der sozialdemokratischen Resolution einverstanden erklärt. Auch die Entwicklung im Dreibund drängt zu einer Entscheidung in der angeedeuteten Richtung. In früheren Zeiten hat der Dreibund sicherlich zur Erhaltung des Friedens gewirkt; aber er hat nicht in der Richtung der Einschränkungen der Rüstungen gewirkt; Oesterreich baut Dreadnoughts, Italien baut Dreadnoughts, und wie weit Italien sie gegen Oesterreich baut, will ich nicht unteruchen. Die wachsende friedliche Stimmung in bürgerlichen Kreisen erklärt sich wohl aus der Entwicklung der inneren Verhältnisse. Jedenfalls sind wir Sozialdemokraten stolz darauf, daß wir die ersten waren, die den Gedanken der Friedenspropaganda in die Massen hineingetragen haben, daß der internationale Kongreß in Paris im Jahre 1889 mit der Einfügung des 1. Artikels eine große Kulturakt vollbracht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was wollen denn die Schriften der Friedenspropagandisten und ihre Verbreitung besagen gegenüber der Tatsache, daß an demselben Tage, in derselben Stunde sich Millionen in allen Kulturländern zusammenfinden, um gemeinsam die Forderung des Weltfriedens aufzustellen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das Expansionsbestreben macht sich vor allem in Ländern mit starker kapitalistischer Entwicklung geltend. Bei Deutschland kommt noch hinzu, daß es trotz seiner ungeheuren industriellen Entwicklung keine eigenen Kolonien hat. Deshalb müssen wir auf dem Wege sein, um alle Versuche, uns in Abenteuer zu verwickeln, zu durchkreuzen. Frankreich ist seiner ganzen onomischen Struktur nach friedensbedurftig, wozu noch kommt, daß die proletarische Klasse dort größeren Einfluß hat. Frankreich als Neutierland kann in einem Kriege nichts gewinnen. Seine friedliche Gesinnung hat es auch bei der Orientreise und bei seinem verstandigen Entgegenkommen in der Marokkauseinanderetzung bewiesen. Diese friedliche Stimmung müssen wir als Hebel für eine internationale Verhandlung benutzen. Ich plädiere, wie schon früher, für ein Einverständnis mit Frankreich.

Wir haben für Frankreich und für die große französische Revolution die denkbar weitgehendsten Sympathien. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Ein Bündnis Deutschlands und Frankreichs würde uns aus England nähern, und Frankreich vom Jarrismus abloen. Es würde einen Kristallisationspunkt bilden, an dem sich auch die kleinen Staaten anschließen würden; daß auch ihnen Gefahren drohen, hat Holland bei der Befestigung Bliingens erfahren. Eine auswärtige Politik, wie wir Sozialdemokraten sie für richtig halten, kann nur gemacht werden, wenn die arbeitenden Klassen den herrschenden Einfluß gewonnen haben; die Voraussetzung dessen, was wir wollen, ist,

daß Europa und in erster Linie Deutschland demokratisiert wird. Wer dem widerspricht, trägt die Verantwortung für die Kriegsgefahren, die aus dem Konkurrenzkampf des Kapitalismus entstehen. Mit dieser Verantwortung ist auch die Mehrheit dieses Hauses belastet, wenn sie unsere Vorschage ablehnt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bassermann (natl.) spricht zunächst sein Bedauern über die Krankheit des Freiherrn v. Hertling, des Fraktionsredners des Zentrums für auswärtige Politik, aus, freut sich, daß auch der Abgeordnete Scheidemann die Verdienste des Dreibundes um Erhaltung des Friedens anerkannt habe, und gratuliert Italien zu seinem Jubiläum. (Lebhafte Bravo!) Die Potsdamer Zusammenkunft hat erfreuliche Resultate gezeitigt, trotz der Unentschiedenheiten, die versucht wurden, um das gute Einverständnis zwischen England und Deutschland zu foren. Höchst erfreulich ist, daß in der Bliinger Befestigungsfrage der von Deutschland eingenommene Standpunkt zur allgemeinen Anerkennung gelangt ist. Die nicht zum wenigsten durch die Potsdamer Entreeue geschaffene günstige Weltlage stellt im erfreulichen Gegensatz zu der Situation zur Zeit der Einkreisungspolitik Eduards VII. — Mogte es gelingen, bei der Bagdadbahn, diesen hervorragenden Kulturwerk, die deutschen Interessen im vollsten Umfang zu wahren. — Redner erklärt sich nach dem Stande unserer diplomatischen Beziehungen zu Portugal. Die Interessen der deutschen Textilindustrie sind, wie gerade von nationalliberaler Seite mit Nachdruck hervorgehoben ist, im deutsch-portugiesischen Handelsvertrag nicht genügend gewahrt. Nun zu den

Resolutionen. Dem Teil der einen sozialdemokratischen Resolution, der auf Abschaffung des Seebeuterechts dringt, stimmen wir zu, wenn wir auch gelinde Zweifel daran hegen, ob England sich darauf einlassen wird. Anders steht es mit den übrigen Forderungen der sozialdemokratischen Resolutionen. Herr Grey hat sehr schön gesprochen. Aber wie steht es in der Praxis? Wir dürfen und nicht zu sehr verlassen auf Stimmungen im Auslande. Gewiß ist die friedliche Strömung in Frankreich sehr stark; aber es war stets der Stolz des französischen Volkes, ein kriegerisches Volk zu sein, und die Epoche Delcassé liegt nicht sehr weit zurück. Darum müssen wir ein starkes Heer und eine starke Flotte haben. Das Erkenntnis dieser Notwendigkeit erobert ja auch erfreulicherweise immer weitere Kreise; ich erinnere an die überaus starke Majorität, mit der die letzte Militarvorlage angenommen worden ist. — Ich glaube, die Gefahr einer neuen Flottenmobilitat ist vorluber und wir können uns darauf beschränken, im Rahmen des bestehenden Flottengesetzes unsere Marine auszubauen. Es wird kaum möglich sein, die Stärke von Heer und Flotte durch internationale Abmachungen festzusetzen, denn über ihre vitalen Lebensinteressen wird schließlich jede Nation autonom entscheiden wollen. In Marokko bleibt die Politik der offenen Für leitenden Gesichtspunkt der deutschen Politik. — Redner spricht die Hoffnung aus, daß Persien einer Aufteilung entgehen und der jungturkische Parlamentarismus sich befestigen mögte. — Wir sind für den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte, unter der Voraussetzung, daß sich ihre Kompetenz nicht auf vitale Lebensfragen der Nation bezieht.

Nun zur inneren Politik. Der Seniorenkonvent hat ja ein außerordentlich reichhaltiges Programm aufgestellt. Es wird aber kaum möglich sein, alle die Gesetze, die fertig sind oder den Kommissionen vorliegen, zu erledigen. Es wäre aber außerordentlich bedauerlich, wenn so viel Mue umsonst aufgewandt sein sollte. Eine Reihe kleinerer Gesetze mogten ohne Schaden vom nächsten Reichstag erledigt werden, aber die Reichsversicherungsordnung und die Privatbeamtenversicherung sollten doch auf alle Fälle erledigt werden. Auch wäre es sehr zu bedauern, wenn die Strafprozessreform nicht zustande kommen sollte.

Wir wünschen ebenfalls dringend, daß auch der eifah-Lothringische Verfassungsentswurf in dieser Session zur Verabschiedung gelangt. Von konservativer Seite ist gegen den Entwurf oder doch gegen wichtige Bestandteile des Entwurfs mit sehr eigentümlichen Argumenten operiert worden. Wir wünschen uns so dringender die Verabschiedung des eifah-Lothringischen Verfassungsentswurfs, als sein Scheitern nur den eifah-Lothringischen Nationalisten von der Färbung Wettler und Plumenthal zugute kommen würde. (Sehr wahr! bei den Liberalen.)

Eine große Rolle in den politischen Erortierungen der letzten Jahre haben die Reichswahlen gespielt. Von konservativer Seite wird fortgesetzt auf die Verluste hingewiesen, die die Nationalliberalen erlitten haben. Gewiß sind eine Reihe nationalliberaler Mandate an Sozialdemokraten verloren gegangen. Aber die Parteien, die die Reichsfinanzreform gemacht haben, haben bei den Reichswahlen seit 1900 kein Mandat gewonnen, dagegen verschiedene Mandate verloren, so Bismarck und Eisenach an die Sozialdemokraten und Bismarck, Bismarck und Immenstadt an die Liberalen. (Hohngelächter rechts und im Zentrum. Zurufe: Erobert! Aber wie? Gegenrufe links: Und wie haben die Antifemiten Gießen behauptet? Sehr gut! links.)

Ich muß nochmals auf die Reichsfinanzreform zurückkommen. (Lärm und Zurufe rechts.) Die Erbritterung über die Reichsfinanzreform ist nicht von liberalen Agitatoren herbeigeführt worden, (Wutende Zurufe rechts: Doch, doch!) sondern sie ist dadurch herbeigeführt worden, daß bei der Reichsfinanzreform jede Rücksichtnahme auf soziale Gesichtspunkte außer acht gelassen wurde. (Lebhafte Zustimmung links, stürmischer Widerspruch im Zentrum und rechts.) Man hat die Erbschaftsteuer abgelehnt und Herr v. Didenburg hat nachher offen erklärt, daß ihm die Reichsverzinsung nur dazu gedient habe, um der Erbschaftsteuer ein Bein zu stellen. (Stürmischer Hört! hört!) Ebenfalls nach Eingeständnis der Herren der Rechten war die Brandweinliebessgabe für diese Herren der Engelstanz. (Lebhafte Zustimmung rechts, wütender Lärm beim Schnapsblo.) — Man wirft den Nationalliberalen Landwirtschaftsfeindschaft vor. Hat die nationalliberale Partei nicht mitgewirkt beim Zustandekommen des Zolltarifs von 1902? (Schlum genug! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht wahr, daß der Hansabund eine nationalliberale Gründung ist. Er ist spontan entstanden durch Zusammenwirken von Kreisen des Handels, der Industrie und des Mittelstandes. (Hohngelächter rechts und im Zentrum. Krech schreit dazwischen: Und unser Heher!) Ebensonenig ist der Hansabund eine freimurige Gründung. (Erneutes Hohngelächter rechts. Glode des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Span scheint den Redner aufzufordern, nicht zu weit vom Etat abzuschweifen, bleibt aber im einzelnen unverständlich. (Rechte und Zentrum schreien minutenlang: Er hält eine Wahrede! Eine Wahrede! Wahrede! Stürmische Zurufe links: Und Haus Wahreden! Rufe bei den Sozialdemokraten: Die konservativen Anstandsdiener! Lärm und Unruhe im ganzen Hause. Erst allmählich gelingt es dem Redner, sich wieder verständlich zu machen.)

Abg. Bassermann (fortfahrend): Auf die fortgesetzten Angriffe von rechts her müssen wir doch das Recht haben, zu antworten. (Lebhafte Zustimmung links. Rufe rechts: Sie haben angefangen!) Wir Nationalliberalen sind eine Mittelpartei, aber eine liberale Mittelpartei. (Zuruf rechts: Daher auch das Bündnis mit der Sozialdemokratie! Heiterkeit links.) Wir sind uberegt, wenn wir dem Liberalismus den ihm gebührenden Einfluß im Dreibund sichern, damit auch der Monarchie den besten Dienst zu leisten. (Hohngelächter rechts. Zuruf: Wahdiger Groblo!) Kommen Sie doch nicht immer mit dem Groblo! In Frankfurt a. O., in Landau haben ländliche Wähler durch Stimmenshaltung den Sieg der Sozialdemokraten herbeigeführt. (Hört! hört! bei den Liberalen.) Die fortgesetzten Angriffe von rechts werden uns nicht abhalten, stets unseren nationalen wie unseren liberalen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte anhaltender Weifall bei den Liberalen. Zwischen rechts und im Zentrum, erneuter stürmischer Weifall links, erneutes Zwischen rechts, erneuter Weifall links. Im Lärm geben die ersten Sätze des folgenden Redners verloren, der von einem Teil der Rechten mit unartikulierten Lauten empfangen wird.)

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): Im Gegensatz zu den Ausführen des Grafen Kony sind wir entschiedene Anhänger langfristiger Handelsverträge. Wir ziehen aus den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Amerika und Kanada, die übrigens nicht vor das Forum des deutschen Reichstags gehören (Sehr wahr! links), eine andere Folgerung als der Graf Kony. Und scheinen sie ein deutliches Anzeichen zu sein, daß die Zeit der Hochschulzunerei allgemach ihrem Ende zuzuneigen scheint. (Sehr wahr! d. d. Sp.) Wir begrüßen die guten Folgen der Potsdamer Entreeue für die Weltlage, aber wir protestieren dagegen, daß die konstitutionellen Einrichtungen Deutschlands den absolutistischen Institutionen Rußlands gleichgesetzt werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir sprechen Italien zu seinem Jubiläum unsere herzlichsten Gluwunsche aus (Lebhafte Weifall) und wir würden wünschen, daß der Kaiser persönlich seinem Bundesgenossen die Gluwunsche des deutschen Volkes überbringen wollte. (Sehr gut! links.) — Die schärfe, politische Gegenwartsfrage hält uns nicht ab, Herr v. Hertling von ganzen Herzen baldige Genesung zu wünschen. (Wahre Zustimmung.)

Wir hatten es nicht für angebracht, über die Abrustungsbestrebungen zu ohne weiteres mit der Kennzeichnung „Utopisterei“ zur Tagesordnung überzugehen. Was heute Utopie ist, kann morgen vielleicht Wirklichkeit sein. (Sehr gut! d. d. Sozialpartei und Sozialdemokraten.) Wir haben uns gefreut über die Rede Greys und über die Anerkennung, die sie von offizieller deutscher Seite gefunden hat. Wir blüten um Annahme anderer zu dieser Materie gestellten Resolutionen, können uns aber nicht entschließen, für die sozialdemokratischen Resolutionen zu stimmen, trotz der tempo-

ramentvollen Begründung, die sie seitens des Abg. Scheidemann gefunden haben.

Nun zur inneren Politik. Die Geschäftslage des Hauses ist wenig erfreulich und über die gesundheitschadlichen Dauerhaltungen sind hier mehrfach sehr beachtenswerte Ausführen gemacht worden. Die Schuld liegt bei mehreren Faktoren und zum Teil auch bei den Verhältnissen dieses Hauses. Fraglich ist es, ob das Arbeitspensum abgearbeitet werden wird, das — wohl im Einklang mit der Regierung — aufgestellt worden ist. Es ist schon über die Zeit bis Weihnachten verstrichen worden. Danach scheint man die Wählen sehr weit hinausschieben zu wollen. Sie sollen im Januar oder vielleicht erst im Februar stattfinden. (Zuruf links: Gar nicht! Stürmische Heiterkeit.) — Wählen im Januar und Februar sind sehr ungünstig. (Zuruf rechts: Für wen?) Aber wir werden nicht erlahmen in unserer Organisations- und Agitations-tätigkeit. Wir bezweifeln sehr, daß das Pensum abgearbeitet werden wird. Wir sind jedoch bereit, mitzuarbeiten, namentlich auch, trotz aller Bedenken, an der Reichsversicherungsordnung. — Bei der Gelegenheit mögte ich mich übrigens nach dem Schicksal des Arbeitskammergesetzes erkundigen. (Sehr gut! links.)

Das Zentrum, das noch im vorigen Jahre dem Reichskanzler sein Vertrauen ausdrückte, zeigt ihm jetzt sein Mißfallen, weil er in der Modernisierungsangelegenheit ihm nicht gefügig genug war. Herr Erzberger hat schon seine schwäbischen Bauhandlusche angezogen und Weismann Hohlweg beschuldigt, die Wege der alten Fremdausfuhrer Schradler zu wandeln. (Stürmische Heiterkeit links.) Wir denken nicht daran, dem Zentrum den Weifall zu tun, einen neuen Kulturkampf zu entfachen, aber wir verlangen von der Regierung, daß sie auf dem Grenzgebiete die Rechte des Staates energisch wahrnimmt. (Zustimmung bei den Liberalen.)

Die Konservativen gefallen sich jetzt wieder sehr in der Rolle der Hüter der preussischen Traditionen und der Monarchie. Sie berufen sich auf Bismarck und Roon. Aber wie scharf haben Roon und Bismarck den partikularistischen Egoismus der Konservativen geheiet! Einer ihrer Führer, Herr v. Erffa, hat im preussischen Abgeordnetenhaus behauptet, die Volkspartei habe ein Bündnis auf Leben und Tod mit der Sozialdemokratie abgeschlossen. Davon kann gar keine Rede sein. Wenn aber die Herren sich als die geborenen Bekämpfer der Sozialdemokraten hinstellen, wie pat dazu ihre Stichwahltaktik! (Sehr gut! bei der Volkspartei.) Sie enthalten sich der Wahl und unterstützen dadurch die Sozialdemokratie (Sehr richtig! bei der Volkspartei), wie Sie sich auch sozialdemokratische Wahlhilfe gern gefallen lassen. Wir werden unseren Weg gehen und mit der nationalliberalen Partei geschlossen (Wahl rechts) eine einheitliche Front gegen die Reaktion bilden. (Lachen und Lärm rechts.) Ob wir Erfolg haben werden, darüber wird das deutsche Volk entscheiden. (Lebhafte Bravo! bei der Volkspartei.)

Reichskanzler v. Weismann Hohlweg: Auf die parteipolitischen Erortierungen des Vordregers werde ich nicht eingehen. Ich bin ihm aber dankbar für die arbeitsfreundliche Mitwirkung, die er mir bis in den nächsten Winter hinein versprochen hat. (Heiterkeit.) Ich will auch nicht auf den Nachbericht über die Reichsfinanzreform eingehen. Sehr viel wird dabei nicht herauskommen. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum, Widerspruch links.) Der eigentliche Kampf ist längst ausgefochten. (Lebhafte Bravo! links.) Seine Folge sind gute Reichsfinanzen. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. Sturker Widerspruch links.) Ich habe um das Wort gebeten, um einige kurze Ausführen zu den Fragen der

Abkraftung und der Schiedsgerichte zu sagen. Der sozialdemokratische Antrag verlangt, ich soll Schritte tun, um eine internationale Verhandlung in der allgemeinen Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen. In der Tat wird der Abrustungsplan in Parlamenten, auf Kongressen von Friedensfreunden unausgesetzt weiter erörtert. Auch die erste Haager Friedenskonferenz hat die Frage behandelt, hat sich aber schließlich mit dem Wunsch begnügen müssen, daß die Regierungen das Problem aneinander studieren. Deutschland hat diesem Wunsch entsprochen. Aber wir haben keine brauchbare Formel gefunden. Daß andere Regierungen glücklicher gewesen wären, ist mir nicht bekannt und auch die sonstigen Studien haben zu einem praktischen Ergebnis meines Wissens noch nicht geführt. Ich bin wenigstens noch nirgends einem irgendwie greifbaren Vorschlag, einem Vorschlag, der auch nur einigermaßen ins Detail ginge, über den sich ernsthaft diskutieren ließe, begegnet, und auch aus der heutigen Debatte habe ich einen solchen Vorschlag noch nicht herausgehört. (Sehr richtig!) Ich glaube, Sie haben sich eine vielleicht ideale, aber

praktisch nicht durchfuhbare Aufgabe gestellt. Ich will damit nicht über den Wert der Arbeit der Fremde des Friedens und der Abrüstung aburteilen. Die Zeit, wo in Europa die Kriege durch die Kabinette gemacht wurden, ist vorluber. (Sehr richtig!) Die Stimmungen, aus denen jetzt bei uns noch Kriege entstehen können, liegen wo anders, sie wurzeln in Gegensätzen, die vom Volke empfunden und getragen werden. Jedermann weiß, daß sich dieses Empfinden sehr leicht beinflussen läst, auch durch unverantwortliche Prehdreiereien. Ein Gegengewicht gegen alle solche und ähnliche Einflüsse ist sehr erwünscht, und ich werde der erste sein, der es dankbar begrüßt, wenn es

der internationalen Arbeit gelingt, solche Gegengewichte zu schaffen.

Wenn ich aber praktische Maßregeln ergreifen, wenn ich den anderen Mächten Vorschage auf Abrüstung unterbreiten soll, dann genügen dazu nicht allgemeine Friedensbeteuerungen. Deren ist Deutschland überhoben durch eine vierzigjährige konstante Politik, die zeigt, daß wir keine Fahdel in der Welt suchen. (Lebhafte Weifall.) Dann muß ich ein festumrissenes Arbeitsprogramm vorlegen können, dann muß ich auch sachlich prüfen, ob ein solches Programm überhaupt aufgestellt und, wenn es aufgestellt, auch durchführbar ist. Wer unsichere verschwommene Vorschage macht, kann sehr leicht anstatt zum Beruhiger, zum Störenfriede werden. (Sehr richtig!) Nicht ganz soweit wie der sozialdemokratische Antrag geht die Resolution, die die Herzen von der fortschrittlichen Volkspartei vorschlagen. Auch der Abg. Span hat sich, wie ich glaube, in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Da wird beantragt, wir mogten in Verhandlungen eintreten, wenn uns von anderer Seite Vorschage gemacht werden. Ich bin den Herren aufrichtig dankbar, daß sie mir nicht die Aufgabe zuschieben wollen, formulierte Anträge auszuordnen (Heiterkeit), sondern daß Sie das anderen zuweisen mogten. Wenn die Großmächten ein Abkommen über allgemeine internationale Abrustungen treffen wollten, dann müssen sie sich zuerst darüber einigen, welche Stellung überhaupt die einzelnen Nationen im Verhältnis zueinander haben sollen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr geistreich!) Es muß ein Art Rangordnung aufgestellt werden, in die jede Nation nummernmaig mit ihrer zugehörigen Einflussphare eingetragen wird. Wieviel kann es so gemacht werden, wie es bei den industriellen Syndikaten geschieht. Ich würde es ablehnen, ein solches Formular zu entwerfen. Praktisch, könnte man sagen, ist ein Rangauspruch schon erfüllt. England ist davon übergangen und hat es wiederholt erklärt, daß trotz aller seiner Wünsche auf Einschränkung der Rüstungen und auf Schlichtung etwaiger Streitigkeiten durch schiedsgerichtliche Verfahren keine Flotte unter allen Umständen jeder möglichen Kombination in der Welt gewachsen oder sogar überlegen sein müsse. (Sehr richtig! rechts.) Diesen Zustand anzustreben, ist ein gutes Recht Englands, und gerade, wie ich zur Abrüstungsfrage stehe, würde ich der letzte sein, dieses Recht auf nur irgendwie anzuzweifeln. Ganz etwas anderes aber ist es, einen solchen Anspruch zur Grundlage eines Abkommens zu machen, das von den anderen Mächten in friedlicher Zustimmung angenommen werden soll. Wenn dagegen Anpruche gemacht werden sollten? Wenn andere Mächte mit den ihnen zugewiesenen Kontingenten nicht zufrieden sind? Man braucht bloß diese Fragen aufzuwerfen, um zu wissen, wie es auf einem Weltkongreß — ein europäischer würde ja nicht ausreichen — zugehen würde, der über dem

orkliche Ansprüche zu entscheiden hätte. Und dann die Heere! Wenn uns 3. B. in Deutschland zugewendet werden sollte, unser Heer — sagen wir um 100000 Mann zu verringern — um wieviel müssen dann die Heere von Frankreich, England, Oesterreich und Italien verringert werden? Wenn Sie zu irgend einer Zahlenproportion hier kommen wollen, dann müssen Sie zuletzt das allgemeine Machtverhältnis fixieren, in dem diese Nationen zu einander stehen sollen. Bei einer vorbereitenden Enquete würde mir jede Nation antworten, daß sie die Stellung in der Welt beansprucht, welche der Gesamtsumme ihrer nationalen Kräfte entspricht, und daß ihre Streitkräfte diesem Anspruch entsprechend abgemessen werden müssen. Ich würde jedenfalls für Deutschland keine andere Antwort geben. Ich würde auch der Ehre und dem Nationalgefühl jedes anderen Volkes zu nahe treten, wenn ich ihm eine andere Auskunft zumute.

Der sozialdemokratische Antrag nimmt Bezug auf die Verhandlungen in der französischen Deputiertenkammer. Hat nicht trotz dieser Verhandlungen aber das neue französische Ministerium die programmatische Erklärung, mit der sie sich der Kammer vorstellte, unter deren lebhaften Beifall mit dem Beschlusse geschlossen, daß sie ebenso wie andere Regierungen in einer starken Wehrmacht eine wesentliche Friedensbürgschaft erblicken (Sehr richtig!) und daß sie deshalb den Streitkräften zu Wasser und zu Lande besondere Fürsorge zuzuwenden werde. (Hört! hört!) Sie können sich darauf verlassen, jede Antwort würde so lauten. Unter solchen Umständen soll dann ein Schema für die Wöhrung zustande kommen! Wenn die Nationen sich willig von einem internationalen Kongresse die Stellung diktiert sehen, die sie in der Welt einnehmen würden, dann würden wir auch noch einen Maßstab finden müssen, wie wir wieder die Stärke der Armeen gegeneinander abwägen. Auch nach einem solchen Maßstabe hat man mit eifrigem Bemühen gesucht, aber bisher noch ohne jeden Erfolg. Ich brauche Ihnen nicht im einzelnen die absoluten und die relativen Formeln vorzuführen, die man da aufstellen versuchte. Alle diese Dinge sind den Herren bekannt. Aber man hat in diesen Formeln noch keinerlei brauchbaren Maßstab gefunden. Das wird auch von den Freunden der Abrüstung immer mehr erkannt und zugegeben. Und endlich und vor allem: jeder Versuch allgemeiner internationaler Abrüstung müßte meines Dafürhaltens immer wieder an der Frage der Kontrolle scheitern. Ich halte jegliche Kontrolle für absolut undurchführbar, und der Versuch dieser Kontrolle würde zu nichts anderem führen, als zu fortgesetztem gegenseitigen Mißtrauen (Sehr richtig!) und andauernder Erregung. (Lebhafter Zustimmung.) Wer wird sich auch darauf einlassen, so lange er nicht die absolute Sicherheit dafür hat, daß nicht irgend ein Nachbar seine Streitkräfte doch stärker macht, als im Abrüstungsabkommen zugelassen wird. Wer die Frage der Abrüstung einmal sachlich und ernsthaft durchdenkt, bis in ihren letzten Konsequenzen durchdenkt, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß sie

unlösbar

ist, solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten bleiben. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen. Obol h. d. Sozialdemokraten.) Von verschiedenen Vordrednern sind auch die Ausführungen erwähnt worden, die der englische Minister des Auswärtigen über die Abrüstungsfrage gemacht hat. Der englische Minister hat dabei dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß ein Austausch zwischen England und Deutschland über die gegenseitigen Schiffbauten vor Ueberraschungen sichern und in beiden Ländern die Ueberzeugung befestigen könnte, daß keines das andere heimlich übertrumpfen will. Wir haben diesem Gedanken um so eher beitreten können, als unser Bauprogramm für die Flotte von Anfang an offen vor aller Welt daliegt, und wir haben uns deshalb bereit erklärt, uns hierüber mit England zu verständigen in der Hoffnung, daß dadurch die erwartete Veruhigung der öffentlichen Meinung in England einreten werde. (Abg. Schöpf-Lin (Soz.): Und die Kontrolle!) Auch

die Frage der Schiedsgerichte

ist in neuerer Zeit besonders lebhaft erörtert, in Sonderheit nach der Richtung hin, ob es möglich wäre, Schiedsgerichtsverträge ohne die sogenannten Schiedsrichter zu bezeugen. Diese Klausel bildet bekanntlich einen Bestandteil aller bisher abgeschlossenen Schiedsgerichtsverträge. Sie besagt, daß kein Schiedsrichter in Anwendung kommt bei Fragen, die die Unabhängigkeit, die Ehre, die Lebensbedingungen eines der vertragsschließenden Teile berührt. Man hat namentlich erörtert die Möglichkeit des Abschlusses eines derartigen unbeschränkten Schiedsvertrages zwischen England und Amerika. Dabei ist namentlich in Amerika die Ansicht vertreten worden, daß die Bildung eines derartigen unbeschränkten Schiedsvertrages auf die anderen Nationen der Bildung einer Allianz gleichkommen würde. Es ist nicht meines Wissens, die Chancen eines derartigen Abkommens zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu erörtern. Jede Nation hat es mit ihrem Recht noch alledem abzumachen, ob und unter welchen Bedingungen sie Schiedsgerichtsverträge abschließen will. International, die Welt umspannende, von einem Weltkongreß oktroyierte Schiedsgerichtsverträge halte ich für ebenso unmöglich, wie internationale allgemeine Abrüstung. Deutschland steht den Schiedsgerichtsverträgen nicht ablehnend gegenüber. Was die Ehrenklausel anlangt, so schafft nach meiner Ueberzeugung ihre Streichung nicht den Frieden, sondern sie konstatiert lediglich, daß zwischen den beiden Nationen, welche sich streiten, ein ernsthafter Anlaß, den Frieden zu brechen, nicht gebacht werden kann. Ein unbeschränkter Schiedsvertrag besiegelt lediglich einen bereits de facto bestehenden Zustand. Wenden sich dieser Zustand, erwideln sich zwischen den beiden Nationen Gegenstände, welche ihre Lebensbedingungen berühren, welche, wie man im gemeinen Leben so sagen pflegt, an die Nerven gehen, dann möchte ich den Schiedsvertrag sehen, der nicht wie Bundes brennt. (Zustimmung.) Man kann aus dem Leben der Nationen die ultima ratio nicht ganz wegstreichen. Wir können nur bestreben sein, ihr Eintreten so weit wie möglich hinauszuschieben. Dazu dienen zweifellos auch Schiedsverträge, und um so geeigneter werden sie sein, je mehr man sie auf klar zu übersehende Rechtsverhältnisse beschränkt. Wenn wir so praktisch handeln, und Deutschland tut das, dann tun wir nützlichere Arbeit, als mit der Vorstellung von Zuständen, welche dem Wesen der Menschheit und der Staaten fremd sind.

Zur Friedfertigkeit gehört Stärke. Es gilt noch immer der alte Satz, daß

der Schwache eine Beute des Starken

werden wird. Will oder kann ein Volk für seine Rüstung nicht mehr so viel ausgeben, daß es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das zweite Glied, dann fällt es in die Rolle des Stützpunktes zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer da sein, der bereit ist, seinen Platz in der Welt einzunehmen. Wir Deutschen in unserer exponierten Lage sind vor allem darauf angewiesen, dieser rauhen Wirklichkeit unerschrocken ins Gesicht zu sehen. Nur dann werden wir uns den Frieden und unsere Existenz erhalten. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte, links, erneuter Beifall rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen von Aberdeen-Wächter: Es ist an mich die Frage gerichtet worden, wie es mit der Anerkennung des neuen Regiments in Portugal stehe. Bei einem internationalen Gedankenanstrengung ist beschlossen worden, daß die formelle Anerkennung der Regierung stattfinden solle, wenn sie von ihrem eigenen Parlament, von der Nationalversammlung anerkannt sei. Damit hat es noch gute Wege; vorläufig sind noch nicht einmal die Wahlen zur portugiesischen Nationalversammlung ausgeprochen. Wir sind daher vollumfänglich berechtigt, wenn wir die portugiesische Regierung bisher nicht anerkannt haben. Dieselbe Stellung haben auch die anderen Mächte eingenommen. (Beifall.) Die zweite Frage betraf das Eigentum eines Deutschen in Oporto; es wurde ihm dort sein Grundbesitz rechtskräftig genommen. Wir haben die Verhältnisse eingehend geprüft und es ist ganz zweifellos, daß eine Rechtsverletzung vorliegt. (Hört! hört!) Wir haben das Vortage in freundschaftlicher, aber energischer Weise mitgeteilt. Alle unsere Vorstellungen sind aber bisher vergeblich geblieben. (Hört! hört!) Es bleibt und daher nicht übrig, als zu erwägen, welche Maß-

regeln wir nun ergreifen wollen, um unserm Unterthanen zu seinem Rechte zu verhelfen. In diesen Erwägungen sind wir begriffen. Sie können sich darauf verlassen, daß wir die Rechte des Deutschen energisch wahren werden. (Beifall.)

Abg. v. Morawski (Pole) fragt über die „Verprezierung“ der Reichspolizei, die zu unheilvollen Folgen auch für unsere auswärtigen Beziehungen führen muß. Auch der preussische Parlament habe sich schon zu einer Reichsfraktion ausgebildet. (Beifall h. d. Polen.)

Abg. Dr. Eichhoff (Sp.) begründet eingehend die freisinnige Resolution auf Ausdehnung der Schiedsgerichtsverträge. Schon der moralische Einfluß, den das Abschließen solcher Verträge ausüben würde, würde von großem Nutzen sein. (Bravo! h. d. Sp.) Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

Schluß 1/6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom Donnerstag, den 30. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Sydow.

Die erste Beratung des Gesetzes über die Pflichtfortbildungsschulen

wird fortgesetzt.

Abg. Dippe (nass.) erklärt sich im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden und wendet sich gegen die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen. Zur Prüfung einer Reihe einzelner Bedenken beantragt Redner die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Merin (fl.): Die Vorlage ist ein neuer Beweis dafür, daß der Vortritt der preussischen Unkultur und Rücksichtslosigkeit nur auf Haß und blindes Vorurteil zurückzuführen ist. Die obligatorische Einführung des Religionsunterrichts lehnen auch wir ab. Die Vorlage kostet erhebliche Opfer, aber diese Opfer müssen gebracht werden im Interesse unserer Jugend aller Stände.

Abg. Rosenow (Sp.): Es ist lebhaft zu begrüßen, daß der Gedanke der Fortbildungsschulen allmählich, auch in den Kreisen des Handwerks, Allgemeingut geworden ist. Wir stimmen dem Grundgedanken der Vorlage zu, haben aber im einzelnen erhebliche Bedenken. Gesehlich festgelegt werden muß ein staatlicher Zuschuß an nicht leistungsfähige Gemeinden. Die geplante „staatsbürgerliche Erziehung“ könnte zu politischen Zwecken gemißbraucht werden; für die Einführung körperlicher Übungen scheint es uns bei den sechs Stunden an Zeit zu fehlen, auf keinen Fall darf die Jugend gezwungen werden, am Sonntag solche Übungen zu besuchen. Die Forderung vom Schulbesuch sollte den Gemeinden überlassen werden, überhaupt sollten die gemeindlichen Einrichtungen durch das Gesetz nicht zu viel reglementiert werden. Vor allem müssen wir dagegen protestieren, daß man die Bestätigung der hauptamtlichen Fortbildungsschullehrer durch die staatliche Aufsichtsbehörde verlangt. Diese Bestimmung war in dem ursprünglichen Entwurf nicht enthalten, hier merkt man den Einfluß des Kultusministeriums.

Minister Sydow: Das ist ein Jertum, es handelt sich lediglich um eine gesetzliche Regelung der bisher in der Luft schwebenden Position der Fortbildungsschullehrer.

Abg. Switals (Pole): Den Religionsunterricht sollte man den Fortbildungsschülern nicht entziehen. In den gemischt sprachlichen Landesteilen muß der Unterricht in der Muttersprache erteilt werden.

Abg. Hirsch (Soz.):

Der Regierung ist es gelungen, die Vorlage so zu verballhornen, daß auch die besten Freunde des Grundgedankens der Vorlage ihr nicht mehr zustimmen können. Wir sind seit jeher in den Gemeinden für den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht eingetreten und zwar in weit größerem Umfang, als er hier vorgeschlagen ist. Wir sehen aber in den Fortbildungsschulen lediglich Bildungsanstalten, während für die Regierung diese Schulen auch nur ein Instrument zur politischen Verdrummung der Jugend, geistige Drehschrauben sind. Der Entwurf richtet sich zweifellos gegen die Sozialdemokratie. Das kommt in ganz plumper Weise zum Ausdruck im § 1, wo zweifellos auf den Einfluß des Kultusministeriums hin der Turnunterricht in die Fortbildungsschulen eingeführt wird, offenbar um für die auf Grund des Reichsgerichtsurteils jetzt rechtsungültigen Verfügungen der Schulbehörden, wonach für den Turnunterricht an Jugendliche ein Unterrichtserlaubnis-schein verlangt wird, eine legale Unterlage zu schaffen. Gegen einen zwangsweisen Turnunterricht in den Fortbildungsschulen wenden sich auch die Lehrer, wenn auch aus anderen Gründen. Ferner sieht der zweite Absatz aus § 1 auch den Unterricht in staatsbürgerlicher Erziehung vor. An sich ist dagegen nichts einzuwenden, wenn dieser Unterricht von jeder Tendenz freigehalten wird und nicht darauf hinausläuft, unter Fälschung der Geschichte nur das zu lehren, was den herrschenden Klassen angenehm ist. Daß dies der Fall sein wird, dafür spricht zum Beispiel ein heute verbreitetes Lehrbuch für Fortbildungsschulen, wo Ansichten vertreten sind, die selbst in diesem reaktionären Hause auf Widerspruch stoßen dürften. Da wird zum Beispiel gesagt: „Vereine, die politische Zwecke verfolgen, können durch Gesetz beschränkt oder verboten werden.“ Dabei stammt dies Lehrbuch aus dem Jahre 1905, während eine solche Bestimmung nur zur Zeit des Sozialistengesetzes in Geltung gewesen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es in dem Buche: „Die Arbeiter haben nur ein sehr schwaches Kapital, weil ihre Vorfahren oder sie selbst mit dem Ertrag ihrer vorangegangenen Arbeit nicht haushälterisch genug umgegangen sind.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An einer anderen Stelle heißt es: „Durch die Vorsehung vieler Führer von Arbeitervereinigungen haben manche Arbeiter ihre Pflichten gegenüber den Arbeitgebern in unbegreiflich gewissenloser und leichtsinniger Weise vernachlässigt. Viele redliche, tüchtige Arbeitergeber sind dadurch vernichtet oder zur Aufgabe ihrer Geschäfte gezwungen worden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre Pflicht des Ministers, dafür zu sorgen, daß

solch haushälterischer Umgang

der heranwachsenden Jugend in den Fortbildungsschulen nicht gelehrt wird. — Die reaktionäre Tendenz des Gesetzes kommt auch zum Ausdruck in dem § 12, wo die Bestätigung der Mitglieder der Schulvorstände für die Verwaltung der Fortbildungsschulen vorgesehen ist. Diese Bestimmung hat den ausgeprochenen Zweck, Personen, die der Regierung nicht genehm sind, trotzdem sie die Gemeindevetretung für geeignet hält, im Schulvorstand zu wirken, daraus zu entfernen, sie richtet sich namentlich insbesondere gegen die Sozialdemokratie. Aber jeder, der praktische Erfahrung hat, wird zugeben müssen, daß unsere Fortbildungsschulen die bisherige Höhe nicht erreicht hätten, wenn nicht auch eine Anzahl Sozialdemokraten in den Schulvorständen gewesen wären. (Lachen rechts.) Sie haben eben keine Ahnung, darum beschießt Ihre Kritik immer nur im Lachen. Ich spreche von ersten Männern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch Professor v. Schmoller hat erst vor kurzem in einem Artikel in der „Neuen Freien Presse“ anerkannt, daß es sehr falsch von der preussischen Verwaltung wäre, Sozialdemokraten aus den Selbstverwaltungsgremien zu entfernen. Daß sich übrigens dieser Paragraph nicht nur gegen und richtet, beweist die Nichtbestätigung des Grafen Ratuschka in Schöneberg als Mitglied der Schulkommission. Nur, wenn Sie (noch rechts) durchaus die Fortbildungsschule rückwärts rebellieren wollen, wir können Sie nicht daran hindern. Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Wir können nur warnend unsere Stimme erheben im Interesse des Fortbildungsschulwesens selbst. Daß auch rechtliche Gründe gegen diesen Paragraphen sprechen, daß Bruttotreffend nachgewiesen. Er weist darauf hin, daß die Fortbildungsschulen nicht Veranstaltungen des Staates,

sondern öffentliche Gemeinbeanstalten sind, woraus folgt, daß sie nach dem Prinzip der

Selbstverwaltung

zu regeln sind. Ebenso unbedeutend ist das Bestätigungsbrecht der Lehrpersonen, das die Regierung verlangt. All diese Eingriffe in die Selbstverwaltung beweisen nur, daß man nicht imstande ist, in Preußen irgend ein vernünftiges Gesetz zu erlassen, ohne gleichzeitig eine Reihe reaktionärer Bestimmungen damit zu verknüpfen. Ganz entschieden müssen wir uns gegen die Bestrebungen wenden, den Sonntagsunterricht in den Fortbildungsschulen einzuführen. Dies wird vor allem von den Vertretern des Handwerks, die sich auch gegen den Unterricht in den Tagesstunden wenden, gefordert. Man verlangt dies angeblich zum Besten der Jugend, die sich dann nicht aufzuhalten am Sonntag herumtreibe. Der Zentralverband Deutscher Industrieller weist in einer Petition darauf hin, daß infolge des Fortbildungsschulunterrichts am Tage schon jetzt vielfach Arbeiter unter achtzehn Jahren nicht mehr angestellt würden. Das führe dazu, daß die schulentlassene Jugend beschäftigungslos der Aufhebung der Sozialdemokratie anheimfalle. In der Tat handelt es sich hier lediglich um das Selbstinteresse der Unternehmer. Man wird dabei erinnert an das Wort Hoffmann v. Fallersleben:

O, wie schreit ihr so laut, daß das Vaterland in Gefahr ist!
Wie patriotisch! Und doch seid ja nur ihr in Gefahr.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit ist es gerade die Sozialdemokratie, die am meisten für die Erziehung der Jugend sorgt. Diese Bestrebungen der Sozialdemokratie sollte der Staat nicht hindern, sondern fördern. Ein Unterricht am Abend, der von Lehrern im Nebenamt erteilt wird, ist völlig wertlos, das Richtige wäre, ihn auf die frühen Morgenstunden zu verlegen, bevor die jungen Leute an die Arbeit gehen. Auf jeden Fall sollte nach 7 Uhr abends kein Unterricht an Fortbildungsschüler erteilt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Ausbildung der Lehrer reichen Unterrichtskurse allein nicht aus, es muß ein Institut geschaffen werden, wie es der Fortbildungsschulrat in Danzig 1909 gefordert hat. Die Lehrer dürfen nur hauptamtlich angestellt und müssen anständig bezahlt werden, vor allem muß die unwürdige Abhängigkeit der Lehrer von der Regierung beseitigt werden, zumal dies ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bedeutet. Wir verlangen die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts in allen Städten mit über 5000 — nicht wie die Vorlage will 10000 — Einwohner und seine Ausdehnung auf die weibliche Jugend. Eine Petition des Vereins Preussischer Volksschullehrerinnen betont mit Recht, daß es eine Mißachtung der wirtschaftlichen Entwicklung in Preußen bedeutet, wenn die Mädchen keine Vertiefung bei der Festlegung des Fortbildungsschulunterrichts finden. Auch der Redner des Zentrums hat sich ja im Prinzip dafür erklärt und hat nur die Kostenfrage betont. Gewiß werden eine Reihe von Gemeinden nicht imstande sein, die Kosten zu tragen, dann ist es aber Ehrenpflicht des Staates, einzutreten. Wo es sich um eine so wichtige Frage wie die Ausbildung der Jugend handelt, darf für den Staat

die Kostenfrage überhaupt keine Rolle spielen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was die Frage des obligatorischen Religionsunterrichts anbelangt, so wenden wir uns sowohl gegen eine zwangsweise Einführung des hauptamtlichen Erbauungsunterrichts wie des Schmedding'schen Religionsunterrichts. Personen über 14 Jahre, die aus der Kirche ausgetreten sind, können nach dem allgemeinen Landrecht überhaupt nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht gezwungen werden. Die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen würde daher nur die Folge haben, daß die Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche neue Nahrung gewinnt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat offenbar die Erfahrung gemacht, daß die jungen Leute in dem freiwilligen Religionsunterricht nicht kommen und ruft nun nach dem Vater Staat, damit er die Jugend zur Teilnahme an diesem Unterricht zwingt. Geheimrat Mathias hat mit Recht im „Westfälischen Tageblatt“ vor kurzem darauf hingewiesen, daß der zwangsweise Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen den Frieden und die Einheitlichkeit des Betriebes nur stören können, wie das heute schon in den höheren Schulen der Fall sei. Der Redner des Zentrums spezialisierte gestern wieder auf die, die nicht alle werden, als er einen Zusammenhang zwischen Religion und Verbrechen behauptete und es so hinstellte, als ob in den Ländern, wo kein Religionsunterricht in der Volksschule gelehrt wird, eine Zunahme der Verbrechen zu verzeichnen sei. Das trifft nicht zu, die Zunahme der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Wo die Lebensmittel im Preise steigen, die ganze Lebenshaltung teurer wird, die Arbeitslosigkeit zunimmt,

da steigt auch die Zahl der Verbrechen.

Deshalb sollte das Zentrum, das mitgewirkt hat bei der wucherischen Jolpolitik, wodurch die Lebenshaltung der Arbeiter ungemein verteuert wird, sich nicht hinstellen und mit frommem Augenaufschlag über die Sünden der Welt jektieren, sondern sich an die eigene Brust schlagen und sagen: mea culpa, mea maxima culpa (ich habe die größte Schuld). (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer wirklich religiös ist, muß sich gerade im Interesse der Religion gegen den zwangsweisen Religionsunterricht wenden. (Lachen im Zentrum.) Ihr Lachen beweist nichts, ich sprach von denen, die wirklich religiös sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Also wir stimmen dem Grundgedanken des Gesetzes zu, protestieren aber dagegen, daß man die Fortbildungsschulen als Kampfmittel gegen eine bestimmte politische Partei mißbrauchen will. Rügen wird es Ihnen ja nichts, denn je aufgeregter die jungen Leute sind, desto empfänglicher sind sie für die Lehren der Sozialdemokratie. Wir wissen, daß wir die Jugend haben und daß uns die Zukunft gehört. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Vorber (fl.) wünscht, daß Ausnahmen von dem Fortbildungsschulzwang insbesondere für die Textilindustrie gewährt würden, in der 30 Proz. der Arbeiter unter 18 Jahre alt seien.

Abg. Dr. Schupp (Sp.) bekämpft lebhaft die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen und weist insbesondere darauf hin, daß auch die Handwerksmeister in ihrer Mehrheit gegen diese Einführung sind.

Abg. Frhr. v. Nitzsch (l.): Mit dem staatsbürgerlichen Unterricht ist wohl so eine Art verwässerter Moralunterricht geplant. (Geht er! und Sehr richtig! rechts u. im Zentrum.) Wir halten aber den Religionsunterricht als Erziehungsmittel für notwendig. Würde Abg. Hirsch kein Abgeordneter, so würde ich sagen, er spricht wie der Blinde von der Farbe, er versteht eben nicht, was Millionen Preußen das Heiligste ist. (Bravo! rechts und im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Auffassung des Ministers von einer möglichen Störung des konfessionellen Friedens können wir nicht unterschreiben. Offenlich gelangt es, das Gesetz in der Kommission so zu gestalten, wie es den hohen kirchlichen und staatlichen Interessen, um die es sich hier handelt, entspricht. (Lebhafter Beifall rechts.)

Handelsminister Sydow: Die sachliche Ausbildung muß das Maßstab der Fortbildungsschule sein, der bürgerliche Unterricht darf nicht im Sinne einer Partei erteilt werden. (Zustimmung links.) Ich halte es für ganz aussichtslos, eine Schule, die nur auf vier oder sechs Stunden in der Woche den jungen Menschen in der Hand hat zu einer allgemeinen Erziehungsanstalt in dem Sinne zu machen wie es der Vordredner gewünscht hat. (Unruhe rechts.) Die religiöse Einwirkung auf die schulentlassene Jugend ist Sache der Kirche. (Sehr richtig! links.) Eine Mitwirkung der Unterrichtsverwaltung, die der Vordredner wünschte, hat seit 20 Jahren bei den Fortbildungsschulen nicht mehr stattgefunden. Uebrigens beruht die Uebertragung der Fortbildungsschule an das Handelsministerium

auf einer Allerhöchsten Order und die Bestimmung darüber, was in den Geschäftsbereich der einzelnen Ministerien gehört, ist Sache des Königs. (Dravo! links.)

Abg. Dr. Kaufmann (Z.): Dem Volke soll die Religion nach dem Worte unseres erhabenen Herrschers erhalten werden, aber den Kindern des Volkes behält man sie vor. (Sehr gut! im Zentrum.) Die schulfähige Jugend hat keine besseren Freunde als die Geistlichen. (Rufen bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich nicht um konfessionelle Gegensätze, sondern um den Gegensatz von Christlich und atheistisch. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Wir stehen an einem denkwürdigen Markstein im Schulwesen Preußens. Die Ausschließung der Religion bei einer gesetzlichen Regelung des Fortbildungsschulwesens würde die Hintanhaltung des wichtigsten Erziehungsgegenstandes bedeuten. (Dravo! im Zentrum.)

Ein Schlussantrag wird angenommen, die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Beleg betreffend Fischereiberechtigung und ostpreussische Begrenzung.)

Schluss 4 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Der Bremer Kravallprozess.

Das drakonische Urteil, das gegen Frau Jähring im Bremer Kravallprozess gefällt ist, ist eines der bösesten Klassenjustizurteile. Die Angeklagte, Mutter von fünf Kindern, ist die Frau eines der

am Streit beteiligten gewesenen Transportarbeiter. Nach dem Inbegriff der Verhandlung hatte die Angeklagte ihrer Verhaftung Widerstand geleistet, „Banditen, Raubiter“ in Beziehung auf Schutzleute gebraucht und soll einem Schutzmann — sie bestreitet es — Pfeffer in die Augen geworfen haben. Durch den sogenannten Aufruhr, an dem die Angeklagte in hervorragendem Maße sich beteiligt haben soll, soll ein Schaden von etwa 3000 M. entstanden sein. Nach dem allen lag schlimmstenfalls Beteiligung an einem etwas tumultuarischen, studentischen Exzessen ähnelndem Raub und Beleidigung vor. Trotz alledem beantragte der Staatsanwalt, „um ein Exempel zu statuieren“, mildernde Umstände zu verjagen. Die der Klasse der Arbeiter durchweg nicht angehörenden Geschworenen folgten diesem Appell, der dem Rechtsempfinden des Volkes ins Gesicht schlägt. Zwei Jahre sieben Tage Zuchthaus, dreijährigen Ehrverlust und sofortige Verhaftung sprach das Gericht aus. In Betracht wurde gezogen, der Angriff sei besonders gefährlich zu nehmen, weil er innerhalb einer rebellierenden Menge erfolgte und weil die Angeklagte — gelehrt hatte.

Keine Verächtlichmachung fand die Behauptung der Angeklagten, auf der Polizeiwache mißhandelt zu sein. Ihre Darlegung wurde durch das Zeugnis und Gutachten eines Arztes unterstützt. Dieser begutachtet, daß er eine Bauch- und Rippenquetschung konstatiert habe. Die erstere sei nach seiner Uebersetzung durch einen Stoß gegen den Leib verur-

sacht und habe zur Folge gehabt, daß die Angeklagte außer der Zeit ihr monatliches Gehalt. Und trotz dieses Gutachtens meinte der Staatsanwalt, die Angeklagte simuliere!

So fürchtbar das ungerechte Urteil für die schuldlos mit harter Strafe Verurteilte ist, so aufklärende Wirkung wird das empörende Urteil weit über Bremens Mauern hinaus zeitigen. Hoffentlich gelingt es, das Urteil zur Aufhebung und Verweisung an ein anderes Gericht in der Revisionsinstanz zu bringen.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 29. 3.	am 28. 3.	Wasserstand	am 29. 3.	am 28. 3.
Remel, Mühl	29.3	28.3	Saale, Großh.	145	+9
Bregel, Ankerburg	309	+11	Havel, Spandau	137	-3
Wischel, Thorn	140	+23	Katzenow	177	0
Dber. Ratibor	264	-6	Spree, Ehrenberg	153	-14
Kroffen	356	+70	Deeslow	193	-3
Kranfurt	240	-1	Sejer, Müden	12	-7
Wartbe, Schrumm	220	-2	Rinden	51	+3
Sandberg	238	-6	Rhein, Marienlandau	386	-2
Rege, Boddamm	108	-3	Raub	247	+13
Elbe, Leitmeritz	126	+10	Röin	302	+52
Dresden	10	+18	Redar, Deilbrom	176	+13
Bard	257	+14	Rain, Berthelm	190	0
Ragdeburg	304	+9	Rojet, Zier	271	+29

+ bedeutet Sturz, - Fall, - ? Unterbeleg, - ? höchster Wasserstand: 370 cm am 29. um 5 Uhr nachmittags.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser **Emil Krahl** Freitag Handwehrstr. 60 (18. Bezirk) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 234/18 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Wächter **Friedrich Reinke** am 26. d. Mts. im Alter von 53 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. März, nachmittags 4 Uhr, vom Leichenschauhaus aus auf dem Pankow-Friedhof in Pankow statt. Um rege Beteiligung bitten 67/6 Die Bezirksverwaltung.

Stukkateure!

Am Dienstag, den 23. März, starb unser Mitglied **August Ernst**

im Alter von 78 Jahren. Die Beisetzung der Leiche findet am Freitag, den 31. März, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des Friedhofes der Dorotheen-Gemeinde in Reinickendorf-Beil, Schanzenwegstr. 1/2, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 173/4 Die Ortsverwaltung.

Dienstag früh 8 Uhr entlich uns der unerlöbliche Tod nach zweiwöchiger schwerer Krankheit unser einziges innigstgeliebtes Töchterchen **Gertrud**

im Alter von 3 Jahren. 9825 Dies zeigen schmerzhaft an **Johann Lukowski, Stukkateur, und Frau, Frieda geb. Schild.** Rixdorf, Jannstr. 30. Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels **Friedrich Neubauer** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Kollegen und Kolleginnen der Firma Emil Vinner Ruch, sowie den Kollegen und Kolleginnen der Firma Müller u. Schützweg, dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands und dem Gesangsverein der Schuhmacher unseren herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen **Pauline Neubauer und Sohn.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Tischlers

Hermann Scholz

sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, besonders den Kollegen der Tischlerei H. Sponar, unseren herzlichsten Dank.

Wwe. Elisabeth Scholz

nebst Kindern.

Einzig und allein

„Qualität“ sollte bei der Wahl eines Fahrrad-Reifens maßgebend sein.

Continental Pneumatik

Die Herstellung jedes einzelnen Reifens wird von Fachleuten überwacht, und kein Reifen verläßt die Fabrik, welcher nicht vorher auf seine Verlässlichkeit geprüft ist.



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha Co., Hannover

ZOMAROM



Bouillon-Würfel

der beste und billigste

NAHRMITTELFABRIK „ZOMAROM“ MÜNCHEN, PROMENADESTR. 6. Generalvertreter: **Alfred Hirsch**, Berlin W. 30, Bamberger Str. 45. Fernsprecher: Amt VI, No. 5737.



Dichte Dacherei

Farben

Prospekte, Muster gratis.

Dachpik-Gesellschaft, Berlin S. 61, Planufer 33.

Lauben, Restaurants

etc. erzielt man durch **Dachpik u. Dachpikpappen.** weiß — grau — rot — grün leuchtend, garantiert wetterbeständig, streichfertig, sofort trocknend, billiger als Oelfarbe. Telefon IV. 1936.

Dachpik-Gesellschaft, Berlin S. 61, Planufer 33.

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 10, Postamt 103. Kein Abzahlungsgeschäft. 9876*

Pa. Schlaek- u. Salamiwurst 1.20 M.

Gr. geräucherter Gänsefüßen, 3. Korbessen, 8. Gänsefleisch, garantiert rein, a Pfd. 1.20 M., empfiehlt 49/17 **Hermann Leibner**, Berlin C., Klosterstr. 95, Schloß Kaiser-Wilhelm-Strasse.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garant. Teils. wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos Zahnziehen. Um- arbeitschlecht sitzender Gebisse Reparaturen sofort. **Zahn-Arzt Wolf**, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnst. Bülowstr.) 8-7.

Paul Obiglos Festsäle

Schwedter Str. 23/24. Amt III 33. Empfehle meine Lokalitäten zu Festlichkeiten jeder Art. Die Säle sowie der herrliche schattige Naturgarten, 1000 Personen fassend, mit großer Theaterbühne, ist noch einige Sonnabende und Sonntage in der Saison zu vergeben. Ergebenst **P. Obiglo.**

„Silesia-Bad“

11242* Schlesische Str. 31. Alle Arten medizinische Bäder. Lieferant aller Kassen.

Möbel

auch auf Teilzahlung



Wilhelm Misch
Gr. Frankfurter Str. 45/46 I u. II

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots und Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frackanzüge, sowie von Kavaliere getragen, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen billigen Preisen. 1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden. 40/11* **Hirsch Kieferbaum**, Wasserstr. Friedrichstr. 245/1 (früher Prinzenstr. 33).

Rosenant-Kartoffeln!

Rur bis 1. April, Str. 3 Str. ab Rahn. Gabelstraße, Suckrow.

Robert Baumgarten

Damen-Konfektion Engros Export Hausvogteiplatz 11. 1. Etage (kein Laden) schräger Untergrundbahnhof (an der Jerusalemstraße)

verkauft auch einzeln Paletots Kostüme Kostüm-Röcke Blusen Kimonos Golf-Jackets Mädchen-Paletots.

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5% Rabatt vergütet.

Auch Sonntags geöffnet.

Wichtiges Familien-Getränk!

Um 5-6 Pfg. das Liter stellen Sie sich einen gesunden Apfelmoo-Ersatz her aus

Heinen's Mostextrakt.

Leichte Herstellung — Verlangen Sie Prospekt in Drogen- und Kolonialwaren-Geschäften. Vert. **Wih. Olschewski**, Berlin N., Kolonnenstraße 68.

Fett ohne Schwarte

und ohne Magerfleisch 55 Pf. 2 Pfd. 1.05 M. 6 Pfd. 3 M.

Kasseler 80 Pf.

ohne Knochen und Holz. Bratwurst 90 Pf., als Beilage zum Rot u. Grünkeil. Vorzugl. gewürzte Rot- und Schwarte. Pfd. 50 Pf., 2 Pfd. 95 Pf. **F. Nietsch**, Friedrichstraße 245, Wilhelmstr. 100-110

Vorbeugung der Syphilis durch Ehrlich-Hata 606.

Aufklärungsbuch über Vorsichtsmaßregeln u. Erkennung d. Lustseuche von Dr. Zikel. Für M. 1.— franco d. d. Medizin. Verlag E. Schweizer & Co., Berlin NW. 87a.

Nach habe mich in 9335* Reinickendorf - Ost, Markstr. 3, als prakt. Arzt und Kinderarzt niedergelassen.

Telephon 3181. Sprechstunden von 9-10, 4-5 Uhr. **Dr. med. Müller.**

Filz- und Zylinder-Hüte

empfiehlt wie bekannt billigst **Hutmacher Lorentz** 44 Waldemarstr. 44.

Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. voraltet, zwölffachst. Fall, durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; desgl. Garm- (bes. auf Gonorrhoe-Bäden) u. Spittum-Analysen. **Dr. Homeyer & Co.**, Spezial-Laborat., Reichstr. 189, im Kronen- und Rodren(nach), L. 8721. Vert. Rixdorfer Str. u. Postamt. Geöffnet von 8-9 Sonntags von 12-1.

Stadtverordneten-Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 30. März, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsteher Michel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der Stadtrat (N. L.) aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt hat.

Der Sindaco der Stadt Rom, Nathan, hat auf das Glückwunschtelegramm der Stadt Berlin eine Dankadresse geschickt, die vom Vorsteher verlesen wird.

Gegen die Luftbarkeitssteuer sind abermals noch zahlreiche Petitionen eingelaufen.

Mit der Erweiterung des Volkshauses Barwalddorfer Straße und mit dem mit 773 000 M. Kosten abschließenden Vorentwurf hat sich der eingesezte Ausschuss einverstanden erklärt, dagegen den Antrag, auf dem Dache des Erweiterungsbau ein Licht- und Luftbad einzurichten, mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Zur einstimmigen Annahme gelangt ist eine Resolution, die den Magistrat ersucht, baldigst eine Vorlage zu machen, die Vorzüge trifft für die Errichtung von Licht- und Luftbädern auf freiliegenden städtischen Terrains.

Die Versammlung nimmt die Vorlage und die Resolution nach dem Vortrage des Referenten Stadtv. Mag. Schulz ohne Debatte an. Um 6 Uhr schließt die Versammlung zur Wahl des Ersten Bürgermeisters.

(Die Wahlzeit des Oberbürgermeisters Kirchner läuft am 23. Dezember 1911 ab.)

Oberbürgermeister Kirchner wird mit sämtlichen 98 gültigen Stimmen wiedergewählt, 8 Zettel waren unbeschrieben. Die Verkündung des Ergebnisses wird in der Versammlung auf mehreren Seiten mit Beifallsrufen begrüßt.

Hierauf erfolgt die Wahl eines beiseitigen Stadtrats für den verstorbenen Dr. Münsterberg. Gewählt wird Magistratsrat Heimbürger mit 85 von 87 gültigen Stimmen; 2 Zettel sind weiß (Hört, hört!).

Endlich findet eine Neuwahl in den Magistrat für den auscheidenden beiseitigen Stadtrat Mugdan statt. Gewählt wird Magistratsrat Dr. Frank einstimmig mit sämtlichen 97 gültigen Stimmen; 17 Stimmgelbe sind unbeschrieben.

Zur Beratung steht hierauf die Vorlage über die Revision der Lohnsätze für die städtischen Arbeiter.

Ein Ausschuss hat sich mit der Vorberatung seit dem 8. Oktober 1910 in 6 Sitzungen beschäftigt; das Ergebnis findet sich in folgendem Antrage:

1. Die Versammlung hat von der Vorlage vom 23. Juli 1910 sowie von den zur Ergänzung überreichten Zusammenstellungen und Nachweisungen Kenntnis genommen;
2. Die Versammlung ersucht den Magistrat,
 - a) die Urlaubordnung für die städtischen Arbeiter dahin abzuändern, daß nach dreijähriger Dienstzeit drei Tage, nach fünfjähriger sieben und nach zehnjähriger Dienstzeit zehn Tage Urlaub gewährt werden;
 - b) gelernte Arbeitnehmer, welche vorübergehend in städtischen Betrieben beschäftigt werden, nach den in dem betreffenden Gewerbe laut Tarif üblichen Stundenlöhnen zu bezahlen;
 - c) die Verwaltungsdeputationen anzuweisen, bei allen die Arbeitsverhältnisse angehenden Maßnahmen vorher den betreffenden Arbeiterausschuss zu hören;
3. die Versammlung überweist die Anträge des Hauspersonals der städtischen Kranken- und Jucenanstalten dem Magistrat als Material;
4. die übrigen Petitionen und Anträge sind durch diese Beschlusfassung erledigt.

Alle Anträge auf Lohnerhöhung für einzelne Arbeiterkategorien hat der Ausschuss verworfen. Insbesondere wurde auch folgender am Schlusse der Beratung eingebrachter Antrag:

Die Versammlung erklärt die vorgelegte Regelung für unzureichend, zumal nur ein Teil in städtischen Betrieben Beschäftigter dabei berücksichtigt worden ist und ersucht den Magistrat, eine Revision der Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten anzustreben auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den Organisationen der städtischen Arbeiter.

Der Ausschussmehrheit abgelehnt.

Referent ist Stadtv. Giese (N. L.). Es liegt ein Abänderungsantrag Leid (Soz.) eingegangen; ferner liegt ein Antrag Goldschmidt vor, die Löhne der Straßenreiniger von 3,00 M. auf 4 M. zu erhöhen.

Der Antrag Leid will für die Arbeitslöhne in den städtischen Betrieben vom 1. April 1911 ab folgende Bestimmungen in Geltung setzen:

1. Den ungelerten Arbeitern soll ein Tagelohn von mindestens 4,25 M., von 2 zu 2 Jahren um 15 Pf. steigend bis zu 6 M. gewährt werden.
 2. Den gelernten Handwerkern Tagelöhne von mindestens 6 M. von 2 zu 2 Jahren um 25 Pf. steigend bis zu 6,25 M.
 3. Den Betriebsarbeitern und Kohlenkarren in den Rektorkäusern der Gaswerke Schichtlöhne von 5,75 M.
 4. Die Wochenfeiertage sollen mit vollem Tagelohn bezahlt werden; Arbeiter, die an solchen Feiertagen arbeiten müssen, erhalten außerdem ihren Tagelohn.
 5. Die normalen Tagelöhne gelten für 8 Arbeitstage bezw. Schichten in der Woche. Überarbeit zwischen 8 Uhr früh und 9 Uhr abends ist mit 25 Proz., in der Nacht mit 50 Proz. Aufschlag zu vergüten, ebenso sind 50 Proz. für den 7. Arbeitstag oder die 7. Schicht in der Woche zu zahlen. Bestehende höhere Löhne für kleine Gruppen oder einzelne Arbeiter sollen unberührt bleiben.
- Als Eventualantrag haben dieselben Antragsteller den oben erwähnten, im Ausschuss abgelehnten Antrag wieder eingebracht.

Stadtv. Giese (Soz.): Daß die Beschlüsse des Ausschusses für einen Teil der Mitglieder derselben wenig zufriedenstellend sind, hat der Berichterstatter schon ausgeführt. Anträge auf Lohn-erhöhung haben hauptsächlich wir gestellt und unsere Anträge sind abgelehnt worden. Gewiß haben die Ausschussbeschlüsse wegen des Urteils ihre Bedeutung, aber verlangt hat der Ausschuss auch hier insoweit, als der Urlaub von 1 Woche nach einjähriger Tätigkeit abgelehnt worden ist. In vielen Privatbetrieben tritt Urlaub schon nach einjähriger Tätigkeit ein. Bedürftig des Urlaubs ist der Gasarbeiter, der Straßenreinigungsarbeiter, jeder Arbeiter, der in schlechter Luft arbeiten muß, gleichviel, ob er ein oder mehrere Jahre in Arbeit steht. Da im Plenum auch keine Aussicht auf besseren Erfolg für unsern Antrag besteht, werden wir den Ausschussantrag annehmen. Den Ausschussvorschl. betreffend die gelerten Arbeiter, nehmen wir ebenfalls an, nur daß er auch auf die dauernd angestellten Arbeiter hätte ausgedehnt werden müssen. Daß die Arbeiterausschüsse nicht gehört werden müssen, erscheint als selbstverständlich, aber es hat sich gezeigt, daß die reine Willkür

in den einzelnen Verwaltungszweigen herrsche; nach der Mandatsniederlegung der Arbeiterausschussmitglieder wurde es anders, aber einzelne Willkürakte sind noch immer zu verzeichnen, so in der Straßenreinigung, wo der Direktor Stalla das Ausschussmitglied, welches die Wünsche der Arbeiter vortrug, versetzte, was die Arbeiter als

Mahregelung ansahen. Dieser Fall hat unsern Ausschuss vornehmlich zur Annahme seines Beschlusses hinsichtlich der Arbeiterausschüsse veranlaßt. Unsere Anträge auf Lohn-erhöhung für die Arbeiter sind im Ausschuss durchweg abgelehnt worden. Wir hätten gewünscht, daß den Arbeitern, die ein halbes oder ein ganzes Jahr arbeiten, Wochenlöhne statt der Tage- oder Stundenlöhne gezahlt werden.

Die Zahlung der Wochenlöhne erfordert die Mitbezahlung der Feiertage, die in die Woche fallen. Stadtrat Fischbeck hat allerdings erklärt, es sei nicht angängig, normale einheitliche Verhältnisse in dieser Beziehung zu schaffen; aber es werden doch in vielen Privatbetrieben Wochenlöhne gezahlt und ebenso in einer Reihe von Kommunen. Kameralisch für unsere Augenarbeiter bringt die Entlohnung nach Stunden erhebliche Nachteile mit sich, so für die Parfearbeiter, die Kanalarbeiter, die bei schlechtem Wetter ausfahren müssen, so daß ihr Lohn am Schlusse der Woche bedeutend zusammenschumpft; die Hilfsarbeiter bekommen da 80 Pf., die Gasarbeiter 87 1/2 Pf. pro Stunde. Bei den Gasarbeitern, den Straßenreinigungs- und Marktflächenarbeitern sind die Anfangs- und Endlöhne ganz außerordentlich verschieden; dasselbe gilt von den Handwerkern in den meisten städtischen Betrieben. Manche Kategorien beziehen im Höchstgehalt bis zu 600 M. weniger als andere Kategorien, und das macht für eine Arbeiterfamilie unter den heutigen Verhältnissen einen ganz gewaltigen Unterschied. Wenn gar bei einem

Wochenlohn von 21 M.

noch eine Ration von 100 M. allmählich einbehalten wird, so muß hier ganz besonders energig auf Abhilfe gedrungen werden. Bei den Gaswerkern ist ja eine Veränderung eingetreten; der Magistrat und die Deputation haben, der Not gehorchend, den Arbeitern eine Aufbesserung von 3 Pf. pro Stunde gewährt; der Satz von 45 Pf. ist auf 48 Pf. erhöht und soll nach weiteren 2 Jahren auf 50 Pf. steigen. Damit scheint aber auch der Höhepunkt erreicht zu sein. In den Wasserwerken soll der Anfangslohn von 42 (statt 40), nach drei Jahren 42, nach sechs Jahren 44, nach neun Jahren 45 Pf. betragen, was hier der Höchstlohn ist, also 5 Pf. weniger als bei den Gasarbeitern, die schon nach zwei Jahren auf 50 Pf. stehen. Genau so wie die Arbeiter bleiben auch die Handwerker im Endlohn zurück, sie bleiben bei 65 Pf. stehen, während die Handwerker bei den Gaswerkern auf 70 Pf. gelangen. Schlechter steht es mit den Vieh- und Schlachthofarbeitern und den Marktflächenarbeitern; die Schreierfrauen stehen hier am schlechtesten. Die Erhöhungen, die den Vieh- und Schlachthofarbeitern zuteil wurden, hätte man auch nachträglich noch, um der Gerechtigkeit willen, auch den Marktflächenarbeitern zukommen lassen sollen. Der diesjährige Etat sieht für die Parfearbeiter 3,75 M. Tagelohn vor, der in sechs Jahren bis auf 4,25 M. steigt, aber dann wird Schluss gemacht! Dabei kommt noch in Betracht, daß der Lohn hier für 10 Stunden gezahlt wird; die Hilfsarbeiter werden mit 80 Pf. pro Stunde abgepeist.

Das sind ganz unwürdige Löhne.

Bei den Kanalisationsarbeitern fängt der Lohn mit 3,00 M. an und steigt an wie bei der Straßenreinigung; die im Vorjahre erfolgte Aufhebung von 15 Pf. entspricht nicht entfernt den berechtigten Wünschen. Seit langen Jahren miserabel bezahlt werden auch die Arbeiter auf den Rieselweiden; die haben seit 1882 keine Lohn-erhöhung erhalten. Die Gutsarbeiter erhalten im Sommer pro Tag bei einer Arbeitszeit von 12 Stunden 1,80 M., im Winter bei 9-10 Stunden 1,20 M., daneben ein Deputat von 300 M. Nach schlechter sind die Stallarbeiter daran, welche von 3 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und im Winter von 4 Uhr morgens bis 6 Uhr abends arbeiten müssen. Daß hier auch Abhilfe geschaffen werden muß, liegt auf der Hand; ob die Güter ertragfähig sind oder nicht, ist dafür ganz gleichgültig. Auch die Rieselwärter werden nur sehr schwach bezahlt. Die Arbeiter dort wollen auch Ausschüsse haben, sie wollen ebenfalls einen Urlaub sich gewährt sehen, der ist ihnen

bisher gänzlich verweigert worden.

obwohl sie doch nicht minderen Rechts sind als andere städtische Arbeiter. Die Lohn-erhöhung für diejenigen Arbeiter, die auf den Gaswerken eine besonders schwere Arbeit zu verrichten haben, ist lediglich die Erfüllung eines Gebots der Gerechtigkeit. Wenn wir heute für ungelerten Arbeiter einen Anfangslohn von 4,25 M. und einen Höchstlohn von 5 M. fordern, so ist das nicht mehr, als eine große Anzahl Orte bereits gewährt, wie die vom Magistrat veranstaltete Umfrage bezeugt hat. Rixdorf gewährt einen Anfangslohn von 4,25 M., der in fünf Jahren auf 4,75 M. steigt; Charlottenburg 4,50 M., in 10 Jahren steigend auf 5,50 M.; Schöneberg 4,25 M., steigend auf 5 M. nach acht Jahren. Angesichts der andauernden Lebensmittelsteigerung

sehen wir diesen Lohn als das Mindeste an, was dem Bedürfnis einer Arbeiterfamilie Rechnung trägt. Schöneberg gewährt bekanntlich den Arbeitern mit starker Familie noch einen Zuschuß in Form einer Familienunterstützung mit monatlich bis zu 20 M. Etwas Ähnliches gibt es bei uns nicht; daher kann es vorkommen, daß ein Armenkommissionsvorsitzer für einen solchen Arbeiter mit starker Familie eine

Armenunterstützung von 25 M.

beantragt. (Hört! hört!) Der Antrag wurde von mir als Armenkommissionsvorsitzer angehalten und ich habe für eine Zuwendung aus anderweitigen Fonds Sorge getragen. Die Privatindustrie zahlt im Durchschnitt ganz erheblich höhere Löhne; im Durchschnitt der Tarifverträge ergibt sich ein Wochenlohn von mindestens 26 M. Im Reichstage erklärte der Eisenbahnminister von Breitenbach, daß die Löhne für die reichslandständigen Eisenbahnarbeiter seit 1904 um 22 Proz. gestiegen seien; ich habe nur den innigsten Wunsch, daß wir uns

diesem Vorgehen anschließen.

aber mit einer Erhöhung von 3,75 M. auf 3,90 M., also mit 4 Proz., ist nichts gemacht. Bei den Beamtengehältern legte man eine Erhöhung von mindestens 10 Proz. zugrunde. Das sind die Wünsche und Klagen, die ich Ihnen vorzutragen beauftragt bin; gewöhnen Sie endlich den städtischen Arbeitern die Besüge, die sie haben müssen, um sich und ihre Familien durchzubringen. Nehmen Sie unsere Anträge an, oder, wenn Sie doch zu einer Ablehnung kommen sollten, wenigstens unsern Eventualantrag. In der Gasverwaltung ist ja wenigstens schon ein Anfang zu einer Erörterung dieses Vorschlages gemacht worden. Der Antrag Goldschmidt hätte mindestens für alle Arbeiter, nicht bloß für diejenigen der Straßenreinigung, von denen ein Teil seinem Gewerbeverein angehört, gestellt werden sollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Goldschmidt (N. L.): Ich habe in dem Ausschuss alle Anträge auf Lohn-erhöhung für mehrere Kategorien gestellt; sie alle sind abgelehnt worden. Die Lohn-erhöhung für die Straßenreiniger allein habe ich wieder aufgenommen, weil ihre Arbeit nicht nur sehr schwer und gesundheitsgefährdend, sondern heutzutage geradezu lebensgefährlich

ist — man denke nur an die Automobile und die Autobusse. Für die Anträge Leid kann ich stimmen. Der Eventualantrag Leid scheint mir aber nicht ohne weiteres akzeptabel, so sympathisch mir auch die damit dokumentierte Abkehr vom Prinzip des Klassenkampfes ist. Solche Maßnahmen mag die Privatindustrie treffen, sie passen nicht für die Kommunen, wie auch ein angesehenes holländisches Mitglied der Sozialdemokratie, Troelstra, ausdrücklich gibt. (Zurufe des Stadtv. Stadthagen.)

Stadtv. Rettig (N. L.) spricht sich für die Ausschussanträge und gegen die Anträge Leid aus. Wenn man die Rieselweidenarbeiter nach dem Antrage Leid entlohne, würde sich die Provinz entdörren. Unverständlich sei die Forderung doppelten Lohnes an Sonntagen. Unannehmbar auch der Eventualantrag.

Stadtv. Leid (Soz.): Immer wieder dasselbe Schauspiel, wenn wir hier Arbeiterlohnfragen behandeln! Die Redner der anderen Fraktionen versehen mit schönen Worten ihr Wohlwollen für die Arbeiter, lebten dann aber mehr oder minder schroff die Forderungen ab, die diesem Wohlwollen praktisch Ausdruck geben sollen. So auch heute wieder. Was der Ausschuss bringt, ist minimal. Die Erörterung der Lohnfrage schiebt sich aus einer Deputation und Kommission in die andere, aber herausgekommen ist immer nur sehr wenig. 1907/08 hat es sich bei der Aufbesserung nur um

einen kleinen Teil der städtischen Arbeiter gehandelt. Die Vorlage, die uns darüber Aufschluß geben sollte, welche Arbeiter und in welchem Umfange sie berücksichtigt worden waren, ist von uns seit fast einem Jahre gefordert; was jetzt aus ihrer Beratung herausgekommen ist, ist abermals blutwenig. Wenn Ihnen unsere Anträge auf bestimmte Lohnsätze unannehmbar sind, so stellt das für Berlin ein großes Armutszeugnis dar. Wenn so bescheidene Anträge, die nichts weiter wollen, als den Lohnsatz, den die arme Stadt Rixdorf ihren Arbeitern zahlt, von ihnen nicht angenommen werden können: ist das nicht ein Armutszeugnis? Die Löhne der Guts- und Vorarbeiter auf den Rieselweiden sollen angeblich 1907 erhöht worden sein; die Arbeiter selbst bestreiten das und bleiben dabei, daß der Lohnsatz von 1,80 und 1,20 M. seit 1882 unverändert derselbe geblieben ist; nur bei den Rieselwärttern ist 1906 noch eine Stufe aufgesetzt worden. Das Deputat betreffend wird über die Qualität der Kartoffeln geklagt; man sollte das Deputat durch einen Geldebetrag ablösen. Der Ausschussvorschl. wegen der Arbeiterausschüsse ist lediglich die Wiederholung einer bestehenden Magistratsverfügung, und es ist charakteristisch, daß eine solche Wiederholung erfolgen muß; es ist festgesetzt, daß der Direktor der Straßenreinigung die Arbeitszeit geändert hat, ohne den Arbeiterausschuss zu hören. In welcher Weise wird denn nun der Herr zur Verantwortung gezogen für diesen Verstoß gegen eine Magistratsverfügung? Die Arbeiter werden vielfach in den Betrieben der Straßenreinigung

wie auf dem Kasernenhofe

behandelt; die Aufseher schmaugen sie an, daß es manchmal nicht mehr schön ist; in den Personalakten finden sich Eintragungen, wie sie nur beim Militär üblich sind. Diese Personalakten sollte man doch beseitigen, mindestens aber den Beteiligten Kenntnis von dem Inhalt geben. In erster Linie wünschen wir natürlich die Annahme unseres Hauptantrages; wir stellen Ihnen aber frei, wenn Sie von dem bisherigen Grundsatz abgehen, daß der Magistrat die Löhne nur einseitig festsetzt, den Weg des Eventualantrages einschlagen. Unter den „einseitigen Gesichtspunkten“ verstehen wir, daß für ähnliche Kategorien möglichst gleichmäßige Bezahlung eintreten soll; was für die städtischen Beamten möglich ist, sollte auch für die städtischen Arbeiter möglich sein. Heute findet sich bei der Entlohnung der städtischen Arbeiter ein regelloses Durcheinander; allein bei der Gasverwaltung 60 verschiedene Kategorien! Es muß möglich sein, mehr Einheitlichkeit hineinzubringen. Wir sagen nicht, daß Tarife abgeschlossen werden sollen; wir legen aber großen Wert darauf, daß in Zukunft die Festsetzung der Löhne im Einvernehmen mit den städtischen Arbeitern erfolgt. Die Beratung auf Troelstra trifft hier nicht zu. Gemeindebehörden sind etwas anderes als Privatbetriebe, gewiß, das schließt doch aber nicht aus, daß solche Abmachungen getroffen werden können. Die Nichtzahlung der Arbeiter ist nichts anderes als der „Herr im Hause“-Standpunkt. Die Arbeiterausschüsse, wie sie heute bestehen, haben kein Mitbestimmungsrecht über die Löhne; sie sind nur eine Dekoration; wenn man sie hört, genügt man nur einer Form. Treten ihre Mitglieder mit Forderungen auf, so werden sie aus den städtischen Betrieben hinausgeworfen! Das Prinzip unseres Antrages wird früher oder später doch zum Durchbruch kommen, und zwar dann, wenn sich die städtischen Arbeiter mehr als bisher ihrer Organisation anschließen und dieser die Leitung verschaffen, auf die sie Anspruch hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Fischbeck: Die Lohn-erhöhungen im letzten Etat dürfen nicht für sich, sondern müssen mit der 1907 durchgeführten Lohn-erhöhung zusammen betrachtet werden, die etwa der zehnprozentigen für die Beamten entspricht. Bezüglich der Urlaubsgewährung wird der Magistrat die Beschlüsse der Versammlung abwarten. Eine Magistratsverfügung, die der Direktor der Straßenreinigung über- treten haben soll, existiert nicht.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Ich wollte nur dem Kollegen Goldschmidt erwidern. Der Genosse Troelstra denkt gar nicht im geringsten an kommunale Verhältnisse, die auf dem Dreifassenswahl- system aufgebaut sind, und was von ihm angeführt wurde, ist gar nicht in dem Sinne zu verwenden, wie es Herr Goldschmidt versteht. Troelstra hat lediglich ausgeführt, daß da, wo schon die Arbeiterinteressen in der Kommune vertreten seien, der einzelne Arbeiter nicht so vorgehen solle, wie sonst; von der Organisation ist gar nicht die Rede, und das würde ja auch widersinnig sein. Nicht der einzelne soll vorgehen, sondern die Organisation.

Stadtv. Goldschmidt: Herr Stadthagen hat Troelstra gar nicht verstanden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich wünscht Troelstra Organisation und muß sie wünschen. Aber unter einer Organisation von städtischen Arbeitern versteht er etwas ganz anderes als die Freunde des Herrn Stadthagen. (Der Vorsteher erwidert, diese Ausführungen als nicht zum Thema gehörig abzu- brechen.) Wenn der Streit über die Löhne in die Organisationen getragen wird, so wird das weder im Interesse der städtischen Arbeiter noch der Organisation liegen. Wenn sich alle städtischen Arbeiter erst sozialdemokratisch organisiert haben, dann wird es ganz gewiß nicht besser; dann wird es ganz unmöglich sein, in dieser Versammlung für ihre Wünsche Gehör zu finden. Die sozialdemokratischen Arbeiter würden dann über die nichtsozialdemokratischen einen unerträglichen Terrorismus ausüben. (Andauernde Unruhe.) Herren, wie Herr Stadthagen, sind nicht zu belehren.

Stadtv. Giese: Durch Herren, wie Herrn Goldschmidt, werden wir uns auch nicht belehren lassen. Von Terrorismus kann bei den sozialdemokratischen Arbeitern keine Rede sein. (Lachen bei der Mehrheit.) Von 1904, wo der Anfangslohn festgestellt wurde, haben bis 1907 keine Aufbesserungen für die Arbeiter stattgefunden; damals wurden 3,75 M. festgesetzt, und jetzt ist man mit weiteren 15 Pf. gekommen. Bei den Beamtengehältern ist alle drei Jahre eine Erhöhung eingetreten.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.): Wir sehen in den städtischen Arbeitern eben für die Stadt arbeitende Leute, nicht Sozialdemokraten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir haben es hier mit einer wirtschaftlichen, nicht mit einer politischen Frage zu tun. Damit schließt die Diskussion. Die Anträge Leid werden abgelehnt, ebenso der Eventualantrag und der Antrag Goldschmidt. Zur Annahme gelangen nur die Ausschussanträge.

Dem Beschluß vom 19. Januar 1911, die Beratung der Anträge Arons wegen

Gewährung städtischer Arbeitslosenunterstützung und Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises der zu verstärken- den gemischten Deputation für die Arbeitslosenberufungsfrage zu überweisen, ist der Magistrat beigetreten. Die Wahl von sechs Mitgliedern der Versammlung in die Deputation wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Für die Feier des 50jährigen Bestehens des Gefindehospitals wird eine Vertretung der Versammlung von fünf Mitgliedern abgeordnet, wozu auch Stadtv. Kolbenzer gehört, und dem Gefindebesorgungs- und Unterstützungsfonds eine Jubiläumsgabe von 5000 M. bewilligt.

Von der Erklärung des Magistrats, daß er den Beschlüssen der Versammlung zum Etat für 1911 zustimme, sich aber die Einbringung eines Nachtragsstats für den Fall vorbehalte, daß die Luftbarkeitssteuer nicht zur Annahme gelangen sollte, nimmt die Versammlung Kenntnis.

Schluß nach 11 1/2 Uhr.

Kameraler Marktbericht der städtischen Markt- und Dreifassens- über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zulubr stark, Geschäft schlepplend, Preise für Schweinefleisch ansehend, sonst unannehmbar. Wild: Zulubr unbedeutend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zulubr ausreichend, Geschäft lebhaft, Preise nachgebend. Fische: Zulubr reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unannehmbar. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zulubr genügend, Geschäft ruhig, Preise fast unannehmbar.



Deutsche Hut-Compagnie

Brunnenstraße
66 66

Eröffnung unseres neuen Geschäfts

Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 115/116

Am Eröffnungstage erhält jeder Käufer ein Geschenk.

Sonnabend, den 1. April, nachmittags 4 Uhr.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 31. März
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus, Königsplatz.
Königl. Schauspielhaus, Wallen-
stein's Tod.
Deutsches. Faust, 1. Teil.
Anfang 8 Uhr.
Neues Konigl. Opern-Theater.
Alteurauisch und Edelweiss.
Rommerspiele. Die Königin.
Festung. Glaube und Heimat.
Neues Schauspielhaus. Die Hosen
des Herrn von Bredow.
Kleinod. Der Reichardist.
Neues Operetten. Die schöne
Mulle.
Berliner. Summelsstudenten.
Westen. Die lustigen Abteilungen.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Komische Oper. Die verlassene
Bräut.
Schauspielhaus. Die grüne Heune.
Trianon. Hippolytes Abenteuer.
Reichens. Fernands Ehekontrakt.
Thalia. Polnische Wirtshaus.
Schiller O. (Königs-Theater.)
Maria und Magdalena.
Schiller Schlaraffenburg. Ein
idealer Gatte.
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
2x2=5.
Volkoper. Der Freischütz. (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Waffen. Aus erster Ehe.
Modernes. Der Feldherrnhügel.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wale. Am Rande des Abgrunds.
Herrfeld. Schelbungs-Souper.
Bar-Schweller.
Folies Caprice. Soll und Haben.
Ein lediger Ehemann. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra - Wir leben
noch!
Voigt. Die feindlichen Brüder.
Königs. Ruffe Wägen.
Apollo. Spezialitäten.
Vollge. Spezialitäten.
Road. Die Millionenbraut.
Reichsbahn. Stettiner Sänger.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaiser. Panorama. Am Rande
des Abgrunds. Neapel. Jesus. Kana-
felder usw. Französische Riviera.
Walhalla. Grand Caprice! (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Julimes. Ein fataler Moment.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lichtspiele.
Urania. Taudenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Was und der
Wand erzählt.
Sternwarte, Invalidenstr. 67-62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Glaube und Heimat.
Sonnabend 8 Uhr: Glaube und
Heimat.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Rummelstudenten.
Morgen: Summelsstudenten.

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Abteilungen.
Sonnt. 9 1/2 U.: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater
(früher Hobbelttheater).
Abends 8 1/2 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Berliner Volkoper
Welle-Allianzstraße 7/8. - 1/2 9 Uhr:
Der Freischütz.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Freitag, den 31. März, 8 Uhr:
2x2=5.
Sonnabend: 2x2=5.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Graf
Eber. Abends 8 Uhr: Eine Ehe.
Montag: Eine Ehe.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Was uns der Mond erzählt.

Kaiser-Panorama.
Lustschloß Schönbrunn u.
Gemälde. Letzte Woche:
Im Bannkreis des Vesuvus.
1 Reihe 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 R., Lauf. Abonment.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die grüne Heune.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.

Fernands Ehekontrakt.
Schwank in 3 Akten von Georges
Seydoux. In deutscher Bearbeitung
von Benno Jacobson.
Sonntag, 2. April, nachm. 3 Uhr:
Pariser Menu.
Morgen und folgende Tage:
Fernands Ehekontrakt.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Aufführungsszene in 7 Bildern
v. A. Freund. Musik v. V. Holländer.
In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo
Theater**
Abends 8 Uhr:
Lehter Tag
des großen Märzprogramms.
Morgen, den 1. April:
Debut

Heinrich Prang
Niederlands populärster Komiker
in seiner Burleske
Ein Gemütsmenschen.

WINTERGARTEN
Heute
Abschieds-Vorstellung
Olga Desmond
Morgen, Sonnabend, den 1. April:
Premiere!
Der sprechende Hund
„Don“
und weitere
12 Attraktionen 12
u. a.: Roda Roda.

**Theater a
Wedding**
Neuer
Spielplan.
Musikkapelle:
Dir. Max Neumann, Wien.
Nachmittags von 5-8 Uhr wird
jedem Besucher
eine Probebisse Blookers Kakao
gratis verabreicht.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe
und das große neue März-
Programm.
14 Varietè-Neuheiten.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.
Schauspiel in 4 Akten v. Paul Lindau.
Ende 10 1/2 Uhr.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gabriello der Fischer.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Schauspiel in 4 Akten v. Dölar Wüde.
Ende 10 1/2 Uhr.

Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Nathan der Weise.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.

Sängerabteilung I. Süd-Ost
Gau Berlin. (M. d. D. A.-S.-B.)
Chormeister: Herr Paul Kurz.

Sonntag, den 2. April 1911,
in der Brauerei Friedrichshain (Am Friedrichshain):

Frühlings-Konzert

Unter Mitwirkung des „Neuen Berliner Tonkünstler-
Orchesters. Dirigent: Franz Dollfelder.

„Siegesgesang der Deutschen nach der
Hermannschlacht von Abt
und
„Der Schwur freier Männer“ von M. Möller
mit Orchester.

Nach dem Konzert: **Tanz.**

Anfang 6 Uhr. 995b
Billette im Vorverkauf 50 Pf., an der Kasse 60 Pf.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91

Heute: Gastspiel
des K. K. Hofball-Musik-Direktors
C. M. Ziehrer

mit seinem aus
65 Wiener Künstlern bestehenden Orchester.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor
Größter Konzertsaal Berlins
Heute, Freitag:

Wiener Walzer-Abend von
Johann Strauß aus
Wien
mit seiner vollständigen Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., Reserv. Platz 75 Pf.

Excelsior - Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße).
Von jetzt ab bringen wir jede Woche
etwas Außergewöhnliches.
Wir beginnen ab 25. März - bis 31. März einschließlich - mit
Loensta, die Giftmischerin.
Ab 1. April wird: Großstadtversuchung, Sittengemälde
in 3 Akten, das Tagesgespräch Rixdorfs sein.
Anfang Wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachmittags.

Karl Haverland-
Anfang Theater. Romanbuden-
str. 8 Uhr. Straße 77/79.

Heute neue Burleske
sowie
erstklassige Spezialitäten.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Soll
und
Haben.
Ein lediger Ehemann.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.

Burgtheater-
Festsaal und Kinematograph
vorm. Grotorjan, Zubeh.: Rud. Mery,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9333
Lebende Photographien.
Entrée 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten,
nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Geld rech. Programm.

**Herrnfeld
Theater**
Sensations-Erfolg
der drei Robitäten
mit Anton Herrnfeld
Donat Herrnfeld
Martin Bendix
in den Hauptrollen:
Das Scheidungs-Souper
von Julius Hofs.
Ein Verlobungsgeschäft
von Kuten und Donat Herrnfeld.
Die Bar-Schweifer
von Kuten und Donat Herrnfeld.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 Uhr Theaterkasse.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
„Manöver-Witze“
Witzige Humorelle.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Bosporus am Moritzplatz
Heute:
Das neue Programm
u. a.:
Meyer mit dem Hängeboden.
Anfang 6 Uhr.
Kasseneröffnung 4 Uhr.
Von 11-2 Uhr:
TANZ.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe
und das große neue März-
Programm.
14 Varietè-Neuheiten.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

Zirkus A. Schumann.

Freitag, den 31. März 1911,
abends 7 1/2 Uhr:

**Automobil-
Ueberholungs-
rennen in d. Luft**

Die größte Attraktion der
Zeitzeit
ausgeführt von La dolla Georgina
und ihrem Partner. 9 1/2 Uhr:

**Der große Coup
der Schmuggler.**
Vorher: Das gr. Programm.

Zirkus Busch.
Freitag, 31. März, abds 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Nordini
unter der Erde.
Herr Ernst Schumann mit seinen
berühmten Freiheitsdressuren.
Fräul. Martha Mohake, Schul-
reiterin. The 3 Clacros.
3 Gebr. Fratellini, urk. Clowns.
Franz Steidler, radfahrender
Bauchredner.
Um 9 1/2 Uhr zum 103. Male:
„Armin.“
Gr. Volks-Manager-Schaustück

Voigt-Theater
Schmiedrücken, Sobstraße 58.
Freitag, den 31. März 1911:
Die feindlichen Brüder.
Schauspiel in 4 Akten von Erd-
mann-Chatelian.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind!
Zwei Mütter - ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 2. April 1911:
Der Trompeter
von Säckingen.
Kasseneröffn. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Schwank in 4 Akten v. Dölar Wüde,
Hof und Gustav Rodelburg.
Vorher: raffoliger Bunter Teil.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Oak und Liebe.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
„Manöver-Witze“
Witzige Humorelle.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Bosporus am Moritzplatz
Heute:
Das neue Programm
u. a.:
Meyer mit dem Hängeboden.
Anfang 6 Uhr.
Kasseneröffnung 4 Uhr.
Von 11-2 Uhr:
TANZ.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

ROSE-THEATER
Grosse Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Am Rande des Abgrunds.
Vollschauspiel in 4 Akten von H. G. G.
Sonnabend, Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm's
Tod.

Achtung! Polen Achtung!

des 4. Berliner Reichstagswahlkreises.

Sonntag, den 2. April 1911, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Freyer (früher Keller), Köppenstr. 29 eine

öffentl. polnische Wähler-Versammlung

Tagungs-Ordnung:

1. Die Forderung der polnischen Reichstagsfraktion und die polnische Arbeiterklasse.
2. Diskussion.

Es ist Pflicht eines jeden Polen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Agitationskommission: Szymowski.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Berlin I.

Sonntag, den 2. April 1911, vormittags 10 Uhr, Prinzenallee 33:

Versammlung.

- Tagungs-Ordnung:
1. Die finanziellen Verhältnisse unseres Verbandes. Referent: Kollege Sod. — 2. Lohnbewegungen. — 3. Verbandsangelegenheiten.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 2. April er., nachmittags 2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

Versammlung.

- Tagungs-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Woldt über: „Die verschiedenen Arbeiterkontrollen in den Fabriken.“
 2. Verschiedenes, 3. Betriebsangelegenheiten.
- Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Die Verwaltung.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte
ich **Pianos**
erstklassiges Fabrikat
(5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürststr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Hotel auf Teilzahlung
bei kleinster Anzahlung in bekannter Höhe
(mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
Möbel
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Dabnich, Auguststr. 59, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchb.-Str. 14, Hochparterre, S. und SW.: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Pauli, Brünnelstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Eiten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 130.
— Richard Hadelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südost: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Buch, Dammallee 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.
Wedding: Karl Zeike, Kayserstr. 49.
Rosenhagen und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
Gesundbrunnen: F. Trebb, Eitelstr. 10.
Schönhagen Vorstadt: Karl Marx, Ludenestr. 123.
Adlershof: Karl Schwarze, Hofmannstr. 2.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Indamerstr. 83 II.
Baumschulenweg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönnow und Schönbrück: Heinrich Brose, Dohsenstr. 74, part.
Biesdorf: Leopold Peters, Dorfstr. 98.
Bohnendorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Schornberg, Erlenbäumstr. 1.
Eichwalde, Zenthen, Biersdorf und Hankels Ablage: Oskar Mahle, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagenener Chaussee.
Friederichs-Petershagen: E. Heidebrich, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Gr.-B.-Lichterfelde-Lankwitz: D. Bernice, Hefenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Köpenicker Straße 13.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Theodor Kähler, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Käfer, Adolfsstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnstr. 13.
Köpenick: Emil Wähler, Köpenickerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.
Hahnsdorf, Kaulsdorf: Scheide, Hahnsdorf, Waldesstr. 14.
Hardenberg: August Reip, Gdankenstr. 295, Hof.
Hardenberg: Emil Weiner, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Johann Hübner, Wollersstr. 14 II.
Nieder-Schöneweide: Max Friedle, Brünnelstr. 14 II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Haber, Wilhelmstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Rigmann, Köpenickerstr. 98.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gursch, Borsigstr. 56, Laden.
Rixdorf: W. Heintzsch, Köpenickerstr. 2, im Laden; R. Gursch, Steglitzerstr. 25/29.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumann, Köpenickerstr. 51, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und Falkenhagen: Köppen, Dörfelstr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riemann, Borsigwalde, Köpenickerstr. 10.
Teltow: Wilhelm Donow, Teltow, Gledendorfer Str. 4.
Tempelhof: Albert Eitel, Berliner Straße 41/42.
Treptow: Rob. Gramenz, Reichsstr. 412, Laden.
Weißensee: A. Juchmann, Sedanstr. 195, partierre.
Wilmersdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schuber, Wilhelmstr. 26.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Gr.-Lichterfelde.

Gemäß § 49 des Statuts ist die Wahl von 9 Arbeitnehmer-Vertretern erforderlich.

Diese Wahl wird am Freitag, den 7. April 1911, in der Zeit von 6-8 abends im Restaurant von Wahrensdorf, Gr.-Lichterfelde, Bäckerstr. 22, vorgenommen und werden die Mitglieder der Kasse hierzu eingeladen.

Wähler und wahlberechtigt ist jedes Mitglied, welches volljährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist.

Der Vorstand, Paul Reht, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

Rechnungsabschluss 1910.

Einnahme.		GR.
1. Barbestand vom 1. Jan.	65259,48	
2. Zinsen	18511,13	
3. Beiträge	965586,46	
4. Erzielung für gewährte Krankenunterstützungen	7689,22	
5. Erzielung v. Berufsgenossenschaften	5059,36	
6. Aus verkauften Wertpapieren usw.	—	
7. Aufgenommene Darlehen, durchl. Voten	3028,63	
8. Sonstige Einnahmen	5143,83	
Summa		1070272,11

Ausgabe.		GR.
1. Für ärztl. Behandlung	89419,84	
2. Für Arznei und sonstige Heilmittel	121990,48	
3. Krankengelder:		
a. an Mitglieder	317839,23	
b. an Angehörige	10818,92	
4. Unterstützung an Wöchnerinnen	17498,40	
5. Sterbegelder	14350,13	
6. Aus- und Beisetzungs-kosten in Bestattungen	147258,33	
7. Erzielung für gewährte Krankenunterstützung	5330,52	
8. Kuratengelder Beiträge	1696,51	
9. Für Kapitalanlagen	101613,01	
10. Kuratengelder Beiträge	4480,75	
11. Verwaltungskosten:		
a. persönliche	84464,22	
b. sächliche	13697,51	
12. Sonstige Ausgaben	6580,18	
Summa		942920,33

Summa der Einnahmen 1070272,11
Summa der Ausgaben 942920,33
Bestand am 1. Januar 1911 127351,78

Die Stärkung d. Reservefonds betrug: 102975,11 M.

Erkrankungsfälle d. männl. Mittgl. 5572
weibl. 4256

Krankheitsstage d. männl. Mittgl. 124348
weibl. 110191

Sterbefälle der männl. Mitglieder 93
weibl. 49

Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug am Schluss des Jahres 1910 21640, die des Vorjahres 21123, mithin mehr: 517. Der Vorstand.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Reiches Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 2. April:

1. Abt.: 1 1/2 Uhr: Baumschulenweg. Start: Hahnsdorf, 58.
2. Abt.: 1 Uhr: Streifzüge durch den Grunewald. Endziel: Borsigwerder (Freud). Start: Schönleinsstraße 6.
3. Abt.: 1 1/2 Uhr: Kaulsdorf-Büd (zum Kralauer). Start: Kaufherplatz 12.
4. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Köpenicker Platz.
5. Abt.: 1 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Hahnsdorf.
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Wannsee (Hästenhof). Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: 8 Uhr: Potsdam. 1 1/2 Uhr: Wannsee. Start: Köpenicker Str. 8.
8. Abt.: 7 Uhr: Neu-Zitau (Dorich). 1 1/2 Uhr: Ober-Schöneweide (Waldhaus). Start: Waldstr. 8.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Adlershof (Waldstein). Start: Schillingstr. 22.
10. Abt.: 1 1/2 Uhr: Goriuser. Start: Reberstr. 6.

Lichtenberg und Umgegend.

Abteilung Lichtenberg und Umgegend: 1 Uhr: Wannsee (Hästenhof). Start: Wartenstr. 74.
Abt. Friedrichsfelde: 1 1/2 Uhr: Köpenick (Stadt-Theater). Start: Berliner Straße 98. 10/13

Stoffe

für Anzüge, Paletots, Kostüme etc. selbst einkaufen, heißt Geld sparen! Tuchlager Koch & Seemann G.m.b.H. Gertraudenstr. 20-21

Zum Frühjahr! Hocheleg. Kostüm in mod. gestreift. Keilgarnstoff. 30⁷⁵ MK.

Chikes Kostüm in laengl. Ware auf Seide gearbeitet. 25⁷⁵ MK.

Tuch-Paletot Vornehm. gehalten im neust. Paletot-Schnitt. 27⁷⁵ MK.

Paletot in geschm. Phantasiestoff mit Seidengarnitur. 7⁷⁵ MK.

Fescher Ulster „Gürtel Facon“ aus dauerhafter Ware. 10⁷⁵ MK.

C. & A. Brenning
Berlin, C. Königsstrasse 33.
Am Alexanderplatz.

Ohne Anzahlung!
 liefert an jedermann
Möbel auf Kredit
 bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und
 bequemster Abzahlung
Komplette Wohnungseinrichtungen
 sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige
 Kissen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Leinwand und Bett-
 wäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc.
 in modernster Ausführung. Ferner
Garderobe f. Herren, Damen, Kinder
 neueste Fassons, größte Auswahl. Wochenrate 1 M, an
S. DORN
 Alte Schönhauserstr. 3, Ecke Linienstr.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie
 direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden Tel.: A. III, 5157
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
 eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

Verkäufe.
Gardinen: Gardinenhaus Bern-
 hard Schwarz, Wallstraße 13 —
 Gardinenfabrik. 29475*
Portieren: Gardinenhaus Bern-
 hard Schwarz, Wallstraße 13 —
 Gardinenfabrik.
Tischdecken: Gardinenhaus
 Bernhard Schwarz, Wallstraße 13 —
 Gardinenfabrik.
Teppiche: Gardinenhaus Bern-
 hard Schwarz, Wallstraße 13 — Gar-
 dinenfabrik.
In freien Stunden: Hoch-
 schrift für das arbeitende Volk. Romane
 und Erzählungen. Abonnement
 wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Aus-
 gabezeiten des „Vorwärts“ entgegen.
 Probehefte gratis.
Kredithaus Wobbit, Lurmsstraße 55.
 Jede Woche erhalten Sie Möbel
 und Waren jeder Art auf Teil-
 zahlung, unter denkbar günstigen
 Zahlungsbedingungen. Spezialität:
 Herren- und Damenbekleidung.
 Gratis erhält jeder Herr beim Kauf
 eines Anzuges oder Paletots einen
 Hut, Stod oder Schirm; jede Dame
 Handtasche oder Gürtel. Beim Kauf
 höherer Wohnungseinrichtung Teppich
 oder Regulator. 22298*
Teppiche! (Jedlerbaute) in allen
 Größen, fast für die Hälfte des Wertes
 Teppichlager Brunn, Hadericher
 Markt 4, Bahnhofstraße. (Lieferer des
 „Vorwärts“) erhalten 5 Prozent
 Rabatt. Sonntags geöffnet!
Federbetten: Stand 11,00, große
 16,00, neue Kissenbetten, Kissen-
 steppdecken, Gardinen, Portieren,
 Teppiche, Decken, große Auswahl,
 spottbillig. Pfandhaus, Küstriner-
 platz 7. 22008*
Vorwärtsleser erhalten (für
 Prospekt Extrarabatt, selbst bei Ge-
 legenheitskäufen. Teppich Thomas.
Teppiche: vorjährige Muster, für
 Halben Wert.
Gardinen: Restbestände, bis drei
 Fenster, fast 5 — 8, fast 8 — 5,
 fast 12 — 8.
Teppich-Thomas, Oranien-
straße 100, Oranienplatz; Rolan-
tafelfstraße 54.
Wollen zu Preis Einsparung
 und Eleganz. „Die wahre Ge-
 stalt des Christentums“, von August
 Debel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe
 50 Pf. Expedition Lindenstraße 69,
 Kaben.
Germanoplas 6, Pfandhaus-
hand, steinbildliche Nachbildungen,
 Gebrodenstücke. Herrenpaletots,
 Herrenkleider. Extrabillige Betten-
 decken, Kissensteppdecken, Teppich-
 decken, Gardinensteppdecken, Stepp-
 decken, Tischdecken, Kleinaus-
 wahl Schmuckstücke, Taschenwaren,
 Wanduhren. Vorteilhaft Einkaufs-
 quellen. Pfandhaus Germanoplas,
 auch Sonntags geöffnet. 720*
Betten: elegant, Stand 11,00,
 16,00, hochfeine 21,00, 24,00, Stepp-
 decken, Tischdecken, Gardinen, Tisch-
 teppiche, Freischwinger, Parkettstücke,
 Böden, spottbillig. Leihhaus Dren-
 Königbergerstraße 19. 22998*
3,60 Prachtbetten, 9,50 vollstän-
 dige Bettenlauf, vollgepflegt, un-
 absetzbar. Kassenleihhaus Andree-
 straße achtunddreißig. 23758*
Landbett: groß, 14,50, zwei Decken,
 zwei Kissen, 12,50, große Laten 0,80,
 Damastdecken 3,60, Steppdecken, Gar-
 dinen unabweislich. Andreeleihhaus.
Bauernbett: Unterbett, zwei
 Kissen 24,00, Andreeleihhaus Andree-
 straße achtunddreißig. Fahr-
 vergütung.
Kinderwagen, Klappwagen, Kinder-
betten, Metallbetten: Billigste
 Spezialgeschäft Teilzahlung Weisen-
 burgerstraße 3, Rosenthaler Damm 90.
Die Grundbesitzer der Brie-
schaffstraße: Eine populäre Einfüh-
 rung von Julian Vorwärts. Preis
 40 Pf. Expedition Vorwärts, Linden-
 straße 69.
Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

Wer Bescheid weis, kauft
Gardinen-Stores-Bettdecken
 beim
 Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer
Gardinen-Fabriken
 Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.
 Die Firma bietet Ihnen außergewöhnliche Auswahl, streng reelle Bedienung und
eminent billige Preise.
 Verkauf zu unseren Originalpreisen nur:
C, Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Tor.
S, Oranienstraße 37, nahe Oranienplatz.
S, Kottbuser Damm 65 (Rixdorf), nahe Hermannplatz.
O, Große Frankfurter Straße 5-6, Ecke Fruchtstraße.
O, Niederbarnimstraße 13, Ecke Boxhagener Straße.
O, Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle.
Besichtigung erbeten.

Wittauer Nähmaschinen ohne An-
 zahlung, gebrauchte spottbillig! Sta-
 digerstraße 99, Barthaerstraße 47.*
3,25 Steppdecken, Prachtteppiche,
 Tischdecken 5,00, Portieren 3,75,
 Gardinen, Bezüge, Laten nur Oran-
 ien-Handelste, Oranienstraße 23a.
3,90 prachtvolle Betten, 7,00
 doppelte Betten, 10,00 ganzer Stand,
 rotrotz Inlett, nur Oranien-Handel-
 ste, Oranienstraße 23a. Fahrgeld
 wird vergütet. 48/15*
Geleichte der Revolutionen, von
 A. Comrad, wöchentlich ein Heft
 a 20 Pf. Bestellungen nehmen die
 Ausgabezeiten des „Vorwärts“ ent-
 gegen. Probehefte gratis.
Federbetten: prachtvolle, Stand
 11,00, 16,00, hochfeine 22,00, 33,00.
 Zentralleihhaus Schöneberg, Haupt-
 straße 111. 102/10*
Wannsaugänge und Winter-
 paletots von 5 Mark sowie Josen
 von 1,50, Gebrodenstücke von 12,00,
 Frack von 2,50, sowie für forpulten
 Figuren. Neue Garderobe zu staunen
 billigen Preisen, aus Pfandhäusern ver-
 fallene Sachen laufen man am billigsten
 bei Kap. Kulastraße 14.
Teppiche (Herrenkleider), Stepp-
decken, Gardinen, Tischdecken, Tisch-
decken, Uebergardinen, Sofa-
stoffe, spottbillig. Fabriklager
Rauershof, Große Frankfurterstraße 9,
Klareingang, Vorwärtsleser zehn
Prozent Sonntags geöffnet. 24888*
Vorjährige sowie zurückgegebene
 Herrenanzüge und Paletots, teilweise
 aus besten Rohstoffen 15—40 Mark.
 Garderobehaus Friedrichstraße 127.
Zurückgegebene Feinleider 5—12
 Mark. Bestellung von Gesellschafts-
 anzügen jeder Art. Garderobehaus
 Friedrichstraße 127. 22248*
Ohne Anzahlung, Höhe 50, Bilder,
 Spiegel, Ferner: Möbel, Polster-
 waren, Teppiche, Gardinen, Stepp-
 decken, Tischdecken, Bettdecken,
 Portieren, Uhren, Gaslampen, Weber,
 Weinlagerstraße 25. Besuch eventuell
 Postkarte. 22408*
Tandourermaschinen Dese-
 meyer, alleiniger Fabrikant! Velle-
 mana, Gollnowstraße 26. Preise
 billig, Abzahlung günstig. 20598*
Teppiche, Portieren, Tischdecken,
 Gardinen, Steppdecken, Kissenstepp-
 decken, Tischdecken, spottbillige
 Pfandhäuser. Potsdamerstraße 109,
 Teppichhaus Conrad Hoyer. Vor-
 wärtler Extrarabatt. 22018*
Drehbänke, Blechschalen, Tisch-
einrichtungen, Krüge u. Zinsen, Wohn-
manntstraße 22. 23158*
Gaslampen, dreiflammig 4,50,
 Bronzelampen 7,50, Gasglühbirnen
 7,00, Gaslampen 1,40, Gaswandarme
 0,55, Teilzahlungen gestattet. Kronen-
 leiter Große Frankfurterstraße 92;
 Filiale Ravensstraße 6. 13018*
Pommerische Betten! zwei Fed-
 erbetten, zwei Kissen, weißelächig,
 15,00, große Laten 90 Pfennig,
 Damastdecken 3,80, Steppdecken,
 Portieren, Teppiche, Gardinen, Damen-
 garderobe Brunsstraße 34. 22608*
4,25 Prachtvolle Bett, 10 Mark
 ganzer Stand, rotrotz gestreift.
 Brunsstraße 34, Brunsstraße 34.
Wandbetten: ganzer Stand 27,00,
 nur in der billigen Pfandhäuser Bruns-
 straße 34. Fahrgeld wird vergütet.
Wandgarderobe: Paletots von
 6,00 an, Jacketanzüge von 10,00 an,
 Gebrodenstücke. Hosen 2,50 an, für
 jede Person passen, nur in der
 Brunsstraße 34, Brunsstraße 34.
 Fahrgeld wird vergütet.
Teppiches, Söhlertstraße 20, nahe
Chausseestraße. Zum Umzug sofort
 billiger Verkauf von Teppichen, Gar-
 dinen, Stores, Portieren, Tischdecken,
 Steppdecken. 24018*
Satz Regel und Augen, billig,
 Löwe, Camphausenstraße 25. 771*
Fertigergerahmte Bilder, Iose
 Blätter, Leinwand, Leisten und
 Rahmen laufen Sie heute am billig-
 sten direkt in der Fabrik bei Hübner-
 Bogdan, Berlin, Belinstraße 2.
 Verlangen Sie nach dem Einkauf
 5 Prozent. 23808*

Teppiche, Gardinen, Stores,
 Portieren in allen Preislagen. Vor-
 wärtler 6 Prozent Rabatt. Schulz,
 Weinbergsweg 10 I. kein Laden.
Schulmappen, Rindleder, hand-
gemacht, 5,—, Kopenstraße 25, Hof-
geradequ. 209/6*
Schankelabwanne verkauft Lud-
 hardt, Stargarderstraße 4. 10075*
Kinderwagen, Aquarium, Zug-
grammophon verkauft Waldow, Meiner-
 straße 2.
Damenhemden mit handgeftirter
 Spitze 1,15, Herrenhemden 1,15, Nor-
 malwäsche, Arbeiterhemden sowie
 elegante Reismuster bis zur Hälfte
 des Wertes. Bäckerei Selomonski,
 Dierichstraße 21, Alexanderplatz.*
Similliedene Steppdecken 4,15
 (Seidenerak), Mollians-Steppdecken
 8,50, große Schlafdecken, grau-
 arbig, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. In-
 ventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus
 Emil Behre, Oranienstraße 158.*
Inventur-Räumungspreise nur
 kurze Zeit. Extrarabatt gratis und
 gratis. Teppichhaus Emil Behre,
 Oranienstraße 158. 19988*
Geschäftsverkäufe.
Partiell wegen Übernahme
 eines Fußweges für Inventarpreis
 sofort zu verkaufen. Alles Nähere
 bei Boltersdorf, Rantewitzstraße 42,
 Lokal. 752*
Möbel.
Schränke, Vertils, Beistellen,
 Tische, Küchen etc. billig, eventuell
 Teilzahlung. Lange, Schwedterstr. 26.
Gebrauchte und neue Möbel am
 billigsten bei Rehsfeld, Buttman-
 nstraße 20 (Belundbrunnen). 22448*
Beistellen mit Matratze 12,00,
 15,00, 18,00, 21,00. — Englische,
 nagelneu 25,00. Rehsfeld, Buttman-
 nstraße 20.
Küchenschränke, Waschküchen,
 nupbaumartig 27,00, 12,00, 15,00,
 Rehsfeld, Buttmanntstraße 20.
Einrichtung, vollständige, für
 Studie, nagelneu 120,00. Rehsfeld,
 Buttmanntstraße 20.
Küchenrichtung komplett 45,00,
 Rehsfeld, Buttmanntstraße 20.
Wäscheschrank, nagelneu, modern
 39,00. Rehsfeld, Buttmanntstraße 20.
Chaiselongue, 21,25 Mark, Billig-
sofa, Umbauholz billig. Polstermöbel-
fabrik, Kallhausstraße 47, Fabrik-
gebäude. 23288*
Ottostraße 2, nahe der Lurms-
straße, im Laden, erhalten Sie
 solide gearbeitete Möbel jeder Art,
 wobei jede gewünschte Garantie über-
 nehmen, zu außergewöhnlich billigen
 Preisen. Solide Leuten gewöhnte
 Teilzahlung mit nur geringem Auf-
 schlag. Bei größerer Anzahlung auch
 ohne Aufschlag. Beschäftigung ohne
 Kaufmann erbeten. J. Richter.*
Möbelangebot! Sofa, Garni-
 turen, Kleiderstühle, Vertils, Büffels,
 Schreibtische, Spiegel, Beistellen,
 Küchenschrank, Pianino, ganze Ein-
 richtungen spottbillig, große Ge-
 legenheit, Kiefernaustrahl, 5 Stagen,
 Möbelverkauf, Neue Königstr. 5/6,
 Fahrgeldgebäude. Sonntags geöffnet.
 Teilzahlung gestattet. 24018*
Möbel ohne Geld bei ganz kleiner
 Anzahlung geben Wirksamkeit und
 einzelne Stücke auf Kredit unter
 äußerster Preisnotierung; auch Waren
 aller Art. Der ganze Laden läuft
 bei uns. Krawitzmann u. Co., Kopen-
 straße 4, Schlesischer Bahnhof. 16518*
Möbel-Rechner, Beutnantstraße 7,
 am Rosenhäger Tor, Wohnungsein-
 richtungen auf Kredit und gegen bar.
 Kiefernaustrahl. Studie und Küche
 Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne
 Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung
 an. Hervorragend schöne Muster in
 bunten Röhren. Bogen, Monats-
 oder vierteljährliche Raten nach Über-
 einkunft. Vorkauf auch nach auswärts.
 Vorkäufer dieses Interests erhält
 beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.*

Teilzahlung, Möbelleinrichtung,
 Studie und Küche 15 Mark. Ver-
 liehen gewogene Möbel spottbillig.
 Gebrauchte Möbel nehmen in Zahlung.
 Verolina, Kallhausstraße 49. 21518*
Küchenrichtung, fast neu,
 38 Mark. Moderne Küchen 55 Mark.
 Tischschrank, vorjährige Muster, sehr
 billig. Waschküchen, echt nup-
 baum furniert, 48 Mark. Eigene
 Werkstat. Weis, Große Frankfurter-
 straße 9. 23278*
Wahagnonwirtschaft, englische
 Bettstellen, auch einzeln. Kohn,
 Namlerstraße 14 III. 779*
2 Beistellen, Kleiderstühl, Tisch
 billig. Dudenarstraße 39, Seiten-
 straße IV. 744*
Wuschelbett mit Matratze, gut
 erhalten, verkauft billig. Weislich,
 Stromstraße 40. 767*
Nur kurze Zeit noch 30 Prozent
 billiger 100 Schlafzimmer, 75 Speise-
 zimmer, Herzzimmer, 150 Wohn-
 zimmer, 200 kleine Küchen, Kleider-
 schränke, Vertils, Beistellen, Na-
 tragen, Büffels, Sofa, Garnituren,
 enorme Auswahl. Dönnig, Kallhaus-
 straße 30, gegenüber Markthalle, auch
 Grünertweg 65. 2*
Auf Teilzahlung komplette Woh-
 nungseinrichtungen in einfacher und
 besserer Ausführung sowie einzelner
 Möbelstücke in lokaler Auswahl
 liefert bei billigen Preisen unter
 kulantesten Bedingungen Tischlermeister
 Kolte, Jöndischstraße 39. Kein
 Warenabzahlungsgehalt. Ständiges
 Lager kurze Zeit verlassen gewogene
 Möbel. 9185*
Möbel-Teilzahlung, Studie und
 Küche, schon bei 15 Mark Anzahlung.
 Einzelne Möbelstücke, wöchentlich eine
 Rente, verkauft Möbel-Wagenfabrik
 Große Frankfurterstraße 58. 22168*
Möbelfabrik, seit 1880 be-
 stehend, Oranienstraße 15, nahe
 dem Halleischen Tor, liefert Einrich-
 tungen von 150,— bis 10 000 Mark.
 Teilzahlung gestattet. Beamten ohne
 Anzahlung. Kleiderstühle, Vertils 20,
 Beistellen mit Federmatratze 24,
 bessere mit Patentmatratze 29, Speise-
 tische 6, Schreibtische mit Aufsatz 33,
 Umbauten, Nupbaumstücke 110,
 Bücherschänke 50, Nupbaum-Nacht-
 tische 14, englische Schränke 33, Stand-
 uhrten 60, komplette Schlafzimmer 180,
 eigene Speisezimmer 360, eigene
 Herzzimmer 260, moderne Wohn-
 zimmer 180, farbige Küchen 44 an,
 Garnituren und Sofa aus eigener
 Fabrik, sehr billig, zurückgegebene und
 verließen gewogene Möbel besonders
 preiswert. Kostlose Lieferung und
 Aufbenahrung. Sonntags geöffnet.
 Auf Hausnummer 15 achten. 22168*
Oranienstraße 15 nahe der Lurms-
 straße, im Laden, erhalten Sie
 solide gearbeitete Möbel jeder Art,
 wobei jede gewünschte Garantie über-
 nehmen, zu außergewöhnlich billigen
 Preisen. Solide Leuten gewöhnte
 Teilzahlung mit nur geringem Auf-
 schlag. Bei größerer Anzahlung auch
 ohne Aufschlag. Beschäftigung ohne
 Kaufmann erbeten. J. Richter.*
Zwei Zimmer Nupbaummöbel,
 Küchenschrank (schönartig), auch einzeln.
 Beutnantstraße 1b-2, Bauwalter.
Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad,
 einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumen-
 stränge 365. 21088*
Fahrrad, 25,00 und Kramm-
 schne (Holzgelte) verkauft Kraus, Andree-
 straße 54, II. 762/13*
Herrenfahrrad, Damenfahrrad
 gelonotbalber Große Frankfurter-
 straße 103, vorn IV. 732*

Pianino, wie neu, (Kofflerant)
 152 hoch, umfänglich 230,00,
 Kräger, Friedenstraße 2 (Königsstr.).
Klavierfabrik. Erwachsene
 Schnellmethode. Monatspreis 3,00,
 Klavierstühle frei. 30 Klaviere,
 Musikfabrik, Oranienstraße 147
 Kottbusplatz, Uniontheater. 50/1*

Möblierte Schlafstelle, Landgraf,
 Dresdenerstraße 111, vorn II. 7101

Mietsgesuche.
Junger Mann sucht zum 1. April
 kleines möbliertes Zimmer, Nähe
 Rittersgäßchen, Lichtberg. Preis-
 offeriert unter K. St. 86 Postamt 12.

Verschiedenes.
Eisholz, Komiter frei. Groß-
 straße 6. 9355*
Patentanwalt Weis, Tischler-
straße 9a.
Bestellungen (auch vorrätig).
 Weis, Große Frankfurterstraße 67.
Kunsthandwerk von Frau Kollsch,
 Schlichter, Kallhausstraße 8 III.
Patentanwalt Müller, Tischler-
straße 21. 19558*
Strohwasche, Palm, Reichen-
bergerstraße 60. 74*
Platinabfälle, Gramm 4,70,
 Labngelbe, Silber, Algold laut
 Bläuel, Auguststraße 19, III. 757*
Englische Unterziele (Gingel-
stunden und im Zickel) für Anfänger
 und Fortgeschrittene. Frau G.
 Simeon, Charlottenburg, Stuttgarter-
 platz 9, Gartenstraße III. 22358*
Kupfer, Messing, Platinabfälle
 Silberabfälle. Goldschmelze Weis
 Kallhausstraße 20a (gegenüber Ran-
 teufelstraße). 20658*
Schnelle und billige Erweitung
 und Verwertung von Patenten, Ge-
 brauchsmustern und Warenzeichen.
 Prospekt kostenlos. Thome u. Co.,
 Berlin SW. 48, Friedrichstr. 249.*
Kunsthandwerk Weis, Große
 Frankfurterstraße 67. 4115*
Märzhefte! Frau Kollsch,
 Kollsch, Glienickestraße 21, wärdi-
 gster Bettwäsche, Leinwand, vier
 Handtücher, vier Tischdecken, 0,10.
 Lieferung und Abholung Montags.*
Herrenzimmer, neu renoviert,
 mit Pianino zu vergeben. Kallhaus-
 straße 22. 711*
Herrenzimmer empfiehlt Alte
 Kallhausstraße 119. 10065*

Wohnungen.
Geräumige 2-Zimmerwohnung,
 35,00, Charlottenburg, Spandauer-
 berg 21. 4048*
Hofwohnungen, große Berliner
 Zimmer, Küche 20 und 22 Mark,
 sofort Grünauerstraße 3. 9645*

Zimmer.
Vorderzimmer, gut möbliert,
 Hennig, Rixdorf, Schubertstraße 5 I.
Zurimmer, möbliertes, ver-
mietet Schmal, Rantewitzstraße 60.
Möbliertes Zimmer, 1 oder 2
 Herren, vermietet Komack, Dres-
 denerstraße 107—108, vorn II.*
Möbliertes Zimmer, 1 oder 2
 Herren, Kallhausstr. 21, Kallhaus-
 straße 31a IV. 7101*
Möbliertes Zimmer, Gemü-
 Simeonstraße 29, vorn IV rechts.

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, Herren,
 Grünertweg 68, vorn I links. 732*
Möblierte Schlafstelle, Dresdener-
straße 38, vorn III. 7101*
Junger Mann findet Schlafstelle
 bei Hilde Kräger, Weidenweg 76.
Freundlich möblierte Schlafstelle,
 Kallhaus, Postenstraße 26, vorn III.
Möblierte Schlafstelle, 2 Herren,
 Kallhaus, Rantewitzstraße 33. 711*
Möblierte Schlafstelle für Herren
 vermietet Grund, Raumstraße 17,
 vorn I. 100045*
Schlafstelle für 2 Herren, Wasser-
 fortstraße 63, Hof II rechts. 7101*

Achtung! Holzarbeiter.
 Wegen Streit über Lohn-
 differenzen sind folgende:
 Riffenfabrik Pfingst, Eisen-
 straße 52.
 Holzfabrik Kollsch, Freese,
 Berlin-Niederischönhausen.
 Pianofabrik Ede Seelower
 Straße 6 (für Zusammen-
 setzer).
 Tischlerei Schneider, Wan-
 teufelstraße 59 und Kaufherr
 Straße 40 v. v.
 Tischlerei Konrad, in
 Hennigsdorf.
 Sämtliche Betriebe in Ham-
 burg und Umland.
 Das Berliner Arbeitswilligen-
 vermittlungsbureau b. geben
 Handwerkerzuschüsse.
 Die Erwerbsverwaltung Berlin des
 Deutsch. Holzarbeiterverbandes.
Achtung! Möbellackierer!
 Zur Vereinbarung beträgt
 der Stundenlohn 70 Pf. für
 Möbellackierer.
 Die Firma E. Richter, Linden-
 straße 99, 128/19
 ist gelderr!
 Die Ortsverwaltung Berlin
 des Verbandes der Maler, Lackierer,
 Anstreicher usw.

Möblierte Schlafstelle, Landgraf,
 Dresdenerstraße 111, vorn II. 7101

Mietsgesuche.
Junger Mann sucht zum 1. April
 kleines möbliertes Zimmer, Nähe
 Rittersgäßchen, Lichtberg. Preis-
 offeriert unter K. St. 86 Postamt 12.

Verschiedenes.
Eisholz, Komiter frei. Groß-
 straße 6. 9355*
Patentanwalt Weis, Tischler-
straße 9a.
Bestellungen (auch vorrätig).
 Weis, Große Frankfurterstraße 67.
Kunsthandwerk von Frau Kollsch,
 Schlichter, Kallhausstraße 8 III.
Patentanwalt Müller, Tischler-
straße 21. 19558*
Strohwasche, Palm, Reichen-
bergerstraße 60. 74*
Platinabfälle, Gramm 4,70,
 Labngelbe, Silber, Algold laut
 Bläuel, Auguststraße 19, III. 757*
Englische Unterziele (Gingel-
stunden und im Zickel) für Anfänger
 und Fortgeschrittene. Frau G.
 Simeon, Charlottenburg, Stuttgarter-
 platz 9, Gartenstraße III. 22358*
Kupfer, Messing, Platinabfälle
 Silberabfälle. Goldschmelze Weis
 Kallhausstraße 20a (gegenüber Ran-
 teufelstraße). 20658*
Schnelle und billige Erweitung
 und Verwertung von Patenten, Ge-
 brauchsmustern und Warenzeichen.
 Prospekt kostenlos. Thome u. Co.,
 Berlin SW. 48, Friedrichstr. 249.*
Kunsthandwerk Weis, Große
 Frankfurterstraße 67. 4115*
Märzhefte! Frau Kollsch,
 Kollsch, Glienickestraße 21, wärdi-
 gster Bettwäsche, Leinwand, vier
 Handtücher, vier Tischdecken, 0,10.
 Lieferung und Abholung Montags.*
Herrenzimmer, neu renoviert,
 mit Pianino zu vergeben. Kallhaus-
 straße 22. 711*
Herrenzimmer empfiehlt Alte
 Kallhausstraße 119. 10065*

Wohnungen.
Geräumige 2-Zimmerwohnung,
 35,00, Charlottenburg, Spandauer-
 berg 21. 4048*
Hofwohnungen, große Berliner
 Zimmer, Küche 20 und 22 Mark,
 sofort Grünauerstraße 3. 9645*

Zimmer.
Vorderzimmer, gut möbliert,
 Hennig, Rixdorf, Schubertstraße 5 I.
Zurimmer, möbliertes, ver-
mietet Schmal, Rantewitzstraße 60.
Möbliertes Zimmer, 1 oder 2
 Herren, vermietet Komack, Dres-
 denerstraße 107—108, vorn II.*
Möbliertes Zimmer, 1 oder 2
 Herren, Kallhausstr. 21, Kallhaus-
 straße 31a IV. 7101*
Möbliertes Zimmer, Gemü-
 Simeonstraße 29, vorn IV rechts.

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, Herren,
 Grünertweg 68, vorn I links. 732*
Möblierte Schlafstelle, Dresdener-
straße 38, vorn III. 7101*
Junger Mann findet Schlafstelle
 bei Hilde Kräger, Weidenweg 76.
Freundlich möblierte Schlafstelle,
 Kallhaus, Postenstraße 26, vorn III.
Möblierte Schlafstelle, 2 Herren,
 Kallhaus, Rantewitzstraße 33. 711*
Möblierte Schlafstelle für Herren
 vermietet Grund, Raumstraße 17,
 vorn I. 100045*
Schlafstelle für 2 Herren, Wasser-
 fortstraße 63, Hof II rechts. 7101*

Achtung! Holzarbeiter.
 Wegen Streit über Lohn-
 differenzen sind folgende:
 Riffenfabrik Pfingst, Eisen-
 straße 52.
 Holzfabrik Kollsch, Freese,
 Berlin-Niederischönhausen.
 Pianofabrik Ede Seelower
 Straße 6 (für Zusammen-
 setzer).
 Tischlerei Schneider, Wan-
 teufelstraße 59 und Kaufherr
 Straße 40 v. v.
 Tischlerei Konrad, in
 Hennigsdorf.
 Sämtliche Betriebe in Ham-
 burg und Umland.
 Das Berliner Arbeitswilligen-
 vermittlungsbureau b. geben
 Handwerkerzuschüsse.
 Die Erwerbsverwaltung Berlin des
 Deutsch. Holzarbeiterverbandes.
Achtung! Möbellackierer!
 Zur Vereinbarung beträgt
 der Stundenlohn 70 Pf. für
 Möbellackierer.
 Die Firma E. Richter, Linden-
 straße 99, 128/19
 ist gelderr!
 Die Ortsverwaltung Berlin
 des Verbandes der Maler, Lackierer,
 Anstreicher usw.

Partei-Angelegenheiten.

Birkenwerder. Heute, Freitag, Extra-Jahlabend. Tagesordnung: Die Gemeinderatswahlen und die Vorarbeiten dazu. Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei Feuerstad, Hauptstraße: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Die Wählervereine in unserer Gemeinde und die bevorstehende Gemeinderatswahl. Referent: Stadtverordneter Brühl-Lichtenberg.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

vollzogen gestern die Oberbürgermeisterwahl und zwei Stadtratswahlen. Es gab dabei keine Aufregung, denn die Ergebnisse standen im voraus fest. Nur durch ein paar weiße Fettel wurde dem wiedergewählten Oberbürgermeister Kirchner und den neuen Stadträten Hamburger und Franz die Freude des „Siegess“ ein wenig getrübt.

Die Zuhörerschaft, die die Tribüne füllte, war gewiß zum größten Teil nicht durch ein Interesse für den Ausgang dieser Wahlen herbeigekommen, sondern durch die Erwartung einer großen Debatte über die Löhne der Gemeindearbeiter. Ueber die vielbesprochene Revision der Löhne ist infolge der Vorlage, die der Magistrat den Stadtverordneten im vorigen Jahr gemacht hatte, noch in einem Ausschuss lange verhandelt worden. Das praktische Ergebnis ist dürftig, da die Freisinnigen die ihnen unangenehmen Anträge der Sozialdemokraten glatt abgelehnt haben. Gestern stellte das Genosse Hinge fest in seiner die Debatte eröffnenden Rede, die noch einmal die ganze Frage beleuchtete, noch einmal die Wünsche und Klagen der Gemeindeglieder vortrug und die aufs neue von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge zur Annahme empfahl. Unser Redner legte dar, daß die Stadt Berlin allen Anlaß hat, mehr für ihre Arbeiter zu tun, schon mit Rücksicht auf die Lebensmittelsteuerung durch die Finanzreform, im Hinblick aber auch auf das von einigen Vorortgemeinden wie von der Privatindustrie gegebene bessere Beispiel. Nach Hinge sprach der Stadtverordnete Goldschmidt, der bei solchen Gelegenheiten in bekannter Manier den freisinnigen „Arbeiterfreund“ spielt. Er zog, wie gewöhnlich, die Debatte auf das Niveau herab, das ihm geläufig ist: er rempelte die Sozialdemokraten an. Als unfreiwilliger Komiker produzierte sich wieder einmal der Stadtverordnete Rettig. Mit seiner Erzählung eines Falles, bei dem die Arbeiter selber keine höheren Löhne haben wollten, entseffelte er die Heiterkeit der Tribüne. Eine schärfere Tonart schlug Genosse Reid an, der die angelegentlichste Abweisung unserer Anträge als ein „Arbeitszeugnis“ für Berlin bezeichneter. Zur Frage der Behandlung der Gemeindeglieder durch ihre Vorgesetzten wies Reid besonders auf die Sonderstellung der Straßenreinigungsbetriebe hin, gegen die noch immer der „Kasernenputzer“ als zulässig gilt. Die Mahnung unseres Redners an die Gemeindeglieder, sich auf ihre Pflicht des Anschlusses an die Organisation zu besinnen, wird hoffentlich ihre Wirkung tun. Für den Magistrat ver sprach Stadtrat Fischbeck — ja, was denn? Der Magistrat werde sich dem nicht widersetzen, was „nötig“ sei. Was der Magistrat für „nötig“ hält, Herr Goldschmidts Schwach wurde von unserem Genossen Stadthagen kurz und bündig widerlegt. In seiner Antwort legte Herr Goldschmidt — unfreiwillig, aber unzweideutig — das Geständnis ab, daß der Berliner Gemeindefreisinn in seiner Stellungnahme zu den Wünschen der Gemeindeglieder sich von Parteihab gegen die Sozialdemokratie beeinflussen läßt. Nach einer Erwiderung des Genossen Hinge auf Stadtrat Fischbecks Ausführungen befandete noch Stadtverordnete Nathan seine „Arbeiterfreundlichkeit“, in Worten wenigstens. Bei der Abstimmung hielt auch er es mit der freisinnigen Mehrheit, die alle Anträge unserer Fraktion ablehnte. Die Beschlüsse des Ausschusses bezüglich Urlaubsgewährung, Lohnstarif, Arbeiterausschüsse wurden angenommen. Nun wird der Magistrat unter Herrn Fischbecks verständnisvoller Führung zu prüfen haben, was „nötig“ ist.

Zur Luftbarkeitssteuer.

Die Protestbewegung gegen die Luftbarkeitssteuer macht manchem Stadtvater nicht unerhebliche Kopfschmerzen. Aus allen Kreisen der Interessenten regnet es förmlich Proteste. Der Verband der Berliner Bühnenleiter richtet an den Stadtkammerer Steiniger einen offenen Brief, in dem nachgewiesen wird, daß die Luftbarkeitssteuer jährlich 4 1/2 bis 5 Millionen Mark betragen dürfte, um welche Summe die Veranstalter von Luftbarkeiten geschädigt werden sollten, eine Last, die gar nicht getragen werden könne. Auch die Vorherrschafft der Singakademie protestiert gegen die Steuer, weil sie die erste Kunst besteuere. Ueberhaupt wird ganz offen der Vorwurf erhoben, daß die Stadt Berlin für Theater und Kunst nichts leiste, aber von diesen Instituten Steuern erheben wolle. In anderen Städten, in denen Luftbarkeitssteuern erhoben werden, zahlen diese Städte an Theater Subventionen; das ist in Berlin aber nicht der Fall, und deshalb ist es doppelt Unrecht, die Theater zu besteuern.

Unsere Kommunalfreisinnigen im Roten Hause, die für die Steuer sind und auch den Ertrag derselben schon in den Etat eingestellt haben, wird ob der tiefgehenden Unzufriedenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung roch länglich zumute, und sie fürchten sich selber vor einer Entscheidung. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es zu verstehen, daß der Führer der großen Fraktion im Rathause folgenden Antrag stellen will:

„Die Versammlung beschließt, die Verhandlung über die Steuer so lange auszuheben, bis eine Erklärung der königlichen Theater vorliegt, wonach diese sich der Steuer unterwerfen.“

Dieser Antrag bedeutet ein Ausweichen vor der endgültigen Beschlußfassung. Man will nicht Farbe bekennen. Das aber verlangen die Interessenten. Das Theater- und Musikgewerbe ist lange genug durch das Steuerprojekt beunruhigt worden. Die königlichen Theater werden sich in acht nehmen, freiwillig zu zahlen; sie haben aber keinen Anlaß, eine solche Erklärung offiziell abzugeben, und die Stadtverordnetenversammlung hat auch keine Mittel,

eine Erklärung herbeizuführen. Damit würde aber die Ungewißheit eine ständige werden. Die Geschäftsleute, die von der Steuer getroffen werden, wissen nicht, wie sie sich in Zukunft einrichten sollen bei ihren Abmachungen mit bestimmten Veranstaltern von Luftbarkeiten; sie verlangen Klarheit. Der Antrag Gassel aber bedeutet eine Verschleppung derselben auf unbestimmte Zeit. Anscheinend ist der Antragsteller seiner Mannen nicht mehr so ganz sicher.

Auch wenn die königlichen Theater wirklich erklären sollten, der Steuer sich freiwillig zu unterwerfen, wird die Luftbarkeitssteuer nicht sympathischer und auch nicht besser. Es wird die höchste Zeit, daß dieses Steuermonster endlich in die Wollschucht geworfen wird.

Verbesserungen im Berliner Verkehr am 1. April. Im Berliner Verkehr bringt der 1. April vor allem die Eröffnung einer neuen Automobil-Omnibuslinie und einer neuen Omnibusverbindung mit Verdien. Die bisherige Pferdelinie 2, Wedding-Spittelmarkt, erhält Automobilbetrieb. Sie geht von der Schulstraße über den Kettelsch. und Weddingplatz, durch die Chaussee, Friedrichs-, Georgen- und Charlottenstraße, über den Gendarmenmarkt, Gaudogeplatz, die Niederwall, Kleine Jäger- und Kurstraße zum Spittelmarkt. Die ganze Strecke kostet 15 Pf. Teilstrecken zu 10 Pf. werden Reinickendorfer Straße-Weidenhammer Brücke, Kettelschlag-Bahnhof Friedrichstraße, Weddingplatz-Unter den Linden, Liesenstraße-Gaudogeplatz und Invalidenstrasse-Spittelmarkt. Eine neue Omnibusverbindung wird zwischen dem Potsdamer, Anhalter und Schlesischen Bahnhof, sowie dem Valtenplatz eingerichtet. Die Linie 18, Potsdamer Ringbahnhof-Schlesischer Bahnhof wird von hier durch die Kropfen-, Madai-, Frucht- und Königsberger Straße sowie den Weidenweg bis zum Valtenplatz verlängert. Teilstrecken zu 5 Pf. sind Valtenplatz-Schlesischer Bahnhof, Frankfurter Allee-Königsberger Brücke, Köpenicker Platz-Brückenstraße, Schlesischer Bahnhof-Neue Köpenicker Brücke-Kommandantenstraße, Michaelstraße-Jerusalemmer Kirche, Brückenstraße-Friedrichstraße, Neue Köpenicker Brücke-Anhalter Bahnhof, Oranienstraße-Potsdamer Bahnhof.

Von Pontius zu Pilatus geschickt wurde dieser Tage ein armer Teufel, der seine Invalidenrente erheben wollte. Der Arbeiter B. befand sich vom 1. Januar 1909 bis 27. Dezember 1910 in Daldorf. Nach seiner Entlassung ging er nach Stettin. Da B. invalid war, war ihm eine kleine Rente zugesprochen worden, auf die aber die Armenverwaltung Beschlag gelegt hatte. Anfang dieses Jahres erhielt B. auf seine Anfrage von der hiesigen Armenverwaltung unterm 24. Februar den Bescheid, daß sie keinen Anspruch mehr auf die Rente erhebe, und daß B. vom 1. Februar dieses Jahres ab seine Rente erheben könnte. In der Antwort war auch gleich das Kennzeichen angegeben, unter welchem die Rente bei der hiesigen Landesversicherungsanstalt geführt wurde. B. schreibt nun an die Landesversicherung. Diese erklärt, Zahlung erst leisten zu wollen, wenn B. ein ärztliches Gutachten einsende, das seine Geschäftsfähigkeit feststelle. Dem kommt B. nach; er geht in Stettin zu einem Arzt und läßt sich untersuchen. Der Arzt rät ihm außerdem noch, doch selber hierherzufahren, um die Sache persönlich zu erledigen. Das tut B. Er geht nach der Landesversicherung; dort antwortet man ihm, das Gutachten sei noch nicht eingetroffen, eher aber könne er kein Geld erhalten. Er geht nach der Armenverwaltung und möchte eine Unterstützung haben, da er doch leben müsse. Das wird abgelehnt, weil B. doch Rente erhalte. Diese Auskunft befriedigt aber den Hunger B.'s nicht. Er ersucht um Herausgabe seiner Invalidenkarte, damit er etwas verdienen könne. Man antwortet ihm, das gehe nicht, denn die Karte ist an die Landesversicherung gefandt. Und so wurde der arme Teufel, der für mehrere Monate Geld zu bekommen hat, von Pontius zu Pilatus geschickt, ohne auch nur soviel zu bekommen, um sich ein Stück Brot kaufen zu können. Stehlen soll er nicht, betteln wird auch bestraft. Was soll ein solcher armer Teufel eigentlich machen, um ehlich zu bleiben? Einstweilen ist er ins Obdach gegangen. Das gewährt aber nur für die Nacht Unterkommen. Wir leben wirklich in der besten der Welten!

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch auf dem Rangierbahnhof Rummelsburg. Der 43jährige Lokomotivführer Julius Fuhrmann hatte einen Güterzug von Frankfurt a. O. nach Berlin geführt, der nach der Station Rummelsburg geleitet wurde, um rangiert zu werden. Als der Zug ein Gleis passierte, das dicht neben der Lohrerampe für Kohlen liegt, beugte sich der Beamte seitlich aus der Maschine heraus und blickte nach der Fahrtrichtung entgegengekehrten Richtung, um sich davon zu überzeugen, daß eine Weiche, die er dann rückwärtsfahrend zu kreuzen hatte, auch richtig gestellt war. Dabei lehnte sich B. zu weit hinaus und stieß gegen den Pfeiler I der Rampe, der ihm das rechte Ohr wegriß. Erschrockt und vor Schmerzen beugte sich der Lokomotivführer unwillkürlich noch weiter hinaus und stieß infolgedessen mit dem Kopf so heftig gegen den Pfeiler II, daß ihm die Schädelkapsel zertrümmert wurde und er tot zu Boden stürzte. Der Heizer, der erst jetzt auf den Unfall aufmerksam wurde, brachte sofort den Zug zum Stehen und holte den Bahnarzt herbei, der jedoch nur den Tod feststellen konnte. Die Leiche des bedauernswerten Beamten wurde zunächst in der Werkmeisterei aufgebahrt und wird dann nach Frankfurt a. O., wo Fuhrmann wohnte, übergeführt werden.

Plötzlicher Tod. Der 59 Jahre alte Schuhmacher Franz Kauer aus der Koloniestr. 34 wurde Mittwoch nachmittags, um 3 Uhr, vor dem Hause Kalmöer Straße hilflos aufgefunden und von einem Schuhmann nach der Rettungswache in der Gaudystraße gebracht. Dort konnte der Arzt nur noch feststellen, daß er unterdessen schon gestorben war, vermutlich an einem Schlaganfall. — Der 53 Jahre alte Hausdiener Johann Garzla aus der Buttamerstraße 14 trank gestern abend in einer Wirtshaus in der Jägerstr. 68, am Schöntisch stehend, zwei Glas Bier, fiel plötzlich um und starb schon nach fünf Minuten. Ein Arzt, der gleich gerufen wurde, konnte ihm nicht mehr helfen.

Geschädigt sind in letzter Zeit verschiedene Inhaber von Hut- und Schirmgeschäften durch zwei Schwindler, die sich durch die Verkaufserlöse Plüte und Schirme vorlegen lassen. Einer deckt immer den anderen. Während die Verkäuferin um Vorlage anderer Schirme ersucht und in Bewegung gehalten wird, läßt der eine Schwindler unter seinem Mäntel Schirme verschwinden. Natürlich finden die „Gentlemen“ nichts und entfernen sich unter dem Vorwange, wieder zu kommen. Mit Hüten wird der gleiche Schwindel derührt. Die Vurschen suchen sich Ladengeschäfte aus, in denen nur eine Person bedient. Kürzlich sind einige Geschäfte in der Schönhauser Allee heimgesucht worden.

In der Jungferneide erschossen hat sich der 20 Jahre alte Schlosser Oswald Höppl aus Alt Moabit 43. Der junge Mann litt seit einiger Zeit an den Nerven und fürchtete geisteskrank zu werden. In einem Anfall ging er nach der Jungferneide hinaus, schloß sich eine Kugel in die rechte Schläge und brach zusammen. Als man ihn aufsand, war er schon tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt und sichergestellt. Neben ihr lag der Revolver, dessen Trommel noch zwei schärfe Patronen enthielt.

Einbrecher im Totenzimmer. Ein Einbruchdiebstahl ist auf dem Wedding verübt worden. Der 61 Jahre alte Invalid Friedrich Rogge, Gottscheestr. 11, starb am Mittwoch plötzlich an einem Herzschlag. Die Leiche wurde im Zimmer aufgebahrt und während gestern abend die Ehefrau fortging, um die nötigen Gänge für die bevorstehende Beisetzung zu besorgen, drangen Einbrecher in die Wohnung ein. Ohne Rücksicht auf den Toten durchwühlten die Verbrecher sämtliche Behälter nach Geld und Wertgegenständen. Für etwa 250 Mark erbeutete die Bande Goldsachen. Auch einen größeren Posten Wäsche schleppte sie fort.

Ein Säuresprayer treibt wieder einmal im Tiergarten sein Unwesen. Der gefährliche Bursche macht sich an elegant gekleidete Fußgängerinnen heran und begiebt deren Toilette mit einwirkenden Flüssigkeit. Die Kleider werden dadurch total vernichtet. Der Unhold dürfte etwa 40 Jahre alt sein.

Von einem sprechenden Hunde berichteten dieser Tage hiesige Zeitungen. Der Direktor des Zoologischen Gartens in Hamburg, Professor Dr. Wisfeler, stellte Vertretern der Berliner Presse im Hotel Bellevue dieses Wundertier vor. Auch wir gingen zu der Vorstellung, müssen aber gestehen, daß wir nicht besonders überzeugt worden sind. Dem Hunde wird nachgerühmt, daß er acht Worte spreche. Auch wenn man berücksichtigt, daß der Klang der Stimme nicht die eines Menschen sein kann, schon wegen der ganzen Bauart des Kehlkopfes und des Raues des Hundes, so gehörte doch sehr viel guter Wille und der vorher zur Kenntnis der Anwesenden gebrachte Kolabelschuß des sprechenden Hundes dazu, um auf die Frage: Wie heißt Du? die Antwort „Don“ zu hören und ferner auf die Fragen: Was hast Du? oder: Was bittest Du Dir aus? die Antworten „Hunger“, „Auchen“, „haben“ oder „Kute“ zu verstehen. Eine Anzahl Anwesender glaubten in der Tat ein kinderlauten ähnliches Sprechen herauszuhören. Natürlich äußert sich „Don“ nur so, wenn ihm in Gesellschaft von Lederbessenen Belohnung winkt; man sieht es dem Hunde an, daß ihm sein „Sprechen“ gut bekommt. Der Herr Professor erzählte bei der Gelegenheit, daß „Don“ in Hamburg vor 12 000 Personen vorgeführt worden sei und daß nur drei Personen erklärt hätten, den Hund nicht verstanden zu haben.

Ein schwerer Straßensunfall ereignete sich gestern nachmittags kurz nach 4 Uhr in der Link-, Ecke der Potsdamer Straße. Ein anscheinend dem Kaufmannstande angehörender etwa 45 Jahre alter Mann wurde beim Verlassen eines Straßensahnwagens von einem Omnibus der Automobillinie Schönberg-Alexanderplatz überfahren und so schwer verletzt, daß er beschlagnahmt auf dem Straßenspitals liegen blieb. Im Elisabethkrankenhaus, wohin man den Verunglückten transportierte, konnte nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden.

Der Gesangsverein Sängerbildung I Süd-Ost veranstaltet am Sonntag, den 2. April, ein Frühlingskonzert in der Brauerei Friedrichshain.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beriet am Mittwoch in erster Lesung die Vorlage betr. Maßregeln zur Bekämpfung der Folgen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Es handelt sich hierbei eigentlich um zwei Vorlagen, von denen die eine die Gewährung eines Zuschusses an solche Arbeiter vorsieht, die bereits bei einer Gewerkschaft oder sonst wo gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, während die andere die Gründung einer städtischen Arbeitslosenversicherungskasse bezweckt, aus der auch Nichtorganisierte oder solche Arbeitslose unterstützt werden sollen, die nicht in der Lage sind, ein Sparplankontingent anzulegen.

Als Referent beantragte Stadtdr. Vandsberger (lib.), der sich trotz mancher Bedenken der Vorlage sympathisch gegenüberstellte. Ueberweisung an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Stadtdr. Dr. Stadthagen (unpol.) erhob namens seiner Freunde eine Reihe grundsätzlicher Bedenken. Er man wieder sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Arbeiter treffe, sollte man deren Gedanken, die außerhalb der Arbeiterklasse schwer unter den sozialen Verhältnissen zu leiden haben und nicht der Versicherungs-geldgebung des Reiches unterstehen. Er verkenne keineswegs die großen Verdienste der Gemeinden um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aber er halte es doch für bedenklich, den freien Gewerkschaften eine Unterstützung zu gewähren; sie würden dann Mittel für andere Zwecke frei behalten, und auf die ausstehenden Arbeiter würde ein Anreiz ausgeübt, diesen „politischen“ Vereinen beizutreten. Dätten wir rein unpolitische Gewerkschaften, dann wäre das etwas anderes. Am besten sei es, die Lösung der Frage dem Zweckverbande Groß-Berlin zu überlassen. Redner beantragte, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß den Gemeinden gesetzlich das Recht verliehen werde, Zwangsarbeitslosen-lassen zu errichten. Erst wenn man die Parteien der bestehenden Arbeiterkassen gemindert habe, solle man an den weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge denken.

Stadtdr. Zietz (Soz.) erwiderte dem Vorredner, daß seine Rede auf den Grundton der konservativen Reden gestimmt war, daß das Unternehmertum unter dem Druck der jetzigen starken sozialpolitischen Lasten nicht mehr aufatmen könne und daß besonders das kleine Unternehmertum dadurch geschädigt werde. Auch der Einwand, man müsse Rücksicht auf das übrige Groß-Berlin nehmen, sei nicht neu, er sei aber bereits durch die Denkschrift von Professor Jastrow widerlegt, worin es heißt: „Wenn eine Gemeinde von der Wichtigkeit einer sozialen Einrichtung überzeugt ist und die Notwendigkeit dafür spricht, dann soll sie sich nicht durch andere Gemeinden hemmen lassen, sondern mit gutem Beispiel dahingehend vorangehen.“ Es sei bedauerlich, daß Charlottenburg sich von Schöneberg habe überholen lassen. Was die Vorlage selbst betreffe, so könnten sich seine Freunde nicht von dem Gedanken frei machen, daß hier mit der Absicht, einen Schritt vorwärts auf sozialem Gebiete zu tun, sofort eine gewisse Kengstlichkeit und Furcht verbunden sei. Das ergebe sich aus der ganz unglücklichen Verkopplung der beiden Vorlagen, die nur gemeinsam in Kraft treten sollen. Man wolle etwas tun, man wolle den Forderungen der Zeit Rechnung tragen, aber man möchte den Arbeiterorganisationen dadurch keine Vorteile verschaffen; man fürchte, daß man den freien Gewerkschaften das Rückgrat steife in den wirtschaftlichen Kämpfen mit den Unternehmern. Entschieden verwahren müsse er sich gegen den Vorschlag des Stadtdr. Stadthagen, der den Arbeitsnachweis bemitleiden wolle, um den Agariern billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Wenn man sage, der zweite Entwurf sei nötig, um die Parität zu wahren, so weise er darauf hin, daß die Parität zugunsten der organisierten Arbeiter auf das erheblichste verlegt sei. Schöneberg habe Charlottenburg mit seiner Arbeitslosenversicherung nicht nur zeitlich, sondern auch inhaltlich überholt. Wir müßten Gewicht auf eine mögliche Gleichheit unserer Vorlage mit der Schöneberger legen, weil wir ja bestrebt sind, die Arbeitslosenunterstützung für Groß-Berlin zu verallgemeinern. In dieser Verallgemeinerung aber komme man um so leichter, je übereinstimmender in ihren Grundtendenzen die Arbeitslosenunterstützungsordnungen der einzelnen Städte sind. Bei aller Kritik erkenne er an, daß wenn die Vorlage Dr. Zietz wird, ein wesentlicher Schritt auf dem Gebiet kommunaler Sozialpolitik in Charlottenburg getan sei. Die Vorlage bringe wenigstens die Anerkennung des Prinzips, um das die Sozialdemokratie Jahre lang gerungen habe. Auch hier habe sich wieder bewiesen, daß das Gute sich Bahn bricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Dr. Spiegel bemerkte, von einer Angst des Magistrats vor dem, was er zu tun im Begriff sei, könne nicht die Rede

seht. Der Magistrat wolle aber vermeiden, daß die Koalitionsfreiheit mit Unterstützung der städtischen Steuerzahler zu einem Koalitionszwange wird. Deshalb müsse die Möglichkeit, sich zu versichern, auch für die Nichtorganisierten geschaffen werden. Daß die Parität zumungunsten der Organisierten verlegt wird, könne er nicht anerkennen. Das stimme schon deshalb nicht, weil den Organisierten die Möglichkeit gegeben ist, außer in ihrer Gewerkschaft sich auch noch in der Zuzugsliste zu versichern.

Stadt. Richter (Soz.) drückte seine Freude über die Anerkennung der Tätigkeit der Gewerkschaften aus. Das berechtige ihn zu der Hoffnung, daß die Vorlage eine Ausgestaltung erhalte, die einen wirklichen Fortschritt in sozialpolitischer Hinsicht bedeutet.

Darauf wurde die Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern übergeben, denen als Vertreter der Sozialdemokratie Fietzsch und Richter angehören.

Schöneberg.

Wahlvereinsversammlung. Die kürzlich vom Kreisrat und vom Zentrum bekannt gewordene Parole zur Vermeidung falscher Stichwahlen fand in einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Genossen Lehmann-Biedobien über: „Die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie“ treffende Widerlegung. Nach Charakterisierung der bürgerlichen Parteien und der Gegenfrage, welche die Sozialdemokratie von denselben trennt, resümierte der Redner unter Beifall dahin, daß unsere Partei immer grundsätzliche, keine Mandatspolitik treiben werde.

Bei der Besprechung über den Raiffeisenfonds hielt die Versammlung den bestehenden Zustand aufrecht, indem die Resolution des Zentralvorstandes Ablehnung fand. — Einer Montagsausgabe des „Vortrags“ wurde nur mit der Maßgabe zugestimmt, daß keine Erhöhung des Bezugspreises eintreten dürfe. — Die Vertreter zur letzten Verbands-Generalversammlung wurden zum 9. April wieder delegiert.

Die für den Kreis Teltow-Beehlow bei wichtigen Angelegenheiten, namentlich Vertragserhöhung, beantragte Urabstimmung wurde angenommen.

Willetis für die Theateraufführung „Basenluft“ am 8. April in der „Schloßbrauerei“, sind, wie mitgeteilt wurde, vom 1. April ab nur noch beim Genossen Herter, Grunewaldstr. 30, erhältlich. — Am ersten Osterfesttag veranstaltet der Wahlverein in den „Neuen Rathauskellern“ einen humoristischen Abend.

Groß-Lichterfelde.

Bei der Gemeinde-Erwahl im westlichen Bezirk am Mittwoch ist unser Kandidat den vereinigten bürgerlichen Parteien mit 51 Stimmen unterlegen. Für die Sozialdemokratie wurden abgegeben 396, für die Gegner 647 Stimmen. Alles, was an abhängigen Arbeitern und Beamten in der Kadettenanstalt, dem Kreis-Krankenhaus und dem botanischen Garten aufzutreiben war — und diese Zahl ist nicht gering — wurde von den Gegnern herangezogen. Trotzdem haben sie gegen die letzte Wahl circa 260 Stimmen abgeben, während die sozialdemokratischen um gerade hundert gestiegen sind.

Kammersdorf bei Storkow.

Zum ersten Male gelang es am letzten Sonntag auch hier in dem für uns frei gewordenen Lokal von H. Helling eine Versammlung abzuhalten. Die Versammlung war aus den umliegenden Orten außerordentlich gut besucht. Auch mehrere Frauen waren zugegen. In feierlicher, recht verständlicher Weise wußte Genosse Störmer den Anwesenden vor Augen zu führen, wie alle Lasten und Pflichten im Staate der arbeitenden Bevölkerung aufgebürdet werden, wie aber derselbe Staat trotzdem der Arbeiterschaft keine ureigensten Rechte vorenthält. Reicher Beifall lohnte dem Redner. In der folgenden Diskussion wurde namentlich auf die örtlichen Verhältnisse Bezug genommen. Unter anderem führte einer der Redner an, daß seinem alten arbeitsunfähigen Vater die Unfallrente von 5,40 M. auf 4.— M. gekürzt wurde, weil der Unfall schon längere Zeit zurückliegt und sich der Verletzte an seinen Zustand gewöhnt habe. Auch einige krasse Steuerfälle wurden zur Sprache gebracht. Die Stimmung in der Versammlung war für uns außerst günstig, so daß es uns bei unablässiger Agitation auch in dieser Gegend gelingen dürfte, bei der nächsten Wahl erhebliche Stimmenresultate zu erzielen.

Reinickendorf.

Von einem bissigen Hunde über angegriffen wurden vorgestern abends in der Königs-Allee zwei 16jährige Lehrlinge. Als sie ruhig die Straße entlang gingen, wurden sie plötzlich von einem großen Dogge angefallen, gegen die sie sich vergeblich zu wehren suchten. Beide Jungs erlitten mehrere tiefe Wunden an den Beinen und mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Erst als Strassenpassanten hinzukamen, gelang es, das wütende Tier zu beschützen. Der Eigentümer des bissigen Hundes ist noch nicht ermittelt worden.

Hankow.

Die Beerdigung des verstorbenen ehemaligen Gemeindevorstandes, des Gastwirts Genossen Winkler, findet heute nachmittag 3 Uhr nicht, wie gestern im Infanterieklub bekannt gemacht war, von der Reichenhölle, sondern vom Trauerhause aus statt.

Nowawes.

Wie die Kirche Häuser baut. Das neue Pfarrhaus der Weißhennkirchgemeinde, welches im Sommer vorigen Jahres fertiggestellt und vom Pfarrer Schmal bezogen wurde, hat nach dem Jahresbericht dieser Gemeinde die Summe von 43.000 M. erfordert. Dazu hat die politische Gemeinde allein 15.000 M. beigetragen, während die Kirchengemeinde aus ihren Mitteln 17.000 M. aufbrachte. Den Rest von 11.000 M. leistet die königliche Regierung in Potsdam als Patronatsbeitrag. Das ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Kirche den Mammon nimmt, wo sie ihn bekommen kann, unbestimmt darum, ob er von ihren Gläubigen stammt oder von Ungläubigen. Dabei sagt der Bericht, daß die Kirchensteuer im Etatsjahr 1909 16.461,80 M. ergeben habe. — Die zunehmende Gleichgültigkeit mancher Eltern gegenüber der Taufe ihrer Kinder scheint den Kirche schwerenummer zu bereiten und sie fragt daher besorgt: „Was soll aus der Erziehung der Kinder werden, wenn die Taufe veräußert oder gar verachtet wird?“ — Der fortschreitenden Austrittsbewegung wird gleichfalls Erwähnung getan und mit Verbauern konstatiert, daß im Berichtsjahre wiederum sechzehn Personen aus der Landeskirche ausgetreten sind, darunter sechs Frauen. Hoffentlich ist die Zahl im nächsten Jahre noch etwas größer! — Für die ihrer Obhut unterliegenden Vereine, z. B. die christlichen Jugendvereine für Jünglinge und Mädchen, bittet die Kirchengemeinde um besondere Unterstützung, „da heutzutage auch von den Gegnern der Kirche und des Staates die Jugend beiderlei Geschlechts gelammelt und in unchristlichem und staatsfeindlichem Geiste erzogen wird“.

Das Drohschuldenwesen wird nach einem Beschluß der Gemeindevertretung der Aufsicht des Amtsvorstehers von Klein-Glienicke unterstellt. Die Drohschuldbesitzer waren dahin vorstellig geworden, die Grundtage zu erhöhen und den Eintritt der Nachtage auf eine frühere Abendstunde zu verlegen. Die Gemeindevertretung stimmte analog einem Beschluß der Klein-Glienicke Gemeinde nur für die letztere Forderung.

Gerichts-Zeitung.

Polizeihauptstadt.

Das Landgericht III hatte gestern das Urteil des Amtsgerichts Lichtenberg nachzuprüfen, das den Mechaniker Schwenk des tätlichen Angriffs auf einen Polizisten schuldig gesprochen und ihn zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt hatte. Genosse Schwenk soll am 2. September 1910 in Lichtenberg in jener Versammlung, aus der der vorliegende Schriftsteller Graf durch die Polizei weggeführt wurde, den Polizeiwachmeister Verresheim angefaßt und festgehalten haben.

Dem Genossen Graf war die Abhaltung von Vortragskursen für Jugendliche unterlag worden, weil ihm die famose „Unterdrückungs-erlaubnis“ fehlte, die er hierzu, nach der Ansicht der Regierung, haben müßte. Aber am 22. September handelte es sich um eine öffentliche unpolitische Versammlung für Erwachsene und für schulfähige Personen, vor denen Graf über die Entwicklungsgeschichte der Erde sprechen wollte. Daß die Polizei in die Versammlung kam, den eben begonnenen Vortrag störte, den Vortragenden zum Schweigen brachte und ihn schließlich zur Wache führte, erschien mit Recht den Versammelten als ein ungeschicktes Vorgehen. Dem Polizeiwachmeister Verresheim, der Graf abführte, suchte Schwenk das Herz zu machen, und hierbei kam es zu einer unwillkürlichen Berührung gekommen sein, die in der offenbar sehr lebhaften Phantasie dieses Polizeibeamten zu einem „tätlichen Angriff“ wurde.

Nur die Möglichkeit einer solchen Berührung wurde von dem Angeklagten Schwenk vor dem Amtsgericht Lichtenberg zugegeben, und in gleicher Weise erklärte er den ihm zur Last gelegten „tätlichen Angriff“ auch gestern vor dem Landgericht Berlin III, dessen Strafkammer 3 (unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Liebenow) über die von Schwenk eingelegte Berufung zu entscheiden hatte. Gegen Schwenk erneute Versicherung, daß er höchstens, auf den Polizeibeamten einwirkend und dabei gestillt, ihn unbewußt berührt haben könne, setzte Wachmeister Verresheim wiederum die sehr bestimmte Befundung, daß Schwenk ihn „an den Arm gefaßt“ habe, und zwar „ordentlich“, so daß er (Verresheim) „stehen bleiben mußte“. „Herr Schwenk hatte“, so behauptete der Zeuge, „die feste Absicht — hier schaltete Zeuge sogleich ein lozzierendes „nach meiner Ansicht“ ein — Herr Graf unter dem Publikum verschwinden zu lassen.“ Charakteristisch für die Lebhaftigkeit der Phantasie dieses Zeugen war auch seine Schilderung dessen, was unmittelbar nach dem Abbruch des Vortrages sich abgespielt haben soll. Er behauptete, der Versammlungsleiter Asem und der Vortragende Graf hätten „die feste Absicht“ gehabt, den Vortrag doch noch stattfinden zu lassen. Als dann Graf weggeführt werden sollte, habe er erst umständlich seine Papiere eingepackt, noch „große Toilette machen“ wollen, „dann den Kopf auf- und zugeworfen“ usw. Die Versammlung habe dabei eine drohende Haltung angenommen, man habe „Pui!“ gerufen, auch „Haut ihn!“ und ähnlich. Es waren, sagte Verresheim, damals schon die Reaktoren Naruhin, die Kohlenwagen mühen schon von Beamten begleitet werden, weil schon mit Steinen geworfen worden war. Die Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Heine, ob Zeuge das damals, am 22. September, bereits gewußt habe, wurde von diesem bejaht. Gegenüber den Befundungen des Wachmeisters Verresheim forderte der Verteidiger, die Sache zu erwägen und Graf zu laden. Durch Grafs Befundungen werde erwiesen werden, daß Zeuge Verresheim eine unzutreffende Darstellung gegeben habe. Verresheim sei überhaupt nicht imstande, ohne Phantasie solche Vorgänge in sich aufzunehmen.

Das Gericht setzte zunächst noch die Beweiserhebung fort. Polizeileutnant Mund gab an, gesehen zu haben, wie Schwenk den Wachmeister am Arm faßte und „anscheinend Graf befreien wollte“. „Den Eindruck machte es jedenfalls“, fügte er einschränkend hinzu, „Handlungsgeschäfte Asem hat nichts deraartiges gesehen, obwohl er in nächster Nähe von Schwenk war. Von einer Absicht, der Polizei Widerstand zu leisten, sei auch in der Versammlung nichts zu bemerken gewesen. Erregung sei erst durch die Polizei entstanden, besonders in dem Augenblick, wo Grafs Anordnungen, sich zu legitimieren, nicht beachtet wurde. Stadtverordneter Spielermann befandete gleichfalls, nichts davon bemerkt zu haben, daß Schwenk den Wachmeister Verresheim angefaßt hätte. Verresheim habe übrigens schon früher in Arbeiterversammlungen sehr sonderbar benommen. Nach erneuter Anregung des Verteidigers, Graf zu laden, wurde nach dessen Auslassung verlesen, die er für die Verhandlung erster Instanz in kommissarischer Vernehmung gemacht hatte. Schriftsteller Graf hat ausgesagt, Schwenk habe in lebhaftem Ton und gestikulierend auf ihn und den Wachmeister eingeredet, könne aber diesen nicht angefaßt haben.

Der Verteidiger bestand nunmehr auf seinen Antrag, Graf zu laden, damit man durch eingehende Befragung dieses Zeugen die Aufregung Verresheims und dessen Glaubwürdigkeit beleuchten könne. Der Vorsitzende meinte: „Ach, Polizeibeamte sind doch dabei gar nicht aufgeregt!“ Das Gericht gab aber dem Antrag auf Verurteilung statt und wird Graf laden.

Wegen einer Handbewegung drei Monate Gefängnis.

Als im Januar die Fensterputzer der Glasreinigung streikten, rüdten die Aufseher Lange und Mann im Auftrage des Streikbrechervermittlers Oberländer mit 20 Arbeitwilligen an, um dem bestreikten Reinigungsinstitut ihre Dienste zu leisten. Diese Arbeitwilligenkolonne puki die Fenster eines Bankgeschäfts in der Markgrafenstraße. Sie wurde gegen abend, nachdem die Arbeit beendet war, unter Bedeckung von 10 uniformierten Schutzleuten und einem Wachmeister nach dem Bureau des Reinigungsinstituts der Glasreinigung, in der Neuen Jakobstraße, geführt. Natürlich erregte dieser ungewöhnliche Aufzug großes Aufsehen und deshalb sammelte sich eine Menschenmenge an, die den Zug begleitete. In der Lindenstraße, an der Ecke der Feinertstraße, wurden die Arbeitwilligen von der Menschenmenge angegriffen. Die Schutzleute zogen blank. Sofort zerstreute sich die Menge. An dem Angriff sollen sich die streikenden Fensterputzer Lautenschläger und Jänker beteiligt haben. Sie fanden deshalb gestern als Angeklagte vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Die Anklage lautete auf gemeinschaftliche Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufforderung zu strafbaren Handlungen und groben Unfug. Diese schwere Anklage stützt sich auf die Angaben der beiden Streikbrecherherausgeber Lange und Mann. Sie haben die Angeklagten während des Tages als Streikposten vor der Arbeitsstelle gesehen und wollen den Angeklagten Jänker auch bei dem Angriff auf die Arbeitwilligen bemerkt haben. Doch alles, was sie zu seinen Ungunsten sagen konnten ist das: Jänker habe eine Bewegung mit den Händen gemacht und mit den Fingern aufgeschampft. Dadurch habe er die Menge zum Angriff aufgefordert. Einige Leute aus der Menge sollen nach Langes Angabe „Drauf, drauf“ gerufen haben. Aber von Jänker hat er diese Worte nicht gehört. So sagte Lange mit voller Bestimmtheit vor Gericht. Nach dem Protokoll der Voruntersuchung soll er aus Jänkers Munde die Worte „Drauf, drauf“ gehört haben. Lange behauptet, das habe er niemals, auch nicht im Vorverfahren, gesagt. Aber im Protokoll steht es und darauf ist es wohl zurückzuführen, daß Jänker vom 16. bis 31. Januar in Untersuchungshaft saß. Jänker selbst bestreitet, daß er zur Zeit des Auftritts in der Lindenstraße überhaupt an diesem Orte war. Lautenschläger war wohl dort, er hat sich aber sofort entfernt, als er sah, daß sich — wie er sagt — eine Kloppelei entwickelte. Weidlich Lautenschläger eigentlich auf die Anklagebank gekommen ist, das blieb nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme rätselhaft. Keiner der Zeugen konnte etwas Belastendes gegen ihn anführen. — Trotzdem beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten Lautenschläger wegen groben Unfuges — weil er sich unter der Menschenmenge in der Lindenstraße befand — mit drei Wochen Haft zu bestrafen. Gegen Jänker beantragte der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis wegen Aufforderung zu einer strafbaren Handlung, begangen durch die Handbewegung und das Aufstampfen mit dem Fuß.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, beantragte die Freisprechung der beiden Angeklagten, weil gegen Lautenschläger gar nichts erwiesen sei und die Angaben der beiden Zeugen, die Jänker in der Menge gesehen haben wollen, doch sehr zweifelhaft sei. Lediglich wäre die Handbewegung, welche die beiden Zeugen gesehen haben wollen, doch eine ganz andere Bedeutung haben als die, welche ihr die sicherlich dazugehörigen Aufseher der Arbeitwilligen geben.

Das Gericht hielt für erwiesen, daß Jänker durch die bezeichneten Hand- und Fußbewegungen die Menge zum Angriff auf die Arbeitwilligen aufgefordert habe und verurteilte ihn deshalb zu

drei Monaten Gefängnis. In allen übrigen Punkten der Anklage, auch bezüglich Lautenschlägers, wurde auf Freisprechung erkannt.

Der Hängeboden als Mädchenkammer.

Das Reichsgericht hat am Mittwoch folgende bemerkenswerte Entscheidung getroffen:

Der Beklagte v. A. hatte in der Lessingstraße in Berlin eine Wohnung mit sechs Zimmern gemietet, zu der unter anderem auch ein Hängeboden gehörte. Der Vertrag bestand nur vom 1. Oktober 1908 bis 31. August 1909. Er wurde alsdann von dem Beklagten gelöst. Und zwar begründete der Beklagte das Recht zur Lösung des Mietvertrages damit, daß die Benutzung des Hängebodens als Schlafraum für die Dienstmädchen mit Gefahr für deren Gesundheit verbunden sei, besonders deshalb, weil er mit 1,90 Meter Höhe noch lange nicht die polizeilich vorgeschriebene Höhe eines Schlafraumes habe. Bei der Vermietung sei ihm jedoch zugesichert worden, daß der Hängeboden als Mädchenkammer zu benutzen sei. Mithin liege ein Verstoß gegen die §§ 544 und 542 des Bürgerlichen Gesetzbuches vor, der ihm ein Recht zur Lösung des Mietverhältnisses gebe, denn die Versicherung, daß der Hängeboden als Mädchenkammer zu benutzen sei, stelle die Zuzicherung einer bestimmten Eigenschaft dar.

Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin erklärten jedoch, der Beklagte sei nicht berechtigt, den Mietvertrag ohne Einhaltung der ausbedingenden Frist zu kündigen. Zunächst komme in Betracht, daß der § 544 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Kündigung des Mietvertrages ohne Einhaltung der Kündigungsfrist nur für den Fall einräume, daß mit der Benutzung eines zum Aufenthalt von Menschen bestimmten Raumes eine erhebliche Gefährdung der Gesundheit verbunden ist. Das sei hier nach den Aussagen der Sachverständigen und Ärzte nicht der Fall; denn wenn auch durch den Luftschicht Luft nicht zugeführt werden könne, so ließe sich das — wie das Kammergericht weiter ausführte — dadurch erreichen, daß man die Korridorluft öffne! Die Erklärung des Vermieters, daß alles den polizeilichen Vorschriften entspreche, sei keine Zuzicherung, sondern ein bloßes Urteil. In Wirklichkeit habe auch nach den älteren polizeilichen Bestimmungen die Bodenkammer als Schlafraum für die Mädchen benutzt werden können.

Das Reichsgericht hat sich diesen auffälligen, antiozialen Deduktionen des Kammergerichts nicht anschließen können. Es hat das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Sache an einen anderen Senat des Kammergerichts zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen. (Rt. Z. III. 878/10.)

Aus aller Welt.

Der europäische Rundflug gescheitert.

Der in seinen Grundzügen bereits fertig ausgearbeitete Plan eines europäischen Rundfluges ist wenige Wochen vor seiner Verwirklichung aufgegeben worden. Das Niesenunternehmen, das zweifellos die größte aviatische Sensation des Jahres darstellte, ist zugrunde gegangen an der chauvinistischen Hege, die gewisse französische Kriegsbeher gegen das Pariser „Journal“ veranfaßt haben. Diefem chauvinistischen Treiben, das damit begründet wurde, daß Deutschland einen zu großen Einfluß in die Entwicklung der französischen Flugtechnik erhalte, hat das „Journal“ nachgegeben, und den von ihm gestifteten Preis für den deutschen Flug zurückgezogen. Damit ist das ganze groß angelegte Unternehmen in Frage gestellt, da es sehr zweifelhaft ist, ob nach der Ausschaltung Deutschlands die übrigen noch in Frage kommenden Staaten den zum Torso gewordenen „europäischen“ Rundflug noch weiter unterstützen werden.

Veranbung eines Eisenbahnzuges.

Ein großes Streiflicht auf die Sicherheitszustände in Rußland wirft ein erfolgreicher räuberischer Ueberfall, den mehrere Banditen auf einen Eisenbahnzug unternahmen. Am Mittwochabend wurde auf der Eisenbahnstation Widzow in russisch-Polen ein durchfahrender Personenzug von einer Anzahl Banditen angehalten. Offenbar waren die Angreifer durch ihre Helfershelfer davon unterrichtet, daß in dem Zuge ein großer Geldbetrag, der zur Gehaltsauszahlung für Bahnbeamte bestimmt war, in dem Zuge mitgeführt würde. Zwei Passagiere, die sich zur Wehr setzten, wurden verwundet, die übrigen durch die bereit gehaltenen Schußwaffen in Schach gehalten. So gelang es den Räubern, mit einer Beute von 80.000 Rubel abzuziehen. Zur Ergreifung der Banditen sind ein Husarenregiment und zwei Kompagnien Infanterie ausgesandt worden.

Keine Notizen.

Schwerer Unfall im Walzwerk. Auf dem Duisburger Eisen- und Stahlwerk zerbrach gestern morgen auf Werk I an der Walzzugmaschine ein Schwungrad. Ein Arbeiter war sofort tot, einer wurde lebensgefährlich, fünf wurden schwer und dreizehn leicht verletzt.

Mit dem Automobil verunglückt. In einem Walde in der Nähe von Brann fuhr das Automobil eines Baumeisters Marejka in voller Fahrt gegen einen Baum. Die drei Insassen des Gefährts, der Baumeister, seine Frau und ein Infanterieleutnant wurden herausgeschleudert und lebensgefährlich verletzt.

Bei Feldspargungen. Die französische Pioniermannschaften in der Nähe der Ortschaft La Salette vornahmen, löste sich plötzlich ein angebohrter großer Felsblock und fiel auf die Arbeitenden. Vier Soldaten wurden dabei schwer verletzt, ein Corporal wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderfahrten am Sonntag, den 2. April: I. Hopschule-Hörsingründe-Randberg. Abfahrt 6.23 Uhr Schleifschiff Bahnhof. — II. Loge-Neudorf-Hermdorf. Treffpunkt 11¼ Uhr, Haltestelle der Straßenbahn in Loge. **Arbeiter-Wanderband „Die Naturfreunde“.** Wanderfahrten am Sonntag, den 2. April: I. Hiesenthal-Bernau. Abfahrt 6 Uhr vormittags Ertelner Bahnhof. — II. Potsdam-Buttermarkt. Abfahrt 6.44 Uhr vormittags Bahnhof Friedrichstraße. — III. Wannsee-Plautenschlag. Abfahrt 1.14 Uhr nachmittags Bahnhof Friedrichstraße.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 26. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir hervor: Zur Wehner Wahl. — Aus der Frühzeit der englischen Nationalökonomie. Von Rudolf Eberding. — Preise und Löhne. Von K. — Die bürgerliche Jugendbewegung in Deutschland. Von Max Peters. — Sternische Rundschau. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Witterungsüberblick vom 30. März 1911.

Station	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C	Station	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C
Sonnenschein	762,0	SW	3	10	Darmstadt	755,0	SW	4	10
Darmstadt	759,0	D	2	10	Feldberg	770,0	SW	1	10
Berlin	759,0	D	3	10	Frankfurt	759,0	D	4	10
Frankfurt	753,0	NO	1	10	Wetzlar	760,0	SW	1	10
München	755,0	SW	5	10	Wien	753,0	SW	2	10
Wien	760,0	SW	1	10					

Wetterprognose für Freitag, den 31. März 1911.

Stetlich warm, vielfach wolfig mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den